ROMI-INTELLIGENCE JOURNAL

LAGE · ANALYSE · VORSPRUNG

FREIHEIT · TEIL 1, ARTIKEL 4 ABSATZ 2

16 von 16

Ratifikationsurkunden müssen bis zum 31. Juli 2027 hinterlegt sein. Fehlt eine, „wird der Staatsvertrag gegenstandslos". Jeder der 16 Landtage muss zustimmen; ändern kann er den Text nicht (Vertragstext Teil 1, Anlage zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 25.6.2026).



● erhöhte Aufmerksamkeit ○ Rundfunkkommission
◆ Landtag, aus dem Widerspruch berichtet wird (Medienberichte)

AMPEL BIS MONTAG, 16. NOVEMBER, 8 UHR

● **Verdichtung:** Energie – Gasspeicher 58,05 Prozent (Gastag 10.11., Bundesnetzagentur), Strom heute 161,73 Euro je Megawattstunde, aber Dunkelflaute-Fenster von Freitagabend bis Samstag und Frost bis minus 5 Grad im Süden; betrifft Preise und Füllstand, nicht die Versorgung. Hybrid – Stellwerk Köln-Deutz ohne neuen Stand, Stadtwerke Achim mutmaßlich von Erpressungssoftware getroffen, Versorgung laut Unternehmen nie betroffen

● **erhöhte Aufmerksamkeit:** Stuttgart (Samstag 17 Uhr, weiter nicht angemeldet, kein Verbot), Berlin (Samstag 17:15 Uhr; Eintrag zum 20.11. fehlt weiter), Bremen (Samstag 16:30 bis 20 Uhr, rund 2.000 erwartet), Köln (heute 15 Uhr Mitführverbot, Samstag Aufzug mit Traktoren und Gegenprotest), Gießen (Pulverbrief an Synagoge, Entwarnung, Ermittlungen laufen), Moskau und die nächste Verhandlungsrunde

● **unauffällig:** Hamburg, Hannover, Leipzig – für Samstag keine Aufrufe gefunden

FRIST **Medienstaatsvertrag:** keine Gewaltlage und deshalb ohne Ampelfarbe – aber heute der Termin mit der kürzesten Restlaufzeit: Die Anhörung zu Teil 2 endet, das Formular steht ausdrücklich auch Privatpersonen offen (Seiten 4 bis 6)

Quellen: Bundesnetzagentur, energy-charts (13.11., 6:23 Uhr), Deutscher Wetterdienst (13.11., 5:00 Uhr), Polizei Köln, Bundespolizei, Polizei Mittelhessen, Stadt Stuttgart über EchtStuttgart, Innenbehörde Bremen über t-online, Versammlungsliste Berlin (13.11., 6:21 Uhr), TASS; Seiten 3, 8, 11 und 13.

NÄCHSTE 72 STUNDEN

Heute, Freitag, 13.11. · **Fristende der Anhörung zum Medienstaatsvertrag, Teil 2** – Uhrzeit nicht genannt, also tagsüber absenden · Berlin, 9 Uhr: Bundestag stimmt über das Nachrichtendienstrecht ab, drei namentliche Abstimmungen · gegen 13 Uhr: Strompreis für Samstag · Köln, 15 Uhr: Mitführverbot der Bundespolizei beginnt, bis Sonntag, 3 Uhr · abends: Wind flaut ab

Freitagabend bis Samstag · Dunkelflaute-Fenster: wenig Wind, kurze Tage, in der Nacht zum Samstag Frost bis minus 5 Grad in der Südhälfte (Deutscher Wetterdienst, 13.11., 5:00 Uhr)

Samstag, 14.11. · Köln, 11 Uhr: Aufzug mit Traktoren ab Deutzer Werft, rund 1.000 erwartet; Gegenprotest ab 10 Uhr, rund 600 · Bremen, 16:30 Uhr: angemeldet bis 20 Uhr · Stuttgart, 17 Uhr, Schlossplatz: nicht angemeldet · Berlin, 17:15 Uhr: „Gen Z regelt – Phase 2" ab Savignyplatz

Sonntag, 15.11. · Volkstrauertag; Berlin, 12:30 Uhr: Kranzniederlegung an der Neuen Wache · 3 Uhr: Mitführverbot in Köln endet

Montag, 16.11. · Brüssel: EU-Sanktionslistungen · Berlin, 20:45 Uhr: Deutschland – Niederlande

Danach · nächste Woche: Verhandlungsrunde mit Europäern (Kushner) · 18./19.11. Shenzhen: Trump – Putin laut Kreml · 19.11. Berlin: Koalition der Willigen · 20.11.: Streiktag und Bundesrat · bis Januar 2027: Unterzeichnung von Teil 1 · 31.7.2027: letzte Ratifikationsurkunde

VERMÖGEN · SICHERHEIT · FREIHEIT · WAHRHEIT

Ein Landtag genügt

Heute endet die Anhörung zum neuen Medienstaatsvertrag. Was im Text steht, was nicht – und was jeder bis heute Abend, bis Januar und bis zum 31. Juli 2027 tun kann.

Es sind zwei Verträge, und fast alle Berichte vermischen sie. Der eine ist von den Regierungschefs der Länder als Entwurf beschlossen und erlaubt den Medienanstalten einen automatisierten Abgleich von Inhalten ohne Verdacht – mit Prüfung jedes Treffers durch einen Menschen – und einen Bußgeldrahmen von 1,5 Millionen Euro. Der andere ist ein Diskussionsentwurf mit der Regel „jede fünfte Empfehlung" und neuen Pflichten für Kanäle; zu ihm kann sich bis heute jeder äußern, auch als Privatperson. Eine Zensurabsicht ist nicht belegt, und ich behaupte sie nicht. Belegt sind Werkzeuge. Und ein Satz, der dem Verfahren seine Mechanik gibt: Fehlt eine einzige von sechzehn Urkunden, ist der erste Vertrag gegenstandslos.

WAS KAUM EINER MITBEKOMMT

Die Frist von heute fand ich bei keiner der großen Redaktionen – nur in Fach- und Branchenmedien, zuletzt bei heise online. Der Kreml nennt die NATO-Russland-Grundakte als Maßstab – nur in der englischen Fassung der Agentur TASS. Der Bundestag hat am Donnerstagabend die Steuerzinsen verdoppelt und kurz vor 23 Uhr den Zuschuss zu den Netzkosten gekürzt.

WAS MORGEN DARAUS WIRD

Wer regelmäßig Nachrichten oder Politik veröffentlicht, bekäme nach Teil 2 neue Pflichten: Verantwortlicher mit Anschrift, Gegendarstellung, Korrekturverfahren. In Empfehlungen stünde mindestens jeder fünfte Platz einem Pool zu – die Zahl steht in eckigen Klammern. Strom: heute billig, ab heute Abend wenig Wind und Frost.

WAS MAN HEUTE TUN KANN

Stellung nehmen, solange das Formular offen ist (Seite 6). Den eigenen Landtag kennen: Dort fällt die Entscheidung über Teil 1. Offene Steuererklärungen bis Jahresende abgeben (Seite 13). Für Samstag Wege und Uhrzeiten absprechen (Seite 11). Vier Verläufe bis Montag und rund dreißig überprüfbare Ereignisse auf Seite 16.

LEITARTIKEL · FREIHEIT UND WAHRHEIT

Ein Landtag genügt

Heute endet eine Frist, von der die wenigsten wissen. Bis zum 13. November nimmt die Rundfunkkommission der Länder Stellungnahmen zum zweiten Teil des neuen Medienstaatsvertrags entgegen; eine Uhrzeit nennt sie nicht. In meinen Suchläufen stand das Datum bei keiner der großen Redaktionen, nur in Fach- und Branchenmedien, zuletzt bei heise online. Der wichtigste Satz steht allerdings nicht in diesem Entwurf, sondern im ersten Teil, Artikel 4 Absatz 2: Sind bis zum 31. Juli 2027 nicht alle Ratifikationsurkunden hinterlegt, „wird der Staatsvertrag gegenstandslos“. Sechzehn Landtage müssen zustimmen. Fehlt eine Urkunde, tritt er in keinem Land in Kraft.

Es sind zwei Verträge, und fast alle Berichte vermischen sie. Teil 1 hat die Ministerpräsidentenkonferenz am 25. Juni 2026 als Entwurf beschlossen; unterzeichnet werden soll er „bis spätestens Januar 2027“, gelten ab dem 1. August 2027. Teil 2 ist ein Diskussionsentwurf vom 16. September, laut Deckblatt „NICHT … abschließend geeinte Texte“. Nur zu ihm läuft die Anhörung.

Vieles, was jetzt als neu gilt, ist es nicht. Wer geschäftsmäßig und regelmäßig Nachrichten oder politische Informationen ins Netz stellt – als Podcast, Kanal oder Blog –, unterliegt seit dem 7. November 2020 der journalistischen Sorgfaltspflicht, und die Landesmedienanstalten dürfen beanstanden, untersagen, sperren. Eine Lizenz, eine Registrierung, eine Schwelle nach Abonnenten sieht keiner der beiden Texte vor. Das Wort „Desinformation“ kommt im Entwurf nicht vor.

Neu sind fünf Werkzeuge. Erstens, in Teil 1: ein automatisierter Abgleich von Text, Bild, Ton und Video auf mögliche Verstöße, ohne Verdachtserfordernis, auch hinter Zugangsbeschränkungen (§ 109a) – mit Schutzvorkehrungen: Jeden Treffer prüft ein Mensch, es gibt Löschfristen, ein Abgleich anhand spezifischer Personendaten ist unzulässig. Zweitens: ein Bußgeldrahmen von 1,5 Millionen statt 500.000 Euro. Drittens: Die Befugnisse sollen laut Begründung „auch präventive und aufklärende Maßnahmen“ umfassen. Viertens, in Teil 2 und in eckigen Klammern: Mindestens jede fünfte Empfehlung soll aus einem Pool von Angeboten „mit vielfaltsförderndem Mehraufwand“ stammen – öffentlich-rechtliche kraft Gesetzes, private auf Antrag; Nutzereinstellungen haben Vorrang. Fünftens: neue Pflichten für Kanäle, vom benannten Verantwortlichen mit Anschrift bis zur Gegendarstellung.

Die Länder nennen ihr Ziel selbst: „faire Spielregeln – damit journalistisch verantwortete Medien auch morgen sicht- und hörbar bleiben“, Schutz vor „algorithmischer Verdrängung“ und vor technischer Manipulation. Das nehme ich ernst. Verteidiger wie Wolfgang Schulz vom Hans-Bredow-Institut sprechen schon beim geltenden Recht von einer „Zensur, die keine ist“; Kritiker wie Christian Rieck von „sanfter Zensur“. Beide Seiten stehen auf Seite 5.

> **EINSCHÄTZUNG** Eine Zensurabsicht ist nicht belegt, und ich behaupte sie nicht. Belegt sind Werkzeuge. Werkzeuge überdauern die Absichten derer, die sie schaffen; maßgeblich ist, was der Text erlaubt, nicht, was heute gewollt ist. Wer Sichtbarkeit ordnet, ordnet Öffentlichkeit. Nach der ROMI-Methode ist das Frühstadium der günstigste Zeitpunkt, eine Lage bewusst zu machen: Der eine Entwurf ist nicht geeint, beim anderen stehen sechzehn Landtage noch aus. Das ist keine Frage von links oder rechts. Es ist eine Frage von Artikel 5 des Grundgesetzes.

Was der Einzelne tun kann, steht auf Seite 6: heute das Formular der Rundfunkkommission, ausdrücklich auch „als Privatperson“; bis Januar ein Schreiben an die Staatskanzlei; bis Juli 2027 an die Abgeordneten des eigenen Landtags. Alles legal, alles im Verfahren vorgesehen.

Die übrigen Themen in einem Absatz. In Moskau empfing Putin am Donnerstag über zwei Stunden lang Witkoff und Kushner; am Abend nannte Uschakow für den Kreml die NATO-Russland-Grundakte als Maßstab. Meine Angabe „Vormittag“ war falsch, die Korrektur steht auf Seite 7. Der Strom kostet heute 161,73 Euro je Megawattstunde, so wenig wie seit dem 27. Oktober nicht. Der Bundestag hat am Donnerstagabend die Steuerzinsen ab 2027 auf 0,3 Prozent je Monat verdoppelt und kurz vor 23 Uhr den Zuschuss zu den Netzkosten gekürzt. Am Samstag: Stuttgart ohne Anmeldung, Berlin, Bremen, Köln.

„Ein Landtag genügt“ ist keine Empfehlung. Es ist die Rechenregel des Vertrags. Wer sie kennt, weiß, an wen er schreiben kann.

Maximilian Mitera

Quellen: Rundfunkkommission, Beteiligungsseite (Abruf 13.11.2026, 6:28 Uhr) und Diskussionsentwurf Teil 2 (Datei vom 28.9.2026); Vertragstext Teil 1 (Anlage zum Beschluss vom 25.6.2026) mit Begründung (Stand April 2026); Schulz in Legal Tribune Online (6.7.2026); Rieck, zitiert bei Dr. Web (31.10.2026); TASS (12.11., 21:07 Uhr); energy-charts (13.11., 6:23 Uhr); Bundestag, Textarchiv (12.11.). Einzelnachweise auf den Seiten 4 bis 6, 8, 13 und 20.

IN DIESER AUSGABE

Titelseite · Ampel, Karte, nächste 72 Stunden 1
Leitartikel · Ein Landtag genügt 2
Die Lage auf einen Blick 3
Schwerpunkt I · Was im Text steht – zwei Verträge 4
Schwerpunkt II · Die Absicht, drei Lesarten 5
Schwerpunkt III · Was jetzt zu tun ist 6
Prognose gegen Wirklichkeit 7
Die große Lage 8
ROMI-Prognose bis 3. Januar 2027 9
Plan B 10
Lage Deutschland 11
Österreich, Schweiz, Europa 12
Vermögen · Energie in Zahlen, Geld-Beschlüsse 13
Was andere nicht im Blick haben 14
Medien- und Netzwerklage 15
Prognose · 13. bis 16. November 16
Was jetzt zu tun ist · R-O-M-I und ATOM 17
In einfachen Worten 18
Faktencheck 19
Quellen und Recherchegrenzen 20
Für Ihre Organisation 21
Schlussseite · Unter Wind I 22

DIE REIHE

„Lautstärke ist kein Lagebild“ (28.10.), „Zwei Züge, eine Nacht“ (30.10.), „Nach Sonnenuntergang“ (31.10.), „Komplize, nicht Spender“ (1.11.), „Bühne statt Bewegung“ (3.11.), „Fünfzig Grad“ (4.11.), „Mehr als die Ukraine“ (6.11.), „Wer spricht für Europa?“ (7.11.), „Angemeldet, nicht angekündigt“ (8.11.), „Viertel nach fünf“ (9.11.), „Teurer als gestern“ (10.11.), „Freitag, nicht Mittwoch“ (11.11.) und „Über die Köpfe hinweg“ (12.11.) stehen kostenlos auf romi-methode.de/journal. Diese Ausgabe schließt die Prognose vom 10.11. ab (Fenster bis heute, 8 Uhr), gibt Zwischenstände zum 11. und 12.11. und schreibt die Prognose bis zum 3. Januar fort.

ZWISCHENSTAND DER ZAHLEN

Medienstaatsvertrag: Bußgeldrahmen in Teil 1 bis 1.500.000 Euro, geltend 500.000 (§ 115) · 94 Hinweisschreiben der Medienanstalten seit November 2020 (Medienberichte) · Strom, Day-Ahead Deutschland/Luxemburg: Freitag 161,73 Euro je Megawattstunde, Donnerstag 199,04, Mittwoch 316,65; Österreich 218,37, Schweiz 226,35 (energy-charts, 13.11., 6:23 Uhr) · Gasspeicher Deutschland 58,05 Prozent (Gastag 10.11., Bundesnetzagentur); Gastag 11.11. vorläufig 57,68 Prozent, ein Abruf · Erdgas TTF 93,07 Euro, plus 7,68 Prozent (finanzen.net, 12.11., 19:21 Uhr; abweichende Angaben 86,43 und 94,70) · Brent 95,96 Dollar · DAX 26.774,23 · Steuerzinsen ab 1.1.2027: 0,3 Prozent je Monat, bisher 0,15 · Netzkosten-Zuschuss 5,525 statt 6,5 Milliarden Euro je Jahr.

HINWEIS Persönliche fachliche Einschätzung auf Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen, nicht in dienstlicher Eigenschaft. Zu Personen, Parteien und politischen Forderungen gebe ich Aussagen und Daten wieder, keine Wertung. Für Beschuldigte gilt die Unschuldsvermutung.

DIE LAGE AUF EINEN BLICK

Eine Frist, die heute endet, ein Satz aus Moskau, ein Preis, der fällt

KERNBEWERTUNG · NACH DEN VIER MARKEN

FREIHEIT Heute endet die Anhörung zum zweiten Teil des neuen Medienstaatsvertrags; eine Uhrzeit nennt die Rundfunkkommission nicht. Es sind zwei Verträge. Teil 1 ist als Entwurf beschlossen: automatisierter Abgleich von Inhalten ohne Verdachtserfordernis (§ 109a, mit Prüfung jedes Treffers durch einen Menschen), „auch präventive und aufklärende Maßnahmen“, Bußgeldrahmen 1.500.000 statt 500.000 Euro. Teil 2 ist ein nicht geeinter Diskussionsentwurf mit neuen Pflichten für Kanäle. Der Hebel: Fehlt bis zum 31. Juli 2027 eine der 16 Ratifikationsurkunden, wird Teil 1 „gegenstandslos“. Dazu heute, 9 Uhr, im Bundestag: Reform des Nachrichtendienstrechts.

WAHRHEIT Text und Berichte fallen auseinander. Die Sorgfaltspflicht für Podcasts, Kanäle und Blogs mit Nachrichten gilt seit dem 7. November 2020. Eine Lizenz, eine Registrierung, eine Schwelle nach Abonnenten steht in keinem der Texte; das Wort „Desinformation“ kommt im Entwurf nicht vor. „Jede fünfte Empfehlung“ steht in eckigen Klammern; „20 Prozent“ ist Umrechnung, nicht Wortlaut. Die Frist von heute fand ich bei keiner großen Redaktion, nur in Fachmedien. Rechtsgutachten zu Artikel 5 des Grundgesetzes: nicht gefunden.

VERMÖGEN Strom heute 161,73 Euro je Megawattstunde, niedrigster Tageswert seit dem 27. Oktober; von heute Abend bis Samstag wenig Wind und Frost. Gasspeicher 58,05 Prozent (Gastag 10.11.). Erdgas TTF 93,07 Euro, plus 7,68 Prozent. Bundestag, Donnerstagabend: Steuerzinsen ab 1. Januar 2027 0,3 statt 0,15 Prozent je Monat, Barzahlungen über 10.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgabe; kurz vor 23 Uhr Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten auf 5,525 Milliarden Euro je Jahr gesenkt (2026: 6,5).

SICHERHEIT Keine Gewaltlage mit Versammlungsbezug in Deutschland seit der Vorausgabe. Putin empfing Witkoff und Kushner am Donnerstag ab etwa 13:05 Uhr (die Vorausgabe schrieb „Vormittag“ – korrigiert). Uschakow nannte am Abend die Rückkehr zur Kräfteaufstellung der NATO zum Zeitpunkt der NATO-Russland-Grundakte als Kernforderung; nächste Runde laut Kushner „nächste Woche“ mit Europäern. Inland: Gießen, Pulverbrief an eine Synagoge, Entwarnung; Samstag Stuttgart (nicht angemeldet), Berlin, Bremen, Köln.

EINSCHÄTZUNG des Autors; Primärtexte, Behördenmeldungen und Daten vom 12. November, 7:00 Uhr, bis 13. November 2026, 7:00 Uhr. Eine Zensurabsicht ist nicht belegt und wird nicht behauptet; belegt sind Werkzeuge im Text.

13.11.
Fristende der Anhörung zu Teil 2, Uhrzeit nicht genannt; auch „als Privatperson“ (Rundfunkkommission, Abruf 13.11., 6:28 Uhr)

16 von 16
Landtage müssen Teil 1 bis 31.7.2027 ratifizieren, sonst „gegenstandslos“ (Teil 1, Artikel 4 Absatz 2; Beschluss 25.6.2026)

1,5
Millionen Euro Bußgeldrahmen in Teil 1, § 115 – geltend 500.000 Euro (Vertragstext Teil 1; geltender Medienstaatsvertrag)

161,73
Euro je Megawattstunde Strom für heute; Donnerstag 199,04, Mittwoch 316,65 (energy-charts, 13.11., 6:23 Uhr)

58,05
Prozent Gasspeicher, Gastag 10.11. (Bundesnetzagentur, 13.11., 6:30 Uhr); 11.11. vorläufig 57,68, ein Abruf

über 2
Stunden Putin mit Witkoff und Kushner, Beginn etwa 13:05 Uhr (TASS, 12.11., 15:51 und 17:42 Uhr)

GEFAHRENPHASE NACH ROMI · DEUTSCHLAND

1 · SCHWARZ-WEISS-DENKEN
Medienstaatsvertrag: „das gefährlichste Stück Papier Deutschlands“ (Reichelt) gegen „Zensur, die keine ist“ (Schulz, zum geltenden Recht). Behauptet: „bereits beschlossen“ – belegt: Entwurf, nicht unterzeichnet.

2 · GEWALT ALS OPTION
Gießen: Brief mit Pulver und antisemitischer Drohung an eine Synagoge, Entwarnung, Absender unbekannt. Berlin: Schriftzug unter drei Stolpersteinen. Stuttgart: 36 Tatverdächtige vom 31.10.

3 · PLANUNG
Samstag: Stuttgart 17 Uhr ohne Anmeldung, Berlin 17:15 Uhr, Bremen 16:30 Uhr, Düsseldorf 17 Uhr (Aufruf). 20.11.: Bremen angemeldet, Berliner Eintrag fehlt weiter.

4 · TAT (HYBRID, INLAND)
Stadtwerke Achim: mutmaßlich Erpressungssoftware, Versorgung nicht betroffen. Königslutter: Brand an Bahnstrecke, Polizei geht von Vorsatz aus. Köln-Deutz: kein neuer Stand.

Zuordnung durch den Autor. Der Medienstaatsvertrag ist keine Gewaltlage; in Phase 1 steht nur die Debatte darüber – nach R-O-M-I ein Fall für „Raise Awareness“ im Frühstadium (Seite 17). Quellen: Polizei Mittelhessen (12.11., 16:40 Uhr), Polizei Berlin (Meldung 1509), Radio Bremen (12.11.), Polizei Wolfsburg (11.11.).

AMPEL FÜR DIE NÄCHSTEN 72 STUNDEN · JE THEMENFELD UND ORT

FELD · ORT	AMPEL	WARUM
Medienstaatsvertrag	FRIST HEUTE	Keine Gewaltlage, deshalb ohne Farbe. Anhörung zu Teil 2 endet heute; Teil 1: Unterzeichnung „bis spätestens Januar 2027“, dann 16 Landtage
Energie	Verdichtung	Dunkelflaute-Fenster Freitagabend bis Samstag, Frost bis minus 5 Grad im Süden; Speicher 58,05 Prozent; Bundesnetzagentur: Versorgung gewährleistet
Hybrid	Verdichtung	Achim: Angriff auf die Rechner der Stadtwerke; Königslutter: Brand an Bahnstrecke; Köln-Deutz unaufgeklärt; keine Drohnensichtung gefunden
Stuttgart	erhöhte Aufmerksamkeit	Samstag, 17 Uhr, Schlossplatz: keine Anmeldung, kein Verbot bekannt (Stadt über EchtStuttgart, 12.11.); Polizei „wachsam“
Berlin, Bremen	erhöhte Aufmerksamkeit	Berlin: Samstag 17:15 bis 23 Uhr „Gen Z regelt – Phase 2“; Eintrag zum 20.11. fehlt weiter, Grund nicht gefunden. Bremen: Samstag 16:30 bis 20 Uhr, rund 2.000 erwartet (Innenbehörde über t-online)
Köln, Gießen	erhöhte Aufmerksamkeit	Köln: heute 15 Uhr bis Sonntag 3 Uhr Mitführverbot der Bundespolizei; Samstag Aufzug mit Traktoren (rund 1.000) und Gegenprotest (rund 600). Gießen: Ergebnis der Pulveruntersuchung steht aus
Moskau, Shenzhen	erhöhte Aufmerksamkeit	Kreml nennt die Grundakte; nächste Runde „nächste Woche“, ohne Datum; Trump – Putin laut Uschakow in Shenzhen (18./19.11.)
Hamburg, Hannover, Leipzig	unauffällig	Für Samstag keine Aufrufe gefunden; keine neue Mitteilung des Generalbundesanwalts im Zeitfenster

unauffällig · erhöhte Aufmerksamkeit · Verdichtung · erhöht · akut · Die Ampel bewertet die Wahrscheinlichkeit einer Gewalt- oder Störlage bis Montag, 16.11., 8 Uhr, nicht die Schwere.

SCHWERPUNKT I · FREIHEIT UND WAHRHEIT · WAS IM TEXT STEHT

Zwei Verträge, die fast alle vermischen

Unter dem Namen „Digitale-Medien-Staatsvertrag“ laufen zwei getrennte Verfahren. Teil 1 ist beschlossen, aber nicht unterzeichnet. Teil 2 ist ein Diskussionsentwurf, zu dem die Anhörung heute endet. Der Medienstaatsvertrag von 2020 wird geändert, nicht abgelöst.

Teil 1 · Neunter Medienänderungsstaatsvertrag

Stand: Entwurf am 25. Juni 2026 von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen. Nicht unterzeichnet, nicht ratifiziert. Landtage vorab unterrichtet, belegt für Berlin (Drucksache 19/3446) und Schleswig-Holstein (Unterrichtung 20/360).

Termine: Unterzeichnung „bis spätestens Januar 2027 im Umlaufverfahren“. Alle 16 Ratifikationsurkunden bis 31. Juli 2027. Inkrafttreten 1. August 2027.

Kern: automatisierter Abgleich von Inhalten durch die Aufsicht (§ 109a), „präventive“ Befugnisse (§ 109), Bußgeldrahmen verdreifacht (§ 115), Umsetzung europäischer Verordnungen.

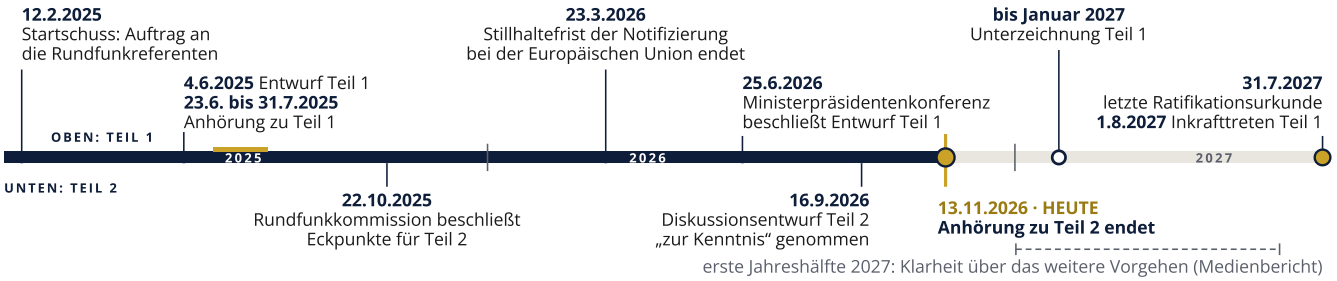
Teil 2 · geplanter Zehnter Änderungsvertrag

Stand: Diskussionsentwurf, 186 Seiten, am 16. September 2026 von der Rundfunkkommission „zur Kenntnis“ genommen. Deckblatt: „Es handelt sich (auch außerhalb eckiger Klammern) NICHT um abschließend geeinte Texte.“

Termine: Stellungnahmen „bis zum 13. November 2026“, Uhrzeit nicht genannt. Auswertung laut Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Anfang 2027 (dpa, 3.11.2026). Unterzeichnung und Inkrafttreten: nicht gefunden.

Kern: Mindestanteil in Empfehlungen (§ 84c, § 94a) aus einem Pool (§§ 25a, 25b), neue Pflichten für Kanäle (§§ 18, 19, 20, 22), Regeln für künstliche Intelligenz (§§ 77a bis 77g), neue Aufsichtsstruktur.

DER WEG BEIDER TEILE · 12. FEBRUAR 2025 BIS 1. AUGUST 2027



GILT SCHON HEUTE · NEU IN TEIL 1 · NEU IN TEIL 2

THEMA	GILT SCHON HEUTE (SEIT 7.11.2020)	NEU IN TEIL 1 (BESCHLOSSENER ENTWURF)	NEU IN TEIL 2 (DISKUSSIONSENTWURF)
Sorgfaltspflicht	Ja, für geschäftsmäßige Angebote mit Nachrichten oder politischen Informationen (§ 19 Absatz 1 Satz 2), auch Podcasts, Kanäle, Blogs.	–	Kreis bleibt gleich. Neu: Verfahren zur nachträglichen Überprüfung und Korrektur, „unabhängig von der Größe des Mediums“.
Maßnahmen der Aufsicht	§ 109 Absatz 1: „Beanstandung, Untersagung, Sperrung, Rücknahme und Widerruf“.	Überschrift ohne „bei Rechtsverstößen“. § 109 Absatz 7: Absehen möglich, „wenn nur ein geringes öffentliches Interesse“ besteht.	§ 109 Absatz 3, gegen Plattformen: „zur Entfernung oder Sperrung von [oder andere Maßnahmen bezüglich] Angeboten“.
Automatisierte Prüfung	Keine ausdrückliche Grundlage.	§ 109a: Abgleich ohne Verdachtserfordernis. Jeder Treffer „unverzüglich durch eine natürliche Person“ geprüft, Löschung nach spätestens 30 Tagen. Kein Abgleich „anhand spezifischer personenbezogener Daten“.	§ 109b (digitale Verfahren) verweist darauf.
Bußgeldrahmen	Bis 500.000 Euro.	§ 115 Absatz 2: bis 1.500.000 Euro. Verjährung 24 statt 6 Monate.	Offen: „eine Ergänzung der Ordnungswidrigkeiten erfolgt noch“.
Impressum, Verantwortlicher, Gegendarstellung	Impressum mit Name und Anschrift, außer bei rein persönlichen oder familiären Zwecken (§ 18). Verantwortlicher und Gegendarstellung nur für Online-Presse.	–	§ 18 Absatz 1 Satz 2: Wer „auf Dauer und mit der Intention der Maximierung von Reichweite“ anbietet, gilt vermutet nicht als privat. § 18 Absatz 2 Satz 2 und § 20: Verantwortlicher mit ständigem Aufenthalt im Inland und Gegendarstellung auch für geschäftsmäßige Kanäle mit regelmäßig Nachrichten oder politischen Informationen.
Werbung	Trennung und Kennzeichnung (§ 22).	–	§ 22 Absatz 1: Wer sagt, etwas sei keine Werbung, muss das der Landesmedienanstalt nachweisen. Erläuterung zu § 2 Absatz 2 Nummer 7a: „Staatliche Informationsarbeit ist keine Werbung.“
Sichtbarkeit	Nur auf Benutzeroberflächen, etwa von Fernsehgeräten (§ 84).	–	§§ 25a, 25b, 84c, 94a: in Feeds „mindestens bei jedem [fünften]“ empfohlenen Inhalt einer aus dem Pool. Nutzereinstellungen haben Vorrang.

WÖRTLICH AUS DEN ENTWÜRFEN · ABRUF 13.11., 6 UHR

§ 109a Absatz 1 (Teil 1): „Die Landesmedienanstalten dürfen zur Ermittlung von Rechtsverstößen im Sinne des § 109 dieses Staatsvertrages sowie des § 20 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages technische Mittel einsetzen, die Text-, Bild-, Audio- und Bewegtbildinhalte aus Rundfunk und Telemedien automatisiert auf mögliche Verstöße abgleichen. Satz 1 umfasst auch Inhalte in Rundfunk und Telemedien, die Zugangsbeschränkungen unterliegen.“

Begründung zu § 109 (Teil 1): „Durch die Streichung wird klargestellt, dass die Befugnisse nicht auf bereits festgestellte Rechtsverstöße beschränkt sind, sondern auch präventive und aufklärende Maßnahmen umfassen.“

Erläuterung zu § 84c (Teil 2): „Die vorgeschlagene Mindestquote (jede fünfte Empfehlung) orientiert sich grob an den inzwischen üblichen Anteilen von Werbung in Feeds“. „20 Prozent“ ist Umrechnung, nicht Wortlaut.

DER HEBEL

Artikel 4 Absatz 2: „gegenstandslos“

„Dieser Staatsvertrag tritt am 1. August 2027 in Kraft. Sind bis zum 31. Juli 2027 nicht alle Ratifikationsurkunden … hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.“

Fehlt eine einzige der 16 Urkunden, tritt Teil 1 nicht in Kraft. Ein Landtag genügt.

Ein Landtag kann nach der Praxis bei Staatsverträgen nur zustimmen oder ablehnen, nicht ändern. Ausdrücklich steht das in den Primärquellen nicht. Bis zur Unterzeichnung darf die Rundfunkkommission den Text noch anpassen.

EINSCHÄTZUNG Weder heute noch in den Entwürfen: Lizenz, Registrierung, Schwelle nach Abonnenten („kein Zulassungs- oder Registrierungsregime“). Das Wort „Desinformation“ kommt in Teil 2 nicht vor. Alles in eckigen Klammern ist offen. Der Ausweg über Presserat und Selbstkontrolle (§ 109 Absatz 1 Satz 4) bleibt in beiden Teilen bestehen. Ob ein Verstoß gegen § 19 selbst mit Bußgeld bedroht ist, habe ich nicht geprüft.

SCHWERPUNKT II · FREIHEIT UND WAHRHEIT · DIE ABSICHT

Was die Länder sagen, was andere lesen, was der Text erlaubt

Über Absichten lässt sich streiten, über Wortlaut nicht. Diese Seite trennt drei Dinge: was die Länder selbst als Ziel nennen, was Verteidiger und Kritiker daraus lesen, und was ich daraus lese. Zu Parteien gebe ich Aussagen wieder, keine Wertung.

1 · WAS BELEGT IST: DIE ERKLÄRTEN ZIELE DER LÄNDER

Beteiligungsseite der Rundfunkkommission (ohne Namen, Abruf 13.11.2026): „Mit dem ‚DMStV Teil 2' schaffen die Länder faire Spielregeln – damit journalistisch verantwortete Medien auch morgen sicht- und hörbar bleiben." Der Vertrag „stärkt die Sichtbarkeit von Medienangeboten und schützt sie vor algorithmischer Verdrängung" und „schützt die Meinungsbildung vor technischer Manipulation".

Fragen und Antworten der Rundfunkkommission: ein „Maßnahmenpaket zur Sicherung der kommunikativen Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft in Deutschland". **Beschluss vom 22.10.2025:** „Die Grundprinzipien der Medienregulierung müssen auch im digitalen Raum gelten."

Zu Teil 1, Chef der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, Schreiben vom 30.6.2026: Der Entwurf diene „der dringenden und überfälligen Umsetzung von europäischen Rechtsnormen in die nationale Medienregulierung", außerdem werde „der Einsatz von KI-Tools durch die Aufsicht im Medienbereich gesetzlich konturiert".

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz laut dpa (Horizont, 9.10.2026, 13:35 Uhr): Es gehe „insbesondere um den Schutz vor einer Benachteiligung durch Algorithmen". Ein namentliches Zitat der Koordination der Rundfunkkommission zu Teil 2: nicht gefunden.

Bisherige Praxis nach § 19

94 Hinweisschreiben aller Landesmedienanstalten seit November 2020 (Medienberichte; Endpunkt je nach Quelle November 2024 oder 2025). Nordrhein-Westfalen: 32 bis März 2025 (Drucksache 18/20426).

Fälle: NIUS, förmliche Beanstandung, 5.000 Euro Gebühr, Klage beim Verwaltungsgericht Berlin offen. Apolut, Beanstandung, 4.000 Euro, gezahlt. Alexander Wallasch, drei Beiträge untersagt, 2.500 Euro, Klage erhoben. „ungeskriptet by Ben", Prüfung am 25.9.2026 ohne Maßnahme beendet, am 28.10.2026 Klage beim Verwaltungsgericht Köln.

Gerichte: Ein veröffentlichtes Urteil zu einer Maßnahme nach § 19 gegen ein Online-Medium habe ich nicht gefunden. Verwandt, aber Jugendschutz: Verwaltungsgericht Berlin, 23.2.2026, Gesamtverbot eines Instagram-Angebots „unverhältnismäßig", die Anstalt muss Beiträge „konkret bezeichnen".

2 · WAS ANDERE DARAUS LESEN

VERTEIDIGER **Eva Flecken**, Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (dpa über Horizont, 9.10.2026): Die Sorgfaltspflichten gälten schon heute. „Journalismus braucht ein Publikum, ansonsten kann er keine Wirkung entfalten."

Wolfgang Schulz, Hans-Bredow-Institut, zum geltenden § 19 (Legal Tribune Online, 6.7.2026): „Der Weg aus der beklagten ‚Zensur', die keine ist, wäre also erstaunlich kurz; er führt über ein Beitrittsformular."

ARD gegenüber Apollo News (9.11.2026): „Den Ansatz, auch die Auffindbarkeit von Einzelinhalten durch eine Quotenvorgabe zu adressieren, begrüßen wir ausdrücklich." **Claudia Maicher**, Grüne, Sachsen (dpa, 31.10.2026): „Meinungsfreiheit bedeutet mehr, als seine Meinung äußern zu dürfen. Es muss auch die Chance geben, gehört zu werden".

Deutscher Journalisten-Verband (eigene Seite, undatiert): fordert mehr, etwa das Ende des Haftungsprivilegs der Plattformen, hält aber die Vereinbarkeit mit dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz für „zweifelhaft".

KRITIKER **Zeitungs- und Zeitschriftenverleger** (laut Apollo News, 27.10.2026; Primärtext nicht gefunden): Wer einzelne Anbieter bevorzuge, benachteilige ihre Konkurrenten.

Christian Rieck, Professor in Frankfurt, auf YouTube (454.579 Aufrufe, zitiert bei Dr. Web, 31.10.2026): „sanfte Zensur". **YouTube** warnt laut dpa (3.11.2026) vor Nachteilen für unabhängige Kanäle. **Julian Reichelt**, NIUS (Telegram, 28.9.2026): „Es ist das gefährlichste Stück Papier Deutschlands".

Christoph Fiedler, Professor in Leipzig, zum geltenden § 19 (Multipolar, 19.12.2025): Die Aufsicht sei eine „unverhältnismäßige Beschränkung redaktioneller Presse- und Medienfreiheit" und „verfassungswidrig".

Sachsen-Anhalt (Apollo News, 27.10.2026, nach Ostdeutscher Allgemeiner Zeitung): Die Fraktionen von AfD und BSW erklären, die Änderungen nicht mitzutragen. Claudia Wittig (BSW): „schleichende Zensur". Tobias Rausch (AfD): keine Unterstützung, sofern faktisch öffentlich-rechtliche Inhalte gefördert würden. Ein Rechtsgutachten zur Vereinbarkeit des Entwurfs mit Artikel 5 Grundgesetz: nicht gefunden.

BEHAUPTUNGEN IM CHECK · BEFUND AM TEXT

KURSIERENDE BEHAUPTUNG	BEFUND	WAS IM TEXT STEHT
„Ein einziger Landtag kann den Vertrag stoppen."	STIMMT	Teil 1, Artikel 4 Absatz 2: „gegenstandslos", wenn am 31.7.2027 eine Urkunde fehlt.
„Der Bußgeldrahmen wird verdreifacht."	STIMMT	Teil 1, § 115 Absatz 2: 1.500.000 statt 500.000 Euro. Teil 2: Bußgelder noch offen.
„Die Länder planen anlasslose Massenüberwachung." (exxpress und NIUS, 28.9.2026)	VERKÜRZT	§ 109a steht in Teil 1. Abgleich öffentlicher Inhalte ohne Verdachtserfordernis: gedeckt. „Massenüberwachung" ist Wertung. Die Schutzvorkehrungen fehlen meist.
„Der Vertrag ist beschlossen, Teil 1 seit Juni Gesetz." (exxpress, 28.9.; Apollo News, 27.10.2026)	VERKÜRZT	Teil 1: Entwurf beschlossen, nicht unterzeichnet, nicht ratifiziert, Inkrafttreten frühestens 1.8.2027. Teil 2: nur „zur Kenntnis" genommen.
„Sorgfaltspflichten sollen neu auch für YouTube-Kanäle und Podcasts gelten." (turi2, 15.9.2026)	VERKÜRZT	Gilt seit 2020 (§ 19 Absatz 1 Satz 2). Neu wären Verantwortlicher, Gegendarstellung und Korrekturverfahren.
„20 Prozent Quote, jeder fünfte Beitrag, steht fest." (Tichys Einblick, 23.10.2026, und andere)	VERKÜRZT	§ 84c: „mindestens bei jedem [fünften]" in eckigen Klammern, zwei Alternativen, nur für algorithmische Empfehlungen, Nutzereinstellungen haben Vorrang.
„Die Quote gilt für ARD und ZDF."	VERKÜRZT	Öffentlich-rechtliche Angebote sind kraft Gesetzes im Pool (§ 25a Absatz 2), private nur auf Antrag (§ 25b). Den Anteil regelt der Text nicht.
„Die Medienanstalten bewerten jeden einzelnen Beitrag." (Tichys Einblick)	STEHT NICHT IM TEXT	Eingestuft wird der Anbieter, „ohne Bewertung des einzelnen Inhalts durch die Medienaufsicht".
„Podcaster brauchen künftig Lizenz oder Registrierung."	STEHT NICHT IM TEXT	Verneint: „kein Zulassungs- oder Registrierungsregime". Keine Schwelle nach Abonnenten.
Es komme ein „Lügenverbot" (sinngemäß exxpress)	STEHT NICHT IM TEXT	Keine solche Norm. „Desinformation" hat im Entwurf null Treffer. Grundlage bleibt § 19.

3 · WAS ICH DARAUS LESE · EINSCHÄTZUNG

Eine Zensurabsicht ist nicht belegt, und ich behaupte sie nicht. Belegt sind fünf Werkzeuge: der automatisierte Abgleich ohne Verdacht (§ 109a), der verdreifachte Bußgeldrahmen (§ 115), die „präventiven" Befugnisse (§ 109), eine Sichtbarkeitsregel mit Pool (§§ 25a, 84c, 94a) und neue Pflichten für Kanäle (§§ 18, 19, 20, 22).

Werkzeuge überdauern die Absichten derer, die sie schaffen. Maßgeblich ist, was der Text erlaubt, nicht, was heute gewollt ist. Wer Sichtbarkeit ordnet, ordnet Öffentlichkeit.

Nach der ROMI-Methode ist das Frühstadium der günstigste Zeitpunkt für „Raise Awareness": Teil 2 ist nicht geeint, Teil 1 nicht unterzeichnet, 16 Landtage sind offen.

Das ist keine Frage von links oder rechts. Es ist eine Frage von Artikel 5 Grundgesetz. Der Text enthält auch Schutz, etwa § 109 Absatz 7.

SCHWERPUNKT III · FREIHEIT UND WAHRHEIT · WAS JETZT ZU TUN IST

Vier Fristen, vier Wege, alle legal

Die Anhörung zu Teil 2 endet heute. Teil 1 geht bis Januar zur Unterschrift und danach in 16 Landtage. Wer mitreden will, hat dafür offene, gesetzlich vorgesehene Wege. Diese Seite nennt sie mit Frist und Adresse.

FORMULAR rundfunkkommission.rlp.de/rundfunkkommission-der-laender/kontaktformular

HEUTE BIS ZUM ABEND

Stellungnahme zu Teil 2 über das Formular oben. Pflichtfelder: Teilnahme „als Privatperson“ oder „für eine Organisation“, Name, E-Mail-Adresse, Anmerkungen, Zustimmung zum Datenschutz.

Eine Uhrzeit ist nicht genannt, also tagsüber absenden. Veröffentlicht wird nur mit Zustimmung, dann „unverändert und im Volltext“ samt persönlicher Daten.

DIESE WOCHE

Den eigenen Kanal prüfen nach dem Recht, das schon gilt (Checkliste unten).

Den eigenen Landtag ansehen: Wer sitzt im Ausschuss, der für Medien zuständig ist? In Schleswig-Holstein ist es der Innen- und Rechtsausschuss.

Teil 1 selbst lesen: § 109a, § 109 Absatz 7, § 115 Absatz 2 und Artikel 4 Absatz 2. Anlage zum Beschluss vom 25.6.2026.

BIS JANUAR 2027

Schreiben zu Teil 1 an die Staats- oder Senatskanzlei des eigenen Landes und an die Abgeordneten des Medienausschusses. Bis zur Unterzeichnung darf die Rundfunkkommission den Text noch anpassen.

Sachlich fragen lässt sich: Welche Inhalte gleicht die Technik nach § 109a ab, und wer kontrolliert das? Warum steigt der Bußgeldrahmen auf 1.500.000 Euro (§ 115)?

BIS 31. JULI 2027

Ratifikation in 16 Landtagen. Die Zustimmungsgesetze werden erst nach der Unterzeichnung eingebracht. Anhörungstermine: nicht gefunden, beim Landtag nachfragen.

Petition: Jeder darf sich nach Artikel 17 Grundgesetz an den Petitionsausschuss seines Landtags wenden. Fehlt am Stichtag eine Urkunde, wird Teil 1 „gegenstandslos“.

FÜNF PARAGRAFEN AUS TEIL 2, AUF DIE MAN SICH HEUTE BEZIEHEN KANN

PARAGRAF	WAS DORT STEHT	WAS MAN SACHLICH ANMERKEN KANN (ANREGUNG, KEIN MUSTERTEXT)
§ 18 Absatz 1 Satz 2	Vermutung gegen private Zwecke bei Angeboten „auf Dauer und mit der Intention der Maximierung von Reichweite“.	Fragen, woran diese Intention festgestellt wird und wie die Wohnanschrift von Einzelpersonen geschützt bleibt, wenn daraus eine Impressumspflicht folgt.
§ 18 Absatz 2 Satz 2 und § 20	Benannter Verantwortlicher im Inland und Gegendarstellung auch für geschäftsmäßige Kanäle mit Nachrichten oder Politik.	Schildern, was das für einen Kanal bedeutet, den eine Person allein betreibt, und um eine klare Abgrenzung von „geschäftsmäßig“ und „regelmäßig“ bitten.
§ 19 Absatz 1	Verfahren zur nachträglichen Überprüfung und Korrektur, „unabhängig von der Größe des Mediums“.	Fragen, welches Verfahren bei einem Ein-Personen-Podcast als „geeignet“ gilt, und ein Beispiel im Begründungstext anregen.
§ 22 Absatz 1	Wer sagt, etwas sei keine Werbung, muss das der Landesmedienanstalt „in geeigneter Form“ nachweisen.	Fragen, welche Form genügt und wie die Regel zu Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz steht, auf den die Erläuterung zu § 8 Absatz 9 verweist.
§§ 25a, 25b, 84c, 94a	„mindestens bei jedem [fünften]“ empfohlenen Inhalt einer aus dem Pool, zwei Alternativen, Zahl in eckigen Klammern.	Sagen, welche Alternative man für vertretbar hält, und fragen, wie kleine Anbieter den Antrag nach § 25b stellen können, wenn die Schwellen erst in einer Satzung stehen.

KANAL-CHECKLISTE NACH GELTENDEM RECHT

1 · Impressum. Name und Anschrift nach § 18 Medienstaatsvertrag und § 5 Digitale-Dienste-Gesetz.

2 · Werbung kennzeichnen. Bezahltes und Eigenwerbung klar vom Inhalt trennen (§ 22).

3 · Quellen sichern. Bei Nachrichten und politischen Informationen festhalten, woher eine Angabe stammt und wann sie geprüft wurde (§ 19).

4 · Korrekturen dokumentieren. Was wurde wann berichtigt? Teil 2 würde ein solches Verfahren verlangen.

5 · Verantwortlichen benennen. Wer steht für den Inhalt ein? Teil 2 würde das für politische Kanäle zur Pflicht machen.

6 · Selbstkontrolle prüfen. Wer dem Pressekodex unterliegt oder einer anerkannten Selbstkontrolle angehört, fällt bei der Sorgfalt nicht unter die Aufsicht der Medienanstalt (§ 109 Absatz 1 Satz 4). Aber: Laut Multipolar nahm der Presserat eine Selbstverpflichtung nicht an, und ob es eine anerkannte Einrichtung gibt, ist ungeklärt.

7 · § 25b im Blick behalten. Kommt Teil 2 so, können auch Podcasts und YouTube-Kanäle den Status mit „vielfaltsförderndem Mehraufwand“ beantragen.

WER WAS TUN KANN

FÜR	WAS SCHON GILT	WAS SICH ÄNDERN KÖNNTE	WAS TUN
Jeden Bürger	Keine Lizenz, keine Registrierung. Rein private Angebote brauchen kein Impressum.	Was im eigenen Feed erscheint (§ 84c, § 94a). Laut Entwurf haben Nutzereinstellungen Vorrang.	Heute Stellung nehmen. Danach Abgeordnete zu Teil 1 anschreiben.
Podcaster, YouTuber, Blogger	Seit 7.11.2020 Sorgfaltspflicht bei geschäftsmäßigen Angeboten mit Nachrichten oder Politik (§ 19), Aufsicht nach § 109.	Verantwortlicher, Gegendarstellung, Korrekturverfahren (§§ 18, 19, 20). Mit Teil 1 automatisierter Abgleich und höherer Bußgeldrahmen.	Checkliste abarbeiten. Zu §§ 18 bis 20 heute Stellung nehmen. Bei Post von der Medienanstalt: Kasten „Rechtsweg“ unten.
Influencer mit Werbung	Trennung und Kennzeichnung von Werbung (§ 22).	Nachweispflicht, wenn man sagt, etwas sei keine Werbung (§ 22 Absatz 1). Werbung mit Kindern darf deren Interessen nicht schaden (Jugendmedienschutz, § 6 Absatz 4a).	Kooperationen schriftlich festhalten, auch unbezahlte. Zu § 22 heute Stellung nehmen.
Vereine, Unternehmen mit eigenen Kanälen	Impressum. Bei regelmäßigen Nachrichten oder politischen Informationen die Sorgfaltspflicht.	Vermutung gegen private Zwecke bei Reichweitenabsicht (§ 18). Schutz vor Nachahmung gilt für journalistische Angebote, öffentliche Stellen und Parteien (§ 19b).	Einen Verantwortlichen für jeden Kanal festlegen. Als Organisation Stellung nehmen. Ob der Kanal als geschäftsmäßig gilt, rechtlich prüfen lassen.

PETITIONEN Eine laufende Petition gegen den Vertrag habe ich nicht gefunden, auch nicht bei openPetition. Laufend ist eine Petition in die andere Richtung: „Digitalknast öffnen: Mehr Sichtbarkeit für alle im Netz“ von Save Social auf WeAct, an die Ministerpräsidenten und die Rundfunkkommission, 20.000 Unterschriften am 10.11.2026, 17:43 Uhr.

RECHTSWEG IM EINZELFALL Ein Hinweisschreiben hat laut Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen keine unmittelbaren Rechtsfolgen (Legal Tribune Online, 6.7.2026). Gegen Bescheide ist die Klage zum Verwaltungsgericht eröffnet, so bei NIUS, Wallasch, Berndt. Verwaltungsgericht Berlin, 23.2.2026: Die Anstalt muss beanstandete Beiträge „konkret bezeichnen“.

WAS DAS NICHT IST

Das ist kein Aufruf gegen Personen, Parteien oder eine Regierung. Es ist der Hinweis auf ein offenes Verfahren, zu dem die Länder selbst einladen: „Auch diesmal sollen alle Interessierten die Gelegenheit bekommen, sich zu beteiligen.“ Zustimmung ist ebenso eine Stellungnahme wie Kritik. Diese Seite ist allgemeine Orientierung, keine Rechtsberatung.

WAHRHEIT · PROGNOSE GEGEN WIRKLICHKEIT · DREI LISTEN IM ABGLEICH

Die kleinste Zahl der Liste ist eingetreten

Endstand der Liste vom 10. November (Fenster bis heute, 8 Uhr), Tag zwei der Liste vom 11. November (bis Samstag, 8 Uhr), Tag eins der Liste vom 12. November (bis Sonntag, 15. November, 8 Uhr). Stand der Prüfung: 13. November 2026, 6:40 Uhr. Jede Zahl steht so, wie sie veröffentlicht wurde.

10 von 26

Liste vom 10.11. · Endabgleich. 10 eingetreten, 1 teilweise, 13 nicht eingetreten, 2 nicht prüfbar, 0 offen. **Ab 70 Prozent** (sechs Einträge): fünf eingetreten, einer nicht – Köln (75). **Bis 30 Prozent** (acht): zwei eingetreten (30 und 5), fünf nicht, einer nicht prüfbar. Vorbehalt: Prüfung 80 Minuten vor Fensterschluss.

8 von 29

Liste vom 11.11. · Tag zwei. 8 eingetreten, 2 teilweise, 2 nicht eingetreten, 16 offen, 1 nicht prüfbar. **Ab 70 Prozent** (sieben): fünf eingetreten, einer nicht (Köln, 75), einer offen (Trump, 80). **Bis 30 Prozent** (acht): zwei eingetreten (25 und 5), sechs offen. Neu seit gestern: Speicher (75), Bundespolizei (25), Grundakte (5).

9 von 33

Liste vom 12.11. · Tag eins. 9 eingetreten, 1 nicht eingetreten, 2 teilweise, 20 offen, 1 nicht prüfbar. **Ab 70 Prozent** (acht): vier eingetreten (92, 80, 75, 75), einer nicht (Kölner Polizeibilanz, 70), drei offen (München 90, Bundestag 85, Trump 75). **Bis 30 Prozent** (zehn): zwei eingetreten (20 und 10), einer teilweise (15), sieben offen.

DIE WICHTIGSTEN EINTRÄGE · PROZENT, ERGEBNIS, BELEG

LISTE	EREIGNIS, WIE VERÖFFENTLICHT	ZAHL	ERGEBNIS	BELEG (QUELLE, DATUM, UHRZEIT)
12.11.	Kreml bestätigt öffentlich das Treffen Putin – Witkoff – Kushner	92 %	EINGETRETEN	Beginn etwa 13:05 Uhr, Dauer über zwei Stunden; Videomitschnitt des Auftakts (TASS, 12.11., 15:51 und 17:42 Uhr; tagesschau, 17:29 Uhr)
12.11.	Gasspeicher Deutschland unter 58,0 Prozent am Gastag 11.11.	80 %	EINGETRETEN VORLÄUFIG	57,68 Prozent, Nettoabfluss 931,7 Gigawattstunden – damit auch „Abfluss über 900“ (60) eingetreten. Quelle: Speicherplattform AGSI+, ein Abruf, Stempel 12.11., 23:00 Uhr; später verweigerte die Schnittstelle den Zugriff, die Bundesnetzagentur zeigte um 6:30 Uhr noch den Gastag 10.11. (58,05)
12.11.	Kreml äußert sich nach dem Treffen erneut zu Europas Rolle (kein Platz / später)	75 %	EINGETRETEN	Putin, Uschakow (TASS, 17:42 und 21:07 Uhr); Richtung anders als angenommen – siehe „Korrigiert“
12.11.	Trump äußert sich bis Sonntag öffentlich zu Abu Dhabi oder Moskau	75 %	OFFEN, BISHER NEIN	Seine belegten Sätze vom 12./13.11. gelten Iran (TASS, 13.11., 3:20 Uhr); vierter Tag ohne Beleg
12.11.	Polizei Köln veröffentlicht bis 14 Uhr eine Nachtbilanz mit Zahlen	70 %	NICHT EINGETRETEN	Presseportal, 12.11.: vier Meldungen, keine Bilanz; die Zahlen kamen von der Stadt (15:10 Uhr)
12.11.	Austauschzahl (1.000 oder mehr je Seite) von Kiew, Moskau oder Washington genannt	60 %	TEILWEISE	Keine Zahl je Seite. Kushner: „möglicherweise Tausende“; Uschakow: Parameter „werden derzeit abgestimmt“ (TASS, 12.11., 21:07 Uhr; tagesschau, 13.11., 3:19 Uhr)
12.11.	Strom-Tagesmittel für Freitag unter 250 Euro	60 %	EINGETRETEN	161,73 Euro je Megawattstunde; Donnerstag 199,04 (energy-charts, Abruf 13.11., 6:23 Uhr)
12.11.	Bundespolizei äußert sich vor Freitag, 15 Uhr, zu Deutz	20 %	EINGETRETEN	Bundespolizeidirektion Sankt Augustin, 12.11., 12:07 Uhr: Mitführverbot „im Bereich Köln“, verstärkte Kontrollen; kein Wort zum Sabotageverdacht
12.11.	Europa benennt bis Sonntag einen Verhandler oder ein Format	15 %	TEILWEISE	Kein Name. Costa: „Team“; Merz: „bewährtes Format“ der drei Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien – beschrieben, nicht beschlossen (tagesschau, 13.11., 3:19 Uhr)
12.11.	Amtsträger nennt Grundakte, Rat von 1997 oder Brigade Litauen	10 %	EINGETRETEN	Uschakow: Rückkehr zur Kräfteaufstellung der NATO „zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte“ (TASS, englische Fassung, 12.11., 21:07 Uhr)
10.11.	Köln, 11.11.: Zülpicher Viertel oder Altstadt wegen Überfüllung zeitweise gesperrt	75 %	NICHT EINGETRETEN	Jetzt amtlich. Stadt Köln, 12.11., 15:10 Uhr: „Zu Schließungen wegen Überfüllung kam es zu keinem Zeitpunkt.“
10.11.	Bundespolizei erweitert die Verfügung auf Köln Messe/Deutz oder kündigt dort Präsenz an	30 %	EINGETRETEN	Über „Präsenz“. Erweitert wurde nichts: Messe/Deutz stand von Anfang an in der Verfügung vom 30.10.
10.11.	Grundakte 1997 genannt	5 %	EINGETRETEN	Uschakow, 12.11. (TASS, 21:07 Uhr) – der Eintrag mit der kleinsten Zahl der ganzen Liste

Was das Trefferbild sagt. Die hohen Zahlen halten: Ab 70 Prozent sind in der abgeschlossenen Liste fünf von sechs eingetreten, der Ausfall ist zum dritten Mal Köln. Am unteren Ende lag ich zu tief: Die Grundakte stand in drei Listen bei 5, 5 und 10 Prozent, die Bundespolizei zu Deutz bei 30, 25 und 20 – beides ist eingetreten. Und die Basisrate „Trump kommentiert jede Runde“ trägt in dieser Woche nicht.

KORRIGIERT · EIGENE FEHLER UND UNSCHÄRFEN DER AUSGABE VOM 12. NOVEMBER

KORRIGIERT **Uhrzeit im Kreml.** Ich schrieb durchgehend „heute Vormittag“ und setzte den Kipppunkt auf „Donnerstag, Vormittag“. Das Treffen begann laut TASS gegen 15:05 Uhr Moskauer Zeit, also 13:05 Uhr bei uns; Uschakow sprach am Abend. Quelle war die Ankündigung, nicht der Ablauf.

KORRIGIERT **Wochentag.** „Strom-Tagesmittel am Sonntag, 16.11.“ – der Sonntag ist der 15. November, der Montag der 16. November.

KORRIGIERT **Zählung.** Die Überschrift hieß „Dreißig Ereignisse“. Veröffentlicht waren 33 Wahrscheinlichkeiten: Unter der Nummer 30 standen vier Einträge mit vier Zahlen, drei davon ohne Nummer. Ab heute: eine Nummer je Eintrag (Seite 16).

KORRIGIERT **Frist Berlin.** Für denselben Eintrag – die Versammlungsliste zum 20.11. – standen drei Fristen in der Ausgabe: „bis Samstag, 8 Uhr“, „bis Samstag“ und Sonntag, 8 Uhr. Es gilt: Sonntag, 15.11., 8 Uhr.

KORRIGIERT **Bundespolizei und Deutz.** An einer Stelle stand „an neun Bahnhöfen – ohne Köln-Bezug“. Falsch: Die Verfügung vom 30.10. nennt Köln Hauptbahnhof, Köln Messe/Deutz und Köln Wahn; die Mitteilung vom 12.11., 12:07 Uhr, ist „im Bereich Köln“ überschrieben. Richtig ist: mit Köln-Bezug, ohne Bezug zum Sabotageverdacht.

KORRIGIERT **Kipppunkt Kreml, Logik.** „… oder Putin äußert sich selbst → Nummer 23 erfüllt“: Die zweite Bedingung kann eintreten, ohne dass ein Termin oder Ort genannt wird. Genau das geschah.

KORRIGIERT **Grundakte zu tief angesetzt.** 10 Prozent für 72 Stunden bei zugleich 35 Prozent bis 3. Januar: Der Eintrag trat am ersten Tag ein – durch die Seite, die ich selbst als wahrscheinlichsten Absender beschrieben hatte.

KORRIGIERT **Köln, Absender.** Ich erwartete die Zahlenbilanz von der Polizei „bis 14 Uhr“. Die Polizei hatte selbst „nicht vor Donnerstagmittag“ gesagt und die Gesamtzahl für den 18.11. angekündigt; die Bilanz kam von der Stadt. Der Vorbehalt „Stadtbilanz könnte eine Sperrung nennen“ ist erledigt.

KORRIGIERT **Europas Rolle, Richtung.** Der Eintrag „kein Platz / später“ und mein ernster Fall rechneten mit Ablehnung. Eingetreten ist laut Kushner die Zustimmung. Nach Wortlaut erfüllt, in der Richtung verfehlt.

PRÄZISIERT **Speicher, Uhrzeit und Folge.** „Heute, 18 Uhr“: Der Datensatz trägt den Stempel 23:00 Uhr. Der Kipppunkt (unter 58,0 oder über 900) ist ausgelöst; die angekündigte Anhebung von „unter 50 vor Weihnachten“ auf 70 vollziehe ich nicht, solange der Wert nur auf einem Abruf beruht (Seite 9). **Erdgas.** Statt „82 bis 86 Euro“: 93,07 Euro am 12.11., 19:21 Uhr (finanzen.net); abweichend 86,43 und 94,70 – die Abweichung ist ungeklärt.

NACHTRAG **Bahnstrecke Königslutter–Lauingen.** Am 10.11., gegen 15:20 Uhr, brannte dort eine Stromleitung; die Polizei Wolfsburg geht laut regionalHeute (11.11., 11:16 Uhr) „von einer vorsätzlichen Tat aus“; Motiv und Täter offen. Der Fall fehlte im Abgleich. Zählt er als Sabotagefall, wäre der Eintrag „weiterer Vorfall“ (45) der Liste vom 10.11. eingetreten.

SICHERHEIT · DIE GROSSE LAGE · VEREINIGTE STAATEN, RUSSLAND, UKRAINE, EUROPA

Europa darf an den Tisch – auf dem 1997 liegt

Putin empfängt die amerikanischen Unterhändler, sein Berater nennt die NATO-Russland-Grundakte als Maßstab, die nächste Runde soll mit Europäern stattfinden. Was belegt ist, was andere daraus lesen, was ich daraus lese. Alle Uhrzeiten in mitteleuropäischer Zeit.

WAS BELEGT IST · STAND 13. NOVEMBER 2026, 7:00 UHR

EREIGNIS	BEFUND	QUELLE, STATUS
Moskau, 12.11.	Putin empfängt Witkoff und Kushner im Kreml ab etwa 13:05 Uhr (15:05 Uhr Moskauer Zeit), Dauer „über zwei Stunden". Der Auftakt wird als Videomitschnitt veröffentlicht. Uschakow danach: Gespräch „substantive, constructive, frank, and useful" („substantiell, konstruktiv, offen und nützlich").	TASS (12.11., 15:51 und 17:42 Uhr); tagesschau (17:29 Uhr) · BELEGT
Uschakow: Grundakte	Putin habe an die Vertragsentwürfe von 2021 erinnert. Kernpunkte: keine Erweiterung der NATO, keine bedrohlichen Waffensysteme an Russlands Grenzen „and a return to the Alliance's force configuration as it stood at the time of signing the Russia-NATO Founding Act" („und eine Rückkehr zur Kräfteaufstellung des Bündnisses zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte"). Die Arbeit an einer „neuen langfristigen Architektur" könne „sofort" beginnen, „im Tandem" mit den Vereinigten Staaten.	TASS, englische Fassung (12.11., 21:07 Uhr) · BELEGT. Russischer Originalwortlaut nicht eingesehen. In meinen Suchläufen zitiert kein deutschsprachiges Medium den Satz
Putins Linien	Für Russland gebe es nur eine Trennlinie, „die Staatsgrenze"; entmilitarisierte Zonen lehnt er ab. Europäische Truppen in der Ukraine: „for us, they are a legitimate target, meaning the war will resume immediately" („für uns ein legitimes Ziel, das heißt, der Krieg beginnt sofort wieder"). Zur Reihenfolge: Die Europäer sagten „erst nach dem Frieden in der Ukraine" – „We've come full circle" („Wir drehen uns im Kreis"). Vorschlag einer „humanitären Mission" in Kostjantyniwka: fünf Tage Minenräumung, 400 bis 500 Zivilisten.	TASS (12.11., 14:42, 15:33, 17:42 Uhr); Deutschlandfunk (13.11.) · BELEGT
Nächste Runde	Kushner im russischen Fernsehen: multilaterale Verhandlungen „next week" („nächste Woche"); zu Putin und den Europäern: „he's willing to give it a try" („er ist bereit, es zu versuchen"). Witkoff: „We've got another meeting on the schedule" – kein Datum, kein Ort. Kushner auf X: Ukraine und europäische Sicherheitsordnung würden „in parallel" verhandelt, abgeschlossen erst im Gesamtabkommen. Peskow: Die Europäer hätten „bislang nicht bestimmen können, wer sie vertritt".	TASS (12.11., 21:05, 21:53, 23:32 Uhr; 13.11., 2:12 Uhr) · BELEGT (Wortlaut). Termin: offen
Trump – Putin	Uschakow: Die Gespräche würden fortgesetzt „during the planned meeting with him at the APEC summit in Shenzhen" – beim geplanten Treffen am Rand des Gipfels der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft, 18./19.11. Möglich sei ein Dreiertreffen Putin – Xi – Trump. Trump selbst zu Moskau: keine Äußerung gefunden.	TASS (12.11., 18:35 und 18:40 Uhr) · BELEGT (Kreml-Angabe) / UNBESTÄTIGT (Washington, Peking)
Dublin, 12.11.	39 Staaten tragen eine von Frankreich angestoßene Charta: Jede Frage der europäischen Sicherheit müsse „gemeinsam mit den Europäern entschieden werden"; zentrale Sicherheitsfragen mit Russland erst nach Kriegsende. Nicht unterzeichnet: Schweiz, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, als einziger EU-Staat Bulgarien. Kein Chefverhandler – Costa: „Team". Merz: „Zunächst einmal haben wir mit dem Format der E3 ein bewährtes Format" (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, teils mit Italien und Polen).	ORF (12.11., 17:23 Uhr); Deutschlandfunk; tagesschau (13.11., 3:19 Uhr) · MEDIENBERICHT; Merz: bundesregierung.de (12.11.) · BELEGT. Volltext der Charta: nicht gefunden
Gefangenen-austausch	Keine Zahl, kein Beginn. Uschakow: „The parameters of this exchange are currently being coordinated" („werden derzeit abgestimmt"). Kushner: möglicherweise „Tausende". Selenskyj: „the biggest exchange of war prisoners yet" („der bislang größte").	TASS (12.11., 21:07 Uhr); Kyiv Independent · BELEGT
Sanktionen, Iran	Frankreichs Europaminister Haddad: „On Monday, we will adopt new sanctions against Russia" – am Montag, 16.11.; 150 Personen und 50 Banken könnten gelistet werden. Trump zu Iran: „We don't need a deal with Iran" („Wir brauchen kein Abkommen mit Iran"). Danach Erdgas 93,07 Euro (plus 7,68 Prozent), Öl der Sorte Brent 95,96 Dollar (Seite 13).	TASS (12.11., 13:43 und 15:40 Uhr); finanzen.net (19:21 Uhr) · BELEGT (über Agentur) / DATEN
Krieg, 12./13.11.	Nacht zum 12.11.: 123 Drohnen auf die Ukraine, dazu ballistische Raketen; am Tag weitere 143. Nacht zum 13.11.: mindestens 34 Drohnen auf dem Weg nach Moskau abgefangen (russische Angabe); die ukrainische Bilanz stand um 6:32 Uhr aus.	Luftwaffe der Ukraine (12.11., 7 und 17:58 Uhr); TASS (13.11.) · BELEGT (jeweils eine Seite)

WAS ANDERE DARAUS LESEN

Die tagesschau stellt zwei Überschriften nebeneinander: „Putin beharrt auf Gebietsansprüchen" (12.11., 17:29 Uhr) und „Europa soll mit an den Verhandlungstisch" (13.11., 3:19 Uhr). Kathrin Schmid (ARD Brüssel): Ob Putins Lesart einer Sicherheitsarchitektur zur europäischen passe, sei „unklar bis zweifelhaft". ORF: „Putin bleibt bei Forderungen". Litauens Rundfunk: Präsident Nausėda bezweifle die Aussicht auf eine Waffenruhe.

Aus der Presseschau des Deutschlandfunks (12.11.): Neue Zürcher Zeitung – die Europäer sollten „zumindest deren Tricks durchschauen". Rzeczpospolita – mit Putin über europäische Sicherheit zu verhandeln sei „ein äußerst riskantes Unterfangen, insbesondere für unseren Teil Europas". Nihon Keizai Shimbun – Moskau habe das Gespräch „auf die Sicherheitsarchitektur Europas" gelenkt. Kyiv Independent: Shenzhen ohne Ukraine und Europa stoße auf Skepsis. Macron dagegen: Rund vierzig Länder hätten sich „erstmals auf gemeinsame Grundsätze" verständigt. NATO-Generalsekretär Rutte: Die Vereinigten Staaten, Europa und die Ukraine lägen „vollkommen auf einer Linie".

WAS ICH DARAUS LESE · WAS DAS FÜR DEUTSCHLAND HEISST

1 · Die Einladung und die Rechnung kommen am selben Abend. Moskau lässt Europa in die nächste Runde – und legt zugleich den Stand von 1997 auf den Tisch. Wörtlich genommen beträfe eine Rückkehr zur damaligen Kräfteaufstellung jede Truppe, die das Bündnis seither im Osten stationiert hat. Dazu zählt die deutsche Brigade in Litauen. Genannt hat sie niemand; die Bundesregierung verneint seit 2023, dass die Grundakte sie berührt.

2 · Die Reihenfolge ist der eigentliche Streit. Die Bundesregierung nannte am 11.11. vier Prinzipien. Das erste, „erst Frieden, dann Ordnung", steht jetzt in der Charta von Dublin. Kushner sagt „parallel", mit Abschluss im Paket. Putin greift die Reihenfolge offen an. Das dritte Prinzip – Konsens der NATO, nichts „über die Köpfe der baltischen Staaten hinweg" – ist die deutsche Antwort auf eine Forderung, die jetzt erstmals ausgesprochen ist. Das vierte, keine Überraschungen, hielt am Donnerstagabend: Kushner beriet mit den Sicherheitsberatern, darunter dem deutschen.

3 · Ohne Namen bleibt Europas Platz ein Angebot. Kushner will die Runde nächste Woche, Peskow bemängelt den fehlenden Vertreter, Merz hält das Dreierformat für ausreichend. Für den 18./19.11. kündigt der Kreml das Treffen Trump – Putin in Shenzhen an – ohne Europäer.

4 · Was kaum jemand mitbekommt. Uschakows Satz steht nur in der englischen Fassung von TASS. In den deutschen Berichten der Nacht (tagesschau, 2:22 und 3:19 Uhr) heißt es „neue europäische Sicherheitsarchitektur"; die Grundakte fehlt. Wer die Verhandlungen der nächsten Woche einordnen will, braucht die Jahreszahl 1997.

KIPPPUNKTE · WENN – DANN, MIT DATUM

WANN, WO	WENN …	… DANN
Mo 16.11., Brüssel	die EU die Listungen beschließt und Moskau die Zusage zur Runde mit Europäern hält	Druck und Gespräch laufen nebeneinander; „Europa-Format bis 27.11." bleibt 55
bis Mi 18.11.	Washington oder Moskau Datum und Ort nennen und Europa sagt, wer am Tisch sitzt	„Europa-Format" auf 70; ohne Namen zurück auf 45
18./19.11., Shenzhen	Trump und Putin sich treffen, bevor eine Runde mit Europäern stattfand	„erst Frieden, dann Ordnung" gerät unter Druck; Dreiertreffen mit Selenskyj auf 20
Do 19.11., Berlin	ein Mitglied der Bundesregierung die Grundakte oder die Brigade nennt	Die deutsche Fassung der Frage (20 Prozent) ist erfüllt
bis Mo 30.11.	der Austausch mit Zahl und Datum beginnt	Die humanitäre Schiene trägt; „Austausch" auf 75
26./27.11., Brüssel	der Europäische Rat ohne benannten Vertreter und ohne Finanzierung für 2027 endet	„EU-Beauftragter" auf 20; „45 Milliarden" auf 30

EINSCHÄTZUNG „Was ich daraus lese" und die Kipppunkte sind meine Einschätzung. Zu Personen, Parteien und Regierungen gebe ich Aussagen und Daten wieder, keine Wertung. Ob die Grundakte die Brigade in Litauen berührt, ist umstritten.

ROMI-PROGNOSE BIS 3. JANUAR 2027 · SICHERHEIT · VERMÖGEN · FREIHEIT

27 Zahlen – und ein Eintrag, der erledigt ist

Die Langfristliste, fortgeschrieben am 13. November 2026, 7:00 Uhr. Balken: heute. Zahl in Klammern: Ausgabe vom 12. November. Bei jeder Änderung steht der Grund darunter. Neu ist die Gruppe „Freiheit“ mit vier Einträgen zum Medienstaatsvertrag.

EINGETRETEN AM 12.11. · AUS DER LISTE GENOMMEN **Grundakte, Rat von 1997 oder Brigade Litauen ausdrücklich von Amtsträger genannt (zuletzt 35 Prozent).** Putins Berater Uschakow nennt die „Russia-NATO Founding Act“ als Maßstab für die Kräfteaufstellung der NATO (TASS, englische Fassung, 12.11., 21:07 Uhr). Offen bleibt die deutsche Fassung der Frage: Ein Mitglied der Bundesregierung nennt bis 19.11. die Grundakte, den Rat von 1997 oder die Brigade in Litauen – 20 Prozent; bis 6:40 Uhr keine deutsche Reaktion gefunden.

SICHERHEIT · 15 EINTRÄGE

Abschlusserklärung Berlin 19.11. bezieht sich auf den Rahmen aus Abu Dhabi oder Washington	75 %	(75)
Treffen Trump – Putin bis zum G20-Gipfel im Dezember	75 %	(65)

65 → 75: Uschakow spricht vom „geplanten“ Treffen am Rand des Gipfels in Shenzhen, 18./19.11. (TASS, 12.11., 18:40 Uhr); Washington und Peking haben nicht bestätigt.

Weitere belegte hybride Vorfälle in Deutschland, Österreich und der Schweiz bis 19.11. (mindestens drei; einer gezählt: Deutz)	70 %	(70)
EU beschließt Sanktionen gegen iranische Stellen wegen der Kühlanlagen-Angriffe bis 3.1.	60 %	(60)

unverändert: Ein Beschluss zu Iran wurde nicht gefunden; die Listungen am Montag, 16.11., gelten Russland (siehe Seite 16, Nummer 6).

Großer Gefangenenaustausch (1.000 oder mehr je Seite) bis 30.11. vollzogen	60 %	(60)
„Wehrpflicht“ und „Krieg“ dominieren die Aufrufe zum 20.11.	60 %	(60)
Europa benennt bis 27.11. Verhandlungsführer oder Format	55 %	(35)

35 → 55: Putin stimmt laut Kushner der nächsten Runde mit Europäern zu; Merz und Costa beschreiben das Format der drei Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien – der Termin „nächste Woche“ erzwingt eine Entscheidung.

Telefonat oder Treffen Putin – Merz vor dem 3. Januar	35 %	(35)
Deutsche Behörde schreibt Kühlanlagen-Fälle in Deutschland öffentlich einem Staat zu	35 %	(35)
Europäischer Rat beschließt einen EU-Beauftragten für die Verhandlungen	30 %	(40)

40 → 30: Ratspräsident Costa schließt einen einzelnen Chefverhandler aus und spricht von einem „Team“ (tagesschau, 13.11., 3:19 Uhr).

Amerikanischer Amtsträger nennt 1997 ausdrücklich (gestern außerhalb der Liste geführt)	30 %	(30)
Dreiertreffen Trump – Putin – Selenskyj vor dem 3. Januar	25 %	(25)
„Gen Z regelt – Phase 2“ am 14.11. in Berlin mit mindestens 1.000 Teilnehmern	25 %	(30)

30 → 25: vierter Tag ohne Beitrag des Hauptkanals, kein Medienbericht; die Anmeldung steht unverändert (berlin.de, 13.11., 6:25 Uhr).

Berlin 19./20.11.: Krawallnacht	18 %	(18)
Waffenstillstand vor dem 3. Januar 2027	15 %	(15)

VERMÖGEN · 8 EINTRÄGE

Speicher Deutschland unter 55 Prozent vor dem 1. Dezember	90 %	(90)
Speicher Deutschland unter 50 Prozent vor dem 24. Dezember	65 %	(65)

bleibt 65: Mein Kipppunkt (unter 58,0 oder Abfluss über 900) ist ausgelöst. Die angekündigte Anhebung auf 70 setze ich aus: Der Wert für den Gastag 11.11. (57,68 Prozent) stammt aus einem einzigen Abruf, der Abfluss sinkt von 1.104 auf 932 Gigawattstunden, der Strompreis fällt.

Strom-Tagesmittel über 351,48 Euro vor dem 3. Januar (dritter Jahreshöchstwert)	50 %	(55)

55 → 50: dritter Rückgang in Folge – nach 351,48 erst 316,65, dann 199,04, heute 161,73 Euro je Megawattstunde (energy-charts, 13.11., 6:23 Uhr).

Gipfel 19.11. nennt eine Zahl für 2027 (zehn Milliarden Euro oder mehr)	45 %	(45)
EU-Staaten einigen sich bis zum Europäischen Rat im Dezember auf die 45 Milliarden für 2027	40 %	(40)
Erdgas am Handelspunkt TTF über 100 Euro bis 3. Januar	35 %	(20)

20 → 35: 93,07 Euro, plus 7,68 Prozent an einem Tag (finanzen.net, 12.11., 19:21 Uhr); andere Angaben nennen 86,43 und 94,70 – die Abweichung ist ungeklärt.

Bundesnetzagentur nennt die Stromerzeugung als Treiber des Speicherabflusses bis 3.1.	25 %	(25)
Bundesnetzagentur ruft Alarmstufe des Notfallplans Gas aus, bis 3.1.	5 %	(5)

FREIHEIT · 4 EINTRÄGE · NEU · MEDIENSTAATSVERTRAG

Teil 1 (9. Medienänderungsstaatsvertrag) ist bis 31.1.2027 von allen 16 Regierungschefinnen und Regierungschefs unterzeichnet	70 %	(neu)

Prüfung: Mitteilung der Rundfunkkommission oder einer Staatskanzlei. Grundlage: Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 25.6.2026, Unterzeichnung „bis spätestens Januar 2027“.

Die Rundfunkkommission nennt bis 3.1.2027 öffentlich die Zahl der eingegangenen Stellungnahmen zu Teil 2	40 %	(neu)

Prüfung: Internetseite der Rundfunkkommission oder Auskunft an ein Medium. Die Anhörung endet heute.

„Jede fünfte Empfehlung“ (§ 84c) steht unverändert im späteren Vertragstext von Teil 2	35 %	(neu)

Prüfung offen, über den 3.1. hinaus: Die Zahl steht im Diskussionsentwurf in eckigen Klammern, mit zwei Alternativen; laut Deckblatt ist nichts „abschließend geeint“.

Mindestens ein Landtag ratifiziert Teil 1 nicht bis 31.7.2027	30 %	(neu)

Eigener Vermerk, über den 3.1. hinaus: Fehlt eine der 16 Ratifikationsurkunden, wird der Vertrag nach Artikel 4 Absatz 2 „gegenstandslos“ (Seite 4).

WAS DIE LISTE HEUTE SAGT

Sicherheit. Zwei Zahlen steigen, weil Moskau am Donnerstag zwei Türen geöffnet hat: das Treffen mit Trump in Shenzhen und die Runde mit Europäern. Eine dritte steigt wegen des schärferen Tons am Golf. Zwei sinken: Europa will keinen einzelnen Namen, und der Berliner Aufruf für Samstag bleibt ohne Echo. Unverändert bei 15 Prozent bleibt der Waffenstillstand: Putin nennt als einzige Linie „die Staatsgrenze“ und europäische Truppen ein „legitimes Ziel“.

Vermögen. Strom wird billiger, Gas teurer – das ist kein Widerspruch: Der Wind drückt den Strompreis, Trumps Iran-Satz treibt den Gaspreis. Rechenhilfe Speicher: Bis zum 30.11. fehlen von 57,68 auf 55 Prozent 2,68 Punkte, das sind 0,14 Punkte je Tag bei zuletzt 0,37 bis 0,45. Für „unter 50 vor dem 24. Dezember“ sind 0,18 Punkte je Tag nötig.

Freiheit. Die vier neuen Einträge betreffen zwei verschiedene Verträge. Teil 1 ist beschlossen, aber nicht unterzeichnet und nicht ratifiziert. Teil 2 ist ein Diskussionsentwurf. Die 30 Prozent im letzten Eintrag sind keine Empfehlung an irgendeinen Landtag, sondern eine Schätzung: 16 Parlamente müssen einzeln zustimmen, ändern können sie den Text nicht.

EINSCHÄTZUNG Alle Wahrscheinlichkeiten sind meine Einschätzung, keine Gewissheit. Zu Personen, Parteien und Regierungen gebe ich Aussagen und Daten wieder, keine Wertung. Der Wert für den Gastag 11.11. ist vorläufig (ein Abruf; die Bundesnetzagentur zeigte um 6:30 Uhr noch den Gastag 10.11. mit 58,05 Prozent). Jeder Eintrag wird am Stichtag auf Seite 7 abgeglichen.

PLAN B · VORSPRUNG DURCH VORBEREITUNG, KEINE PANIK

Ein Formular, ein Frostwochenende, eine Rechnung im Januar

Keine Behörde warnt vor Stromausfällen oder Anschlägen. Es geht um Fristen, Wege und Geld: Heute endet die Anhörung zum Medienstaatsvertrag. Am Samstag ziehen Aufzüge durch vier Städte, in der Nacht kommt Frost, im Januar gelten neue Steuerzinsen.

Die vier Marken: VERMÖGEN Geld, Verträge, Energie · SICHERHEIT Wege, Menschen, Anlagen · FREIHEIT Rechte, Fristen · WAHRHEIT erst prüfen, dann teilen

FÜR	HEUTE, FREITAG	DIESE WOCHE, BIS MONTAG	BIS ZUM NÄCHSTEN KIPPPUNKT
Familien	FREIHEIT Stellungnahme zum Medienstaatsvertrag: Kontaktformular der Rundfunkkommission (rundfunkkommission.rlp.de), ausdrücklich auch „als Privatperson“. Eine Uhrzeit für das Fristende ist nicht genannt – also tagsüber absenden. VERMÖGEN Nur bei Tarifen mit Börsenpreis: Waschmaschine zwischen 11 und 14 Uhr (90 bis 100 Euro je Megawattstunde), nicht zwischen 16 und 20 Uhr (207 bis 226). SICHERHEIT Köln: ab 15 Uhr Mitführverbot der Bundespolizei im Hauptbahnhof und auf der Strecke Messe/Deutz bis Porz-Wahn. Taschen können geprüft werden.	SICHERHEIT Samstag: Wer als Jugendlicher nach Berlin (17:15 bis 23 Uhr, angemeldet), Stuttgart (17 Uhr, Schlossplatz, nicht angemeldet, kein Verbot bekannt), Bremen (16:30 bis 20 Uhr, angemeldet) oder Düsseldorf (17 Uhr, Aufruf) will: Begleitung absprechen, Rückweg zu fester Uhrzeit. Köln, 10 bis 17 Uhr: Traktoren, Sperrungen an Deutzer Brücke und Severinsbrücke. SICHERHEIT Nacht zum Samstag: im Süden Frost bis minus 5 Grad, Nebel, lokal Glätte. WAHRHEIT Ein altes Video einer anderen Demonstration lief als „Gen Z regelt“ (Faktencheck der Deutschen Presse-Agentur, 12.11.). Vor dem Teilen Datum und Ort prüfen.	VERMÖGEN **Bis 31. Dezember:** offene Steuererklärungen abgeben; ab 1. Januar 2027 kosten Nachzahlungen 0,3 statt 0,15 Prozent Zinsen je Monat. Preisschreiben von Strom- und Gasversorger lesen; bei Erhöhung besteht ein Sonderkündigungsrecht (Seite 13). SICHERHEIT **Freitag, 20. November:** Streiktag. Die Schule fragen, was gilt. FREIHEIT **Bis Januar 2027:** dem eigenen Landtagsabgeordneten schreiben – der erste Vertrag braucht alle 16 Landtage.
Händler, Gastronomie, Bäcker	VERMÖGEN Wer Strom zum Börsenpreis bezieht: Lasten in die Mittagsstunden legen. Gegen 13 Uhr erscheint der Preis für Samstag – er zeigt, ob der Markt die Flaute einpreist. SICHERHEIT Köln: Lieferanten für Samstag umplanen (Aufzug mit Traktoren ab Deutzer Werft durch die Innenstadt, Gegenaufzug ab Ottoplatz).	SICHERHEIT Stuttgart, Samstag ab 17 Uhr: Die Händler haben die Schaufenster diesmal nicht verbarrikadiert; ein Auktionshaus stellt mehr Sicherheitspersonal. Die Polizei will „wachsam sein, auch in die Nacht hinein“. Schließzeit und Heimweg des Personals vorher klären. Berlin: Kantstraße und Kurfürstendamm, 17:15 bis 23 Uhr – Außenbereiche und Lieferzeiten anpassen.	VERMÖGEN **Bis Jahresende:** Gasvertrag lesen – gibt es eine Preisgleitklausel? Erdgas: 93,07 Euro, plus 7,68 Prozent an einem Tag. Große Betriebsausgaben unbar zahlen: Bar über 10.000 Euro soll nicht mehr abziehbar sein (Bundesrat steht aus). **20. November:** Der Bundesrat berät erstmals über Registrierkassen und Bonpflicht.
Unternehmen	VERMÖGEN Eine Zahl kennen: Was kostet ein Produktionstag bei 162 Euro je Megawattstunde (heute), was bei 351 (10. November)? FREIHEIT Wer als Firma regelmäßig veröffentlicht: Stellungnahme heute „für eine Organisation“ abgeben.	SICHERHEIT Stadtwerke Achim: zentrale Systeme und Kundenportal seit Sonntag ausgefallen, Verdacht auf Erpressungssoftware, Versorgung nicht betroffen. Die Frage für den eigenen Betrieb: Wie arbeiten wir fünf Tage ohne zentrale Systeme? VERMÖGEN Montag: Laut Frankreichs Europaminister könnten 150 Personen und 50 Banken gelistet werden. Geschäftspartner und Zahlungswege prüfen.	VERMÖGEN **Bis Januar:** Lohnabrechnung auf die neuen Beitragsbemessungsgrenzen vorbereiten (Bundesrat 20. November). Höhere Netzentgelte 2027 einplanen. SICHERHEIT **Laufend:** Das neue Cybersicherheitsgesetz erlaubt Behörden Eingriffe in Systeme, die Angreifer missbrauchen: eigene Systeme aktuell halten.
Kommunen, Stadtwerke	SICHERHEIT Stuttgart: Stand Donnerstagabend keine Anmeldung, kein Verbot, keine Auflagen – heute klären, wer am Samstag ansprechbar ist. WAHRHEIT Stadtwerke: sachlich informieren. „58 Prozent“ heißt nicht „kalt“; die Bundesnetzagentur nennt die Versorgung gewährleistet.	SICHERHEIT Nach dem Brief mit Pulver an die Synagoge in Gießen (26 Menschen hinausgeleitet, Entwarnung): Wer öffnet in Rathaus und Gemeinde die Post, und was geschieht bei einem Fund? Sonntag ist Volkstrauertag. Achim zeigt: Notbetrieb ohne Kundenportal üben.	SICHERHEIT **20. November:** Streiktag; in Bremen sind 13 bis 17 Uhr angemeldet, die Route ist offen. Schulen und Verkehrsbetriebe früh informieren. VERMÖGEN **Bis Jahresende:** Kunden erklären, warum die Netzentgelte 2027 steigen. FREIHEIT **20. November:** Bundesrat, Entschließung zur Videoüberwachung im Umfeld kritischer Anlagen.
Wer einen Kanal betreibt Podcast, YouTube, Verein mit Reichweite	FREIHEIT Stellungnahme heute absenden, mit Paragraf: § 18 (Impressum, Verantwortlicher), § 19 (Korrekturverfahren), § 20 (Gegendarstellung), § 22 (Werbung), § 84c (jede fünfte Empfehlung). WAHRHEIT Die zwei Verträge trennen. Im Entwurf stehen keine Lizenz, keine Registrierung, keine Abonnenten-Schwelle; das Wort „Desinformation“ kommt nicht vor.	FREIHEIT Geltendes Recht prüfen: Impressum mit Name und Anschrift, Werbung gekennzeichnet, Sorgfalt bei Nachrichten und politischen Informationen (Pflicht seit 7. November 2020). WAHRHEIT Quellen zu jedem Beitrag ablegen, Korrekturen sichtbar machen.	FREIHEIT **Bis Januar 2027** (Unterzeichnung des ersten Vertrags) und **bis 31. Juli 2027** (Ratifikation): den Abgeordneten im Medienausschuss des eigenen Landtags schreiben. Themen: § 109a (automatisierter Abgleich), § 115 (Bußgeld bis 1.500.000 Euro), § 109 Absatz 7 (Absehen bei geringem öffentlichem Interesse).

KANAL-CHECKLISTE IN KURZFORM · EINZELHEITEN AUF SEITE 6

1. **Heute:** Formular der Rundfunkkommission ausfüllen. Einen Paragrafen nennen und sagen, was er für den eigenen Kanal bedeutet.
2. **Impressum:** Name und Anschrift – schon heute Pflicht. Neu wäre: Wer „auf Dauer und mit der Intention der Maximierung von Reichweite“ anbietet, gilt vermutet nicht als privat (§ 18 Absatz 1 Satz 2 des Entwurfs).
3. **Verantwortlicher:** Der Entwurf verlangt für geschäftsmäßige Kanäle mit regelmäßig Nachrichten oder politischen Informationen eine benannte Person mit ständigem Aufenthalt im Inland.
4. **Korrektur und Gegendarstellung:** eine Adresse, eine zuständige Person, ein fester Ablauf (§ 19 und § 20 des Entwurfs, „unabhängig von der Größe des Mediums“).
5. **Werbung:** kennzeichnen, Belege aufheben. Nach § 22 Absatz 1 des Entwurfs muss der Anbieter nachweisen, dass etwas keine Werbung ist.
6. **Im Streitfall:** Ein Hinweisschreiben hat laut Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen keine unmittelbare Rechtsfolge. Gegen Bescheide: Klage zum Verwaltungsgericht.
7. **Selbstkontrolle:** Wer dem Pressekodex unterliegt oder einer anerkannten Selbstkontrolle angehört, fällt bei den Sorgfaltspflichten nicht unter die Aufsicht der Medienanstalt. Ob eine solche Einrichtung anerkannt ist, ist ungeklärt.

DIE NÄCHSTEN KIPPPUNKTE

Fr, 13 Uhr	Strompreis für Samstag erscheint
Fr, 15 Uhr	Mitführverbot Köln beginnt (bis Sonntag, 3 Uhr)
Fr, Abend	Wind flaut ab; in der Nacht Frost bis minus 5 Grad
Sa, 14.11.	Köln ab 10 Uhr · Bremen 16:30 Uhr · Stuttgart und Düsseldorf 17 Uhr · Berlin 17:15 Uhr
Mo, 16.11.	Neue Sanktionslisten der Europäischen Union
Fr, 20.11.	Streiktag; Bundesrat ab 9:30 Uhr (Beitragsbemessungsgrenzen, digitale Brieftasche)
Januar 2027	Unterzeichnung des ersten Medienvertrags geplant; neue Steuerzinsen gelten
31.7.2027	Fehlt eine der 16 Ratifikationsurkunden, wird der erste Vertrag „gegenstandslos“

Vorsprung heißt heute: zehn Minuten für ein Formular, einen Blick auf den Vertrag – und am Samstag wissen, wo die Traktoren fahren.

Maximilian Mitera

EINSCHÄTZUNG Keine Finanz-, Steuer- oder Rechtsberatung. Quellen: Rundfunkkommission (13.11., 6:28 Uhr), Polizei Köln und Bundespolizei (12.11., 16:51 und 12:07 Uhr), EchtStuttgart (12.11., 23:20 Uhr), t-online Bremen (12.11., 13:38 Uhr), Deutscher Wetterdienst (13.11., 5:00 Uhr), energy-charts.info (13.11., 6:23 Uhr). Vorbehalte: Seiten 6, 11, 13.

SICHERHEIT · LAGE NACH ORTEN · DEUTSCHLAND

Was seit Donnerstagfrüh neu ist – und was bis Montag kommt

Nur Neues seit Donnerstag, 6:00 Uhr, dazu der Ausblick bis Montag. Die Ampel ist meine Einschätzung, wie viel Aufmerksamkeit ein Ort bis Montag verdient – keine Warnung einer Behörde: 🟢 ruhig 🟡 aufmerksam 🟠 erhöht 🔴 akut (heute nirgends).

ORT	LAGE	WAS NEU IST · WAS BIS MONTAG KOMMT	QUELLE · STATUS
Stuttgart	🟠 Aufruf, nicht angemeldet	Samstag, 17 Uhr, Schlossplatz: Der Versammlungsbehörde liege „bisher keine Anmeldung vor“ (Rathaussprecher Matis, Stand Donnerstagabend). Kein Verbot, keine Auflagen, keine Allgemeinverfügung bekannt; auf stuttgart.de und bei der Polizei am Freitag, 6:25 Uhr, nichts dazu. Die bundesweite Initiative kündigt laut Bericht „erst für den 20. November neue Proteste an“ und distanziert sich von Gewalt. Polizeisprecher Lauer: „vermehrt Einsatzkräfte in der Stadt“, man werde „wachsam sein, auch in die Nacht hinein“. Händler haben die Schaufenster diesmal nicht verbarrikadiert. Oberbürgermeister Nopper hatte die Prüfung von Verboten und Auflagen angekündigt; ein Beschluss ist nicht berichtet. Heute, 16:30 Uhr, Schlossplatz: Fridays for Future mit Redebeitrag „#GenZregelt“ (Mastodon-Beitrag, unbestätigt).	EchtStuttgart (12.11., 23:20 Uhr) · MEDIENBERICHT, BEHÖRDENZITAT · Einsatzkonzept NICHT GEFUNDEN
Berlin	🟡 Aufzug Samstag, Liste	Versammlungsliste: Samstag 30 Einträge (Vortag 29); „Gen Z regelt – Phase 2“ unverändert 17:15 bis 23 Uhr, Savignyplatz – Kantstraße – Kurfürstendamm – Halensee. **Neu:** Mittwoch, 18.11., 11 bis 14 Uhr, „GenZ Regelt! Studis Berlin“. Freitag, 20.11.: 21 Einträge, weiter keiner mit „Gen Z“ oder „Streiktag“; Grund des Wegfalls: nicht gefunden. Keine Pressemitteilung der Polizei zum Samstag, Kräftezahl nicht gefunden. Polizeimeldungen vom 12.11.: Schriftzug unter drei Stolpersteinen am Kottbusser Damm (Meldung 1509); Schmierereien an einem Bürgeramt, Staatsschutz ermittelt (Meldung 1505); acht scharfe Schusswaffen bei Durchsuchungen, ein 28-Jähriger festgenommen, politischer Hintergrund nicht mitgeteilt (Meldung 1507).	Polizei Berlin, Liste und Meldungen (13.11., 6:21 bis 6:26 Uhr) · BELEGT
Köln	🟡 Traktoren, Sperrungen, Mitführverbot	Samstag, 11 bis 17 Uhr: Aufzug „Ernährungssicherheit durch heimische Landwirtschaft – Positive politische Veränderung im Land, Frieden statt Krieg“, „rund 1.000 Teilnehmende“, „mehrere Fahrzeuge, darunter auch Traktoren“; ab Deutzer Werft durch die Innenstadt, „Straßensperrungen im Bereich der Deutzer Brücke und Severinsbrücke“. Gegenversammlung „Viva Colonia – Nazis sind es nicht“, 10 bis 17 Uhr, „rund 600“, ab Ottoplatz auf derselben Strecke. Bundespolizei: Mitführverbot gefährlicher Gegenstände „vom 13. November 2026, 15:00 Uhr, bis zum 15. November 2026, 03:00 Uhr“, Hauptbahnhof und Strecke Messe/Deutz bis Porz-Wahn. Stadt zum 11.11.: 790 Rettungsdiensteinsätze (2025: 826), zwei Meldungen zu Übergriffen auf Einsatzkräfte. Nachtbilanz der Polizei: nicht erschienen. Sabotageverdacht am Stellwerk Messe/Deutz: kein neuer Stand, keine Festnahme, keine Zuordnung.	Polizei Köln (12.11., 16:51 Uhr); Bundespolizei (12:07 Uhr); Stadt Köln (15:10 Uhr) · BELEGT
Bremen	🟡 Zwei Anmeldungen	Samstag „von 16.30 bis 20 Uhr angemeldet“, die Veranstalter rechnen „mit rund 2.000 Teilnehmern“. 20.11.: 13 bis 17 Uhr, „rund 1.300“, Route offen; laut Behörde besteht „noch zeitlicher Abstimmungsbedarf“. Laut Polizei am 31. Oktober „bis zu 2.800 Menschen“, „sieben Festnahmen“.	t-online Bremen nach Innenbehörde (12.11., 13:38 Uhr) · MEDIENBERICHT
Düsseldorf	🟡 Aufruf Samstag	Aufruf über Instagram für Samstag, 17 Uhr, vor dem Gewerkschaftshaus an der Friedrich-Ebert-Straße nahe dem Hauptbahnhof. Anmeldung, Polizeiangaben: nicht gefunden. Der Hauptbahnhof liegt im Geltungsbereich des Mitführverbots der Bundespolizei. Für Hamburg, Hannover, Leipzig, München, Frankfurt fand ich für Samstag nichts.	t-online Düsseldorf (10.11., 7:51 Uhr) · MEDIENBERICHT
Gießen	🟡 Pulverbrief, Entwarnung	Polizei: Donnerstag „gegen 12.50 Uhr, wurde beim Öffnen eines an eine Synagoge adressierten Briefes ein bislang unbekanntes Pulver freigesetzt. Der Brief enthielt zudem antisemitische und bedrohende Inhalte.“ 26 Personen hinausgeleitet, vier in unmittelbarer Nähe, „unverletzt“. Das Landeskriminalamt untersucht das Pulver; laut hessenschau Entwarnung. Ergebnis, Absender: nicht gefunden. Einen Zusammenhang mit einem ähnlichen Fall in Speyer (Mitte Oktober) hat keine Behörde festgestellt.	Polizeipräsidium Mittelhessen (12.11., 16:40 Uhr); Landeskriminalamt (18:38 Uhr) · BELEGT
Achim	🟡 Angriff auf Stadtwerke	Zentrale Systeme und Kundenportal ausgefallen, Probleme „seit Sonntag“; Strom, Gas, Fernwärme „zu keiner Zeit betroffen“. Das Unternehmen spricht von einem „gezielten, kriminellen und professionellen Angriff“; zuständig ist die Zentralstelle Cybercrime Niedersachsen, Verdacht auf Erpressungssoftware, Täter unbekannt.	buten un binnen (12.11., geändert 16:43 Uhr) · MEDIENBERICHT
Küste	🟡 Sturm heute	Nordsee: Sturmböen zwischen 65 und 85 Kilometern je Stunde, in Nordfriesland und bei Schauern Gefahr schwerer Sturmböen bis 100 Kilometer je Stunde. Abends rasch abnehmender Wind; ab Samstagmorgen an Nordsee und Fehmarn erneut Windböen.	Deutscher Wetterdienst (13.11., 6:17 Uhr) · BELEGT

THEMEN

THEMA	LAGE	WAS NEU IST · WAS BIS MONTAG KOMMT	QUELLE · STATUS
Bundestag heute	🟢 Abstimmung ab 9 Uhr	Reform des Nachrichtendienstrechts: „insgesamt drei namentliche Abstimmungen“. Der Innenausschuss empfahl die Annahme mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen AfD und Linke bei Enthaltung der Grünen; Ergebnis bei Redaktionsschluss offen. Am Donnerstag beschlossen: Gesetz zur Stärkung der Cybersicherheit – Bundeskriminalamt und Bundespolizei dürfen laut Reuters den Betrieb fremder Rechnersysteme einschränken, „Datenverkehr umleiten und Server im Ausland lahmlegen“; dafür CDU/CSU und SPD, dagegen laut Agentur dts AfD, Grüne und Linke. Nächste Sitzungswoche: 23. bis 27. November.	bundestag.de (Stand 12.11., 17:45 Uhr) · BELEGT · Reuters (12.11.) · MEDIENBERICHT
Hybride Bedrohungen	🟡 Zwei Nachträge	Keine Drohnensichtung, Bombendrohung oder Sabotage am 12./13.11. in den Polizeimeldungen gefunden. Nachtrag: Bahnstrecke Königslutter–Lauingen, 10.11., eine Stromleitung brannte; die Polizei geht laut regionalHeute „von einer vorsätzlichen Tat aus“, Täter nicht genannt. Nachtrag: Flughafen Leipzig/Halle, 7./8.11., Drohnen „detektiert“, Landebahnen teilweise gesperrt. Drohnenhersteller Quantum Systems: laut Spiegel Schadprogramm auf einem internen Server, Täter unbekannt.	Presseportal (13.11., 6:23 bis 6:32 Uhr); Polizei Wolfsburg (11.11.); Spiegel (12.11.) · BELEGT (NEGATIV) / MEDIENBERICHT
Wetter	🟡 Frost, Nebel, Glätte	Nacht zum Samstag: in der Südhälfte Frost bis minus 5 Grad; Baden-Württemberg örtlich Nebel unter 150 Metern, vereinzelt Reifglätte; Nordrhein-Westfalen bis minus 2 Grad. Berlin: Samstagabend keine Warnung.	Deutscher Wetterdienst (13.11., 4:30 bis 5:57 Uhr) · BELEGT
Fußball	🟢 Länderspiele	Heute, 20:45 Uhr, Serbien – Deutschland in Belgrad „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“. Montag, 20:45 Uhr, Deutschland – Niederlande im Berliner Olympiastadion; Polizeimitteilung: nicht gefunden. Bundesliga und 3. Liga pausieren bis 20. November.	Deutscher Fußball-Bund · BELEGT
Volkstrauertag	🟢 Sonntag, Berlin	12:30 Uhr Kranzniederlegung in der Neuen Wache mit Bundespräsident Steinmeier und Österreichs Bundespräsident Van der Bellen; ab 13:30 Uhr Gedenkveranstaltung im Bundestag. Sperrhinweise der Polizei: nicht gefunden.	Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen · BELEGT
Streiktag 20.11.	🟡 Vormerken	Die Gruppe „Gen Z regelt Studis“ kündigt laut taz Streiks „an bis zu 35 Universitäten in 33 Städten“ an (Eigenangabe); in der Woche davor sollen Vollversammlungen abstimmen. Anmeldungen außer Bremen: nicht gefunden. Frankfurt: keine Entscheidung der Stadt zu Verbot oder Auflagen gefunden.	taz (8.11., 20:00 Uhr) · MEDIENBERICHT

Für alle Festgenommenen und Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung. Ohne erkennbaren Extremismusbezug: Mannheim, 11.11., ein Toter nach Schüssen in einem Café (Polizei, 12.11., 14:15 Uhr); Wismar, 12.11., Brand mit zwei Toten, Ursache offen (Polizei Rostock, 13.11., 4:52 Uhr). „Nicht gefunden“ heißt nicht „nicht geschehen“.

EINSCHÄTZUNG Der Samstag hat drei angemeldete Lagen (Berlin, Bremen, Köln), einen Aufruf ohne gefundene Anmeldung (Düsseldorf) und eine Lage, die es amtlich nicht gibt: Stuttgart. Dort trifft ein Aufruf ohne Anmelder auf eine Stadt, die bis Donnerstagabend nichts verfügt hat – dorthin schaue ich am Samstag ab 17 Uhr zuerst. Köln ist die größte Verkehrslage, nicht die riskanteste. Ich ordne keinen Vorfall einem Täter zu.

LAGE NACH ORTEN · ÖSTERREICH, SCHWEIZ, EUROPA

Wien verhandelt den Wehrdienst, Bern unterschreibt nicht

Österreich verhandelt ab heute über einen längeren Wehrdienst. Die Schweiz steht nicht unter der Charta von Dublin, ihr Budget 2027 wackelt. Die Europäische Union will am Montag neue Sanktionen beschließen. Strom ist in beiden Ländern heute teurer als in Deutschland (161,73 Euro).

ÖSTERREICH

ORT	LAGE	BEFUND	QUELLE · STATUS
Bund, Wien	Wehrdienst-reform	Die Begutachtung endete am 12.11. mit 40 Stellungnahmen. Geplant: Wehrdienst neun statt sechs Monate (mit Milizübungen), Zivildienst elf statt neun Monate – sobald die Zahl der Grundwehrdiener unter 13.875 fällt. Verhandlungen ab heute, zunächst Regierungsfraktionen mit den Grünen; nötig ist eine Zweidrittelmehrheit. Kanzler Stocker: nun sei „das Parlament am Zug“. FPÖ-Wehrsprecher Reifenberger: „Schwächung unserer Landesverteidigung“.	ORF (12.11., 21:07 Uhr) · MEDIENBERICHT · neu
Bund, Länder	Sozialhilfe	Die Begutachtung der neuen Sozialhilfe endet heute. Kritik aus Steiermark, Salzburg, Oberösterreich („Scheineinbindung“) und Niederösterreich („Bürokratiemonster“). FPÖ-Landesräte wollen den Termin am Montag, 16.11., boykottieren.	ORF (12.11., 15:40 Uhr) · MEDIENBERICHT
Bundesweit	Sicherheit, Wetter	Demonstrationen: keine Meldung gefunden. Wetter heute: „kalt, windig, anfangs nass“, Schneefall in den Nordalpen bis etwa 700 Meter, höchstens 2 bis 10 Grad. Für das Wochenende liegt mir keine österreichische Prognose vor; der Deutsche Wetterdienst nennt für den Alpenrand in der Nacht zum Samstag Frost unter minus 5 Grad.	wetter.ORF.at (13.11., Messwerte 6:00 Uhr) · BELEGT · Demonstrationen NICHT GEFUNDEN
Bundesweit	Strompreis	**218,37 Euro je Megawattstunde** im Tagesmittel für heute (Donnerstag 268,97). Spitze 266,22 um 17:45 Uhr, Tief 138,28 um 3:45 Uhr. Abstand zu Deutschland: 56,64 Euro. Gasspeicher: heute nicht aktualisierbar, weil die Schnittstelle den Zugriff verweigert; letzter Stand Gastag 10.11.: 63,69 Prozent.	energy-charts.info (13.11., 6:23 Uhr); AGSI+ (Abruf 12.11.) · DATEN

SCHWEIZ

ORT	LAGE	BEFUND	QUELLE · STATUS
Bern	Budget 2027	Die Finanzkommission des Nationalrats empfiehlt, das Bundesbudget 2027 zurückzuweisen – getragen von einer „unheiligen Allianz“ aus SP, Grünen und SVP. Beraten wird in der Wintersession.	SRF (12.11., 16:00 Uhr) · MEDIENBERICHT · neu
Bern, Dublin	Charta nicht unterzeichnet	Die Schweiz hat die Sicherheits-Charta von Dublin nicht unterzeichnet – wie Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina und, als einziger Staat der Europäischen Union, Bulgarien. Bundespräsident Parmelin war in Dublin und sprach unter anderem mit Ungarns Ministerpräsident Magyar. Eine Begründung der Schweiz habe ich nicht gefunden.	Deutschlandfunk (13.11.); SRF (12.11., 20:53 Uhr) · MEDIENBERICHT · Begründung NICHT GEFUNDEN
Zwölf Kantone	Kokainnetzwerk	Bundesanwaltschaft und Bundespolizei: Aktion gegen ein internationales Kokainnetzwerk an 84 Standorten in zwölf Kantonen, 41 vorläufige Festnahmen in der Schweiz, fünf Anträge auf Untersuchungshaft. Es gilt die Unschuldsvermutung.	SRF (12.11., 21:31 Uhr) · MEDIENBERICHT, Behördenangaben
Bundesweit	Strompreis, Sonstiges	**226,35 Euro je Megawattstunde** im Tagesmittel für heute (Donnerstag 266,85). Spitze 268,35 um 19:00 Uhr, Tief 179,44 um 3:45 Uhr. Abstand zu Deutschland: 64,62 Euro – die Schweiz ist heute das teuerste der drei Länder. Wetter: Text von MeteoSchweiz nicht abrufbar. Demonstrationen: keine Meldung gefunden. Zürich: Die Stadtpolizei verbietet laut Tsüri eine Jugendstreik-Route durch die Innenstadt (nur Schlagzeile, 11.11.).	energy-charts.info (13.11., 6:23 Uhr) · DATEN · Wetter NICHT GEFUNDEN

EUROPA

ORT	LAGE	BEFUND	QUELLE · STATUS
Dublin	Charta von 39 Staaten	Von Frankreich angestoßen, von 39 Staaten getragen, darunter Deutschland und die Ukraine. Kernsatz: „jede Frage, welche die europäische Sicherheit berührt, [muss] gemeinsam mit den Europäern entschieden werden“; zentrale Sicherheitsfragen mit Russland erst nach Kriegsende. Österreich ist demnach Unterzeichner – das ist ein Schluss aus der Meldung, die Liste habe ich nicht eingesehen. Volltext: nicht gefunden. Einen einzelnen Chefverhandler gibt es nicht: Ratspräsident Costa spricht von einem „Team“, Kanzler Merz vom „bewährten Format“ der E3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien), teils mit Italien und Polen. Heute: informeller Europäischer Rat in Dublin zur Finanzierung der Ukraine.	ORF (12.11., 17:23 Uhr); Deutschlandfunk (13.11.); bundesregierung.de (12.11.) · MEDIENBERICHT / BELEGT (Merz)
Brüssel	Sanktionen Montag	Frankreichs Europaminister Haddad: „On Monday, we will adopt new sanctions against Russia“ – 150 Personen und 50 Banken, mehrheitlich von Frankreich vorgeschlagen. Kommissionspräsidentin von der Leyen: Das 22. Sanktionspaket ist in Vorbereitung, ohne Datum.	TASS (12.11., 13:43 Uhr), wörtlich über Agentur · BELEGT
Litauen	Kein neuer Stand	Kein neuer Vorfall seit der Nacht vom 10. auf den 11.11. Die Untersuchung zu vier Drohnen und Raketentrümmern bei Biržai hat kein veröffentlichtes Ergebnis.	LRT, englische Übersicht (13.11., etwa 6:15 Uhr) · NICHT GEFUNDEN
Italien, Irland, Nordirland, Schottland	Drohwelle gegen Schulen	Am Mittwoch, 11.11., wurden „rund 300 Schulen in Italien“ geräumt, dazu rund 300 in Irland, „mehr als 300 Schulen in Nordirland“ und Schulen in Schottland. Die Behörden stuften die E-Mails als nicht glaubwürdig ein. Italiens Verteidigungsminister Crosetto sprach von einer Strategie, „Angst zu verbreiten und Verunsicherung zu schaffen“. **Deutschland wird im Bericht nicht genannt**; in den deutschen Polizeimeldungen stammt der letzte Treffer zu einer Bombendrohung vom 10.11. Absender: von keiner Behörde benannt.	kreisbote.de (12.11., 8:15 Uhr) · MEDIENBERICHT · Deutschland NICHT GEFUNDEN
Brüssel, Den Haag	Weitere Beschlüsse	Emissionshandel: Einigung in der Nacht zum 13.11. auf rund 120 Millionen zusätzliche kostenlose Zertifikate für die Industrie. Das Europäische Parlament lehnt die Kleinanlegerregeln knapp ab. Niederlande: Koalition vor dem Bruch.	ORF (13.11., 6:14 Uhr; 12.11., 21:49 Uhr); Deutschlandfunk (13.11.) · MEDIENBERICHT

WAS DAS FÜR DIE REGION HEISST

Die Charta von Dublin sagt: erst Frieden in der Ukraine, dann die größere Ordnung. Der amerikanische Unterhändler Kushner sagt: beides „in parallel“, Abschluss erst im Paket. Putin lehnt die europäische Reihenfolge ab. Die nächste Runde soll laut Kushner „nächste Woche“ mit Europäern stattfinden – Datum und Ort fehlen. Wien steht nach Lage der Meldungen unter der Charta und verlängert zugleich den Wehrdienst; Bern steht nicht darunter und hat das öffentlich nicht begründet. Beim Strom hat Deutschland heute den billigsten Tag seit dem 27. Oktober; in Österreich und der Schweiz kostet die Megawattstunde 57 und 65 Euro mehr. Wer grenzüberschreitend einkauft oder produziert, rechnet heute mit drei Preisen.

EINSCHÄTZUNG

Ich sehe für Österreich und die Schweiz bis Montag keine Lage mit Gewaltbezug; eine Demonstrationsmeldung habe ich nicht gefunden. Die Drohwelle gegen Schulen ist das Muster, das ich für den deutschsprachigen Raum im Blick behalte: viele E-Mails, keine glaubwürdige Gefahr, großer Aufwand. Kommt eine solche Mail, entscheidet die Polizei – nicht das Netz. Zum Absender sage ich nichts, solange keine Behörde etwas sagt.

VERMÖGEN · ENERGIE IN ZAHLEN UND WAS DER BUNDESTAG AM DONNERSTAGABEND BESCHLOSS

Billiger Strom heute, teurere Rechnung im Januar

Strom kostet heute im Großhandel so wenig wie seit dem 27. Oktober nicht. Am Abend flaut der Wind ab, die Nacht bringt Frost. Und der Bundestag hat am Donnerstagabend die Steuerzinsen verdoppelt und den Zuschuss zu den Stromnetzen gekürzt.

161,73
Strom, Freitag, Euro je Megawattstunde. Donnerstag 199,04, Mittwoch 316,65.

58,05 %
Gasspeicher, Gastag 10.11. Gastag 11.11.: 57,68 – vorläufig, ein Abruf.

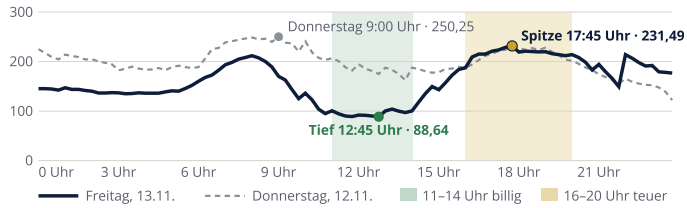
93,07
Erdgas am Handelspunkt TTF, Euro je Megawattstunde, plus 7,68 Prozent.

95,96
Rohöl Brent, Dollar je Barrel, plus 3,45 Prozent (finanzen.at, 12.11., 23:39 Uhr).

33,9 %
Wind an der Erzeugung, Donnerstag. Erdgas 21,4, Solar 3,6 Prozent.

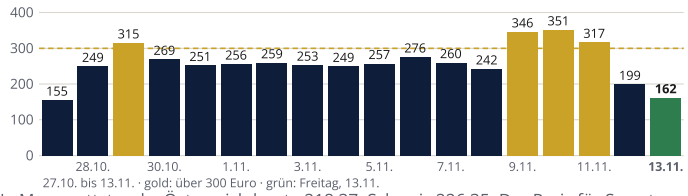
−5 Grad
Frost, Nacht zum Samstag, Südhälfte (Deutscher Wetterdienst, 13.11., 5:00 Uhr).

STROM HEUTE · VIERTELSTUNDENPREISE IN EURO



Großhandel für den Folgetag, je Megawattstunde. Stundenmittel: nachts 136 bis 145, mittags 90 bis 100, abends 207 bis 226. Bundesnetzagentur/SMARD über energy-charts.info, 13.11., 6:23 Uhr.

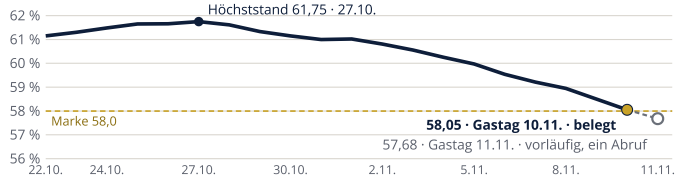
STROM · TAGESMITTEL 27.10. BIS 13.11. IN EURO



27.10. bis 13.11. · gold: über 300 Euro · grün: Freitag, 13.11.

Je Megawattstunde. Österreich heute 218,37, Schweiz 226,35. Der Preis für Samstag erscheint heute gegen 13 Uhr – er zeigt, ob der Markt die Flaute einpreist. Quelle wie links.

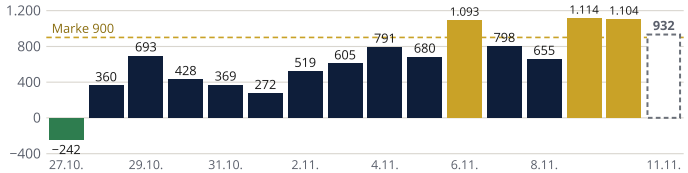
GASSPEICHER DEUTSCHLAND · FÜLLSTAND IN PROZENT



Gastage 22.10. bis 10.11. (belegt) und 11.11. (vorläufig)

Bis 10.11.: Bundesnetzagentur, 13.11., 6:30 Uhr. 11.11.: Gas Infrastructure Europe (AGSI+), ein Abruf, Stand 12.11., 23:00 Uhr; am 13.11., 6:23 Uhr, war die Schnittstelle gesperrt.

GASSPEICHER · ABFLUSS JE GASTAG IN GIGAWATTSTUNDEN



gestrichelt: Gastag 11.11. – vorläufig, ein Abruf · grün: Netto-Einspeicherung

Bis 10.11.: AGSI+, 12.11., 5:55 Uhr (8.11. „geschätzt"). 11.11.: 931,7, vorläufig. Bundesnetzagentur, 11.11.: „Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet."



Erzeugung am Donnerstag, Anteile in Prozent: Wind 33,9, Erdgas 21,4, Braunkohle 19,1, Steinkohle 7,7, Biomasse 6,8, Solar 3,6. Wind an Land: 3,6 Gigawatt um Mitternacht, 30,4 um 21:45 Uhr (energy-charts.info, 13.11., 6:23 Uhr, vorläufig).

Gaspreis – drei Zahlen, eine Abweichung: 93,07 Euro nennt finanzen.net (12.11., 19:21 Uhr; Vortag dort 86,43). 94,70 Euro nennt tradingeconomics für den 13.11.; ein weiterer Abruf von finanzen.net zeigte 86,43. Die Abweichung ist ungeklärt, die Börsenquelle nicht eingesehen. Zeitlich folgt der Sprung auf Trumps Äußerungen zu Iran.

Wetterfenster Freitagabend bis Samstag: „Abends und in der Nacht zum Samstag rasch abnehmender Wind", im Süden „verbreitet leichter Frost bis −5 Grad". Samstag wenig Wind, Sonntag an See und im Bergland „stark böig auflebend", ab Montag windig und milder (Deutscher Wetterdienst, 13.11., 5:00 Uhr).

WAS SICH BEI DEINEM GELD ÄNDERT

WAS · QUELLE	WANN	WEN BETRIFFT ES	WAS DU BIS WANN TUN KANNST
Jahressteuergesetz 2026. Steuerzinsen 0,3 Prozent je Monat (bisher 0,15; also 3,6 statt 1,8 Prozent im Jahr). Barzahlungen über 10.000 Euro nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar. Bescheide nur noch elektronisch, wenn ein ELSTER-Konto besteht. Elektronische Kontopfändung. **BELEGT** · bundestag.de, Drucksache 21/9139	Beschlossen 12.11., Debatte laut Ablaufplan 19:55 bis 20:20 Uhr. Zinsen: soweit sie nach dem 31.12.2026 entstehen. Bundesrat: Termin nicht gefunden.	Jeden mit offener Nachzahlung oder Erstattung (Zinslauf ab 15 Monaten nach Jahresende). Selbstständige mit Barzahlungen. ELSTER-Nutzer.	**Bis 31.12.2026:** ausstehende Erklärungen abgeben, Nachzahlungen klären. Ob eine freiwillige Vorauszahlung den Zinslauf stoppt: mit dem Steuerberater prüfen – von mir nicht geprüft. **Ab Januar:** ELSTER-Postfach regelmäßig ansehen, Fristen laufen mit der elektronischen Bekanntgabe (Einzelheiten nicht geprüft). Große Betriebsausgaben unbar zahlen.
Zuschuss zu den Stromnetzen. Der Bund zahlt für die Übertragungsnetze 5,525 Milliarden Euro je Jahr statt 6,5 Milliarden wie 2026. Der Bundesrat hatte 6,5 gefordert. **BELEGT** · bundestag.de, Drucksache 21/8236	Beschlossen 12.11., laut Ablaufplan 22:25 bis 22:50 Uhr. Gilt 2027 bis 2029.	Alle Stromkunden über die Netzentgelte 2027. Wirkung je Haushalt: nicht gefunden.	**Zum Jahreswechsel:** Preisänderungsschreiben des Versorgers lesen. Bei einer Erhöhung besteht ein Sonderkündigungsrecht (allgemeine Rechtslage).
Beitragsbemessungsgrenzen 2027. Rente: 8.850 statt 8.450 Euro im Monat. Kranken- und Pflegeversicherung: 6.375 statt 5.812,50 Euro. Versicherungspflichtgrenze: 84.150 statt 77.400 Euro im Jahr. **BELEGT** · bundesrat.de, Stand 12.11.	Bundesrat stimmt am Freitag, 20.11., ab 9:30 Uhr ab. Wirkung ab Januar 2027.	Beschäftigte über 5.812,50 Euro Monatsbrutto. Privat Versicherte zwischen 77.400 und 84.150 Euro im Jahr.	**Vor Jahresende:** Privatversicherte in dieser Spanne werden versicherungspflichtig – klären: zurück in die gesetzliche Kasse oder Befreiungsantrag? Frist nach allgemeiner Rechtslage drei Monate ab Eintritt – heute nicht nachgeprüft. **Im Januar:** Gehaltsabrechnung prüfen.
Zusatzbeitrag der Krankenkassen. Durchschnitt 2027: 2,9 Prozent, unverändert. Über die genaue Höhe „entscheiden die Krankenkassen selbst". **BELEGT** · Bundesgesundheitsministerium, 30.10.	Festgelegt 30.10.; die Kassen beschließen ihre Sätze in den kommenden Wochen.	Alle gesetzlich Versicherten.	**Bis Jahresende:** Schreiben der eigenen Kasse lesen, Satz mit 2,9 Prozent vergleichen.
Stromsteuer. Keine Senkung für Haushalte zum 1.1.2027. Miersch (SPD): „bisher nicht finanzierbar"; es ginge um „acht bis neun Euro im Monat" für eine durchschnittliche Familie. **MEDIENBERICHT** · tagesschau, 12.11., 14:40 Uhr	Koalitionsausschuss „kommende Woche" (Krings, CDU); Tag nicht genannt.	Alle Haushalte mit Stromrechnung.	**Jetzt:** die Senkung nicht in das Haushaltsbuch 2027 einrechnen, solange kein Beschluss vorliegt.
Digitale Brieftasche. Ausweisen, Alter nachweisen, Konto eröffnen, Verträge schließen. „Kostenlos und freiwillig – analoge Dienste bleiben weiterhin bestehen." **BELEGT** · bundesrat.de, Stand 10.11.	Bundesrat entscheidet am 20.11. Start „ab dem 2. Januar 2027".	Alle Ausweisinhaber. Ausweis mit 70 oder älter beantragt: gilt unbegrenzt weiter.	**Niemand muss umstellen.** Wer sie nutzen will, braucht die Online-Ausweisfunktion mit Geheimzahl (Ruhr Nachrichten, 10.11., Medienbericht, nicht geöffnet). Darauf achten, dass der analoge Weg bleibt.

EINSCHÄTZUNG Ein billiger Tag ist kein billiger Winter: Der Speicher sinkt seit dem 2. November täglich, Gas wurde an einem Tag fast acht Prozent teurer. Zum Beschluss des Jahressteuergesetzes fand ich bis 6:40 Uhr außer beim Bundestag keinen Bericht. Keine Rechts-, Steuer- oder Anlageberatung.

WAS ANDERE NICHT IM BLICK HABEN

Vier überprüfbare Befunde vom Rand der Nachrichten

Eine Frist, die heute endet. Ein Satz, der nur auf Englisch vorliegt. Zwei Beschlüsse zwischen 20 und 23 Uhr. Ein Eintrag, der weiter fehlt. „Nicht gefunden“ ist ein Suchbefund, kein Beweis.

IN MEINEN SUCHLÄUFEN NICHT GEFUNDEN · BEFUND EINS: DIE FRIST, DIE KAUM JEMAND NENNT, DIE PFLICHTEN, DIE FEHLEN

WAS BELEGT IST

Die Rundfunkkommission schreibt: „Gelegenheit zur Stellungnahme, für Anmerkungen und Feedback besteht bis zum 13. November 2026.“ Das ist heute. Der Diskussionsentwurf zu Teil 2 enthält vier Pflichten, die Kanäle unmittelbar treffen würden: die Vermutung gegen private Zwecke bei Angeboten „auf Dauer und mit der Intention der Maximierung von Reichweite“ (§ 18 Absatz 1 Satz 2), den benannten Verantwortlichen mit ständigem Aufenthalt im Inland für geschäftsmäßige Kanäle mit Nachrichten oder politischen Informationen (§ 18 Absatz 2 Satz 2), die Gegendarstellung für dieselbe Gruppe (§ 20) und den Nachweis gegenüber der Landesmedienanstalt, wenn jemand sagt, etwas sei keine Werbung (§ 22 Absatz 1). Teil 1 ist ein anderer Vertrag. Er enthält den automatisierten Abgleich (§ 109a) und den Bußgeldrahmen von 1.500.000 statt 500.000 Euro (§ 115). Er wird „gegenstandslos“, wenn am 31. Juli 2027 eine der 16 Ratifikationsurkunden fehlt (Artikel 4 Absatz 2).

WIE GEPRÜFT

Die heutige Frist nennen Fach- und Branchenmedien: Deutsche Presse-Agentur über Horizont (9.10.) und PC Games Hardware (3.11.), Apollo News (27.10. und 9.11.), Dr. Web (31.10., mit Aufruf zur Stellungnahme) und heise online (12.11., 17:28 Uhr). heise schreibt von „Verbänden, Unternehmen und Experten“, die Kommission selbst von „allen Interessierten“. Nicht gefunden bei Spiegel, Frankfurter Allgemeiner, Süddeutscher Zeitung, tagesschau, ZDF, Bild und Zeit (Feed-Suche, 14 Tage, dazu eine Websuche). In 16 Telegram-Kanälen und auf Mastodon stand kein Hinweis auf die Frist. Die vier Kanalpflichten fehlen in allen Berichten, die ich gelesen habe: epd (16.9.), turi2 (15.9.), dpa über Horizont (9.10.), Tichys Einblick (23.10.), Apollo News (27.10. und 9.11.), Dr. Web (31.10.), PC Games Hardware (3.11.), exxpress (28.9.). turi2 erwähnt zu § 22 nur, jeder bezahlte Inhalt gelte als Werbung. Auch die Verdreifachung in § 115 fand ich dort nicht.

WAS DARAUS FOLGT · MEINE ZUSAMMENSCHAU

Die Debatte streitet über die Quote in Teil 2. Dieser Teil ist nicht geeint, und seine Zahl steht in eckigen Klammern. Der Teil mit dem automatisierten Abgleich und dem verdreifachten Bußgeldrahmen ist Teil 1. Er ist beschlossen, soll bis Januar unterzeichnet werden und liegt den Landtagen schon zur Unterrichtung vor. Und ein einziger Landtag kann ihn stoppen.

Laut NIUS (12.11., 15:36 Uhr, nach Junge Freiheit) spricht sich der Medienausschuss in Sachsen-Anhalt „gegen den Entwurf des Neunten Staatsvertrages zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge“ aus. Das Dokument habe ich nicht eingesehen. Ein Ausschussvotum ist keine Abstimmung des Landtags.

Überprüfbar: Alle 16 Regierungschefs unterzeichnen Teil 1 bis 31.1.2027 (70 Prozent). Die Rundfunkkommission nennt bis 3.1.2027 die Zahl der Stellungnahmen (40). Mindestens ein Landtag ratifiziert bis 31.7.2027 nicht (30).

BEFUND ZWEI: USCHAKOW NENNT DIE NATO-RUSSLAND-GRUNDAKTE ALS MASSSTAB, UND DER SATZ STEHT NUR AUF ENGLISCH

WAS BELEGT IST

Uschakow für den Kreml nach dem Treffen Putins mit Witkoff und Kushner (TASS, 12.11., 21:07 Uhr): Putin habe an die Vertragsentwürfe von 2021 erinnert. Kernpunkte seien „non-expansion of the NATO bloc, non-deployment of weapons systems threatening us near Russia's borders, and a return to the Alliance's force configuration as it stood at the time of signing the Russia-NATO Founding Act“. Auf Deutsch: eine Rückkehr zur Kräfteaufstellung des Bündnisses zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Grundakte, also zum Stand von 1997.

WIE GEPRÜFT

Der Satz liegt mir nur in der englischen Zusammenfassung von TASS vor, dazu in einer Zweitquelle mit demselben Zitat (20:58 Uhr). Den russischen Wortlaut habe ich nicht eingesehen. Geprüft habe ich tagesschau, Deutschlandfunk, ORF, SRF und Kyiv Independent. In den deutschen Berichten der Nacht (tagesschau, 2:22 und 3:19 Uhr) steht nur „neue europäische Sicherheitsarchitektur – nach seiner Lesart“. Die Grundakte fehlt. Von amerikanischer oder deutscher Seite wurde sie weiterhin nicht genannt.

WAS DARAUS FOLGT

Der Eintrag „Amtsträger nennt die Grundakte“ stand in drei Ausgaben bei 5, 5 und 10 Prozent. Er ist eingetreten. Die Zahl war zu tief, das korrigiere ich offen (Seite 7). Kein deutschsprachiges Medium stellt den Satz neben den Satz von Kornelius vom 11.11. über „die Köpfe der baltischen Staaten“.

Überprüfbar: Ein Mitglied der Bundesregierung nennt bis 19.11. öffentlich die Grundakte, den Rat von 1997 oder die Brigade in Litauen (20 Prozent).

BEFUND DREI: WAS DER BUNDESTAG AM DONNERSTAGABEND BESCHLOSS

WAS BELEGT IST · STEUERN

Jahressteuergesetz 2026, Debatte laut Ablaufplan 19:55 bis 20:20 Uhr. Dafür CDU/CSU und SPD, dagegen AfD und Grüne, Enthaltung der Linken. Zinsen auf Steuernachzahlungen und -erstattungen „ab dem 1. Januar 2027 0,3 Prozent“ je Monat, bisher 0,15, also 3,6 statt 1,8 Prozent im Jahr. Betriebsausgaben sind nicht mehr abziehbar, wenn bar gezahlt wurde und der Betrag über 10.000 Euro liegt. Bescheide kommen ab 2027 nur noch elektronisch, wenn ein Elster-Konto besteht. Neu ist die „Elektronische Pfändung bei einem Kreditinstitut“ (§ 309a Abgabenordnung). Quelle: Bundestag, Drucksache 21/9139.

WAS BELEGT IST · STROM

Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, laut Ablaufplan 22:25 bis 22:50 Uhr. Der Zuschuss des Bundes zu den Kosten der Übertragungsnetze wird „pro Jahr auf 5,525 Milliarden Euro festgelegt“. In diesem Jahr waren es 6,5 Milliarden. Dafür CDU/CSU und SPD, Enthaltung von AfD, Grünen und Linken. Der Bundesrat wollte 6,5 Milliarden: Die Verringerung „mindere die gebotene Entlastung von stromverbrauchenden Haushalten und Unternehmen“. Die Wirkung je Haushalt habe ich nicht gefunden. Für das Jahressteuergesetz steht der Bundesrat noch aus, einen Termin habe ich nicht gefunden.

WAS DARAUS FOLGT · WIE GEPRÜFT

Wer eine Steuernachzahlung erwartet, zahlt ab Januar den doppelten Zins. Ausstehende Erklärungen bis 31.12. abgeben. Ob Vorauszahlungen den Zinslauf stoppen, habe ich nicht geprüft, das klärt der Steuerberater. Beim Strom im Dezember das Preisschreiben des Versorgers lesen.

Zum Zins berichteten vorab Berliner Zeitung (11.11.), CHIP und Fachportale. Nicht gefunden bei Spiegel, Frankfurter Allgemeiner, Süddeutscher Zeitung, tagesschau, Bild, Welt, Zeit und Handelsblatt (30 Tage). Zum Beschluss selbst fand ich bis 6:40 Uhr nur die Seite des Bundestags. Mehr auf Seite 13.

BEFUND VIER: BERLINER VERSAMMLUNGSLISTE, DER EINTRAG ZUM 20. NOVEMBER FEHLT WEITER

Abruf der Übersicht der Polizei Berlin am 13.11. um 6:25 Uhr, 1.016 Zeilen: Für Freitag, 20.11., stehen 21 Einträge (gestern 20), weiter keiner mit „Gen Z“, „Streiktag“ oder „34 Städten“. Neu ist für Mittwoch, 18.11., 11 bis 14 Uhr, „GenZ Regelt! Studis Berlin“ in der Johannes-Kraaz-Straße 11. Den Grund für das Verschwinden habe ich nicht gefunden: keine Mitteilung der Versammlungsbehörde, kein Beitrag der Bewegung, kein Medienbericht (zwei Websuchen, vier Feed-Abfragen, Telegram, TikTok, Mastodon). Das TikTok-Profil wirbt weiter für „20.11.2026 – BUNDESWEIT“, eine Absage ist nirgends veröffentlicht. Ich behaupte keinen Grund. Überprüfbar auf Seite 16: Taucht der Eintrag bis Montag wieder auf?

EINSCHÄTZUNG Die Verbindung der Punkte ist meine Einschätzung. Dass große Redaktionen etwas nicht berichten, heißt nicht, dass sie es nicht wissen, und es ist kein Vorwurf. Zu Regierungen, Parteien und Fraktionen gebe ich Abstimmungen und Aussagen wieder, keine Wertung. Die Hinweise zu Steuern und Strom sind allgemeine Orientierung, keine Steuer- oder Rechtsberatung.

WAHRHEIT · MEDIEN- UND NETZWERKLAGE

Was kursiert, was fehlt – und was ich heute nicht lesen konnte

Getrennt nach belegt, Medienbericht, unbestätigt und ohne Beleg. Zeitfenster: Donnerstag, 6:00 Uhr, bis Freitag, 6:40 Uhr. Sperren habe ich nicht umgangen; wo ein Netzwerk nicht lesbar war, steht das hier – und es gibt dazu keine Aussage.

ZUGANGSPRÜFUNG HEUTE · 13. NOVEMBER 2026

DIREKT LESBAR?	NETZWERK, UHRZEIT DES ABRUFS, BEMERKUNG
Ja	**Telegram** (6:23:56 bis 6:24:17 Uhr): 16 Kanäle, 5 Stadtgruppen nur mit Mitgliederzähler, 294 Beiträge gelesen, 126 im Zeitfenster · **Mastodon** (6:24:18 und 6:29 Uhr): Schlagwortsuche · **Google News** (ab 6:24:19 Uhr): rund 45 Abfragen, oft nur Schlagzeilen – im Text als solche gekennzeichnet
Teilweise	**YouTube** (6:24:19 und 6:29 Uhr): Suche nach Datum ja, Kanal-Abruf im Test nein · **TikTok** (6:24:20 Uhr): nur Zähler und Profiltext, Videoliste nur über ein Drittwerkzeug
Nein	**X** (6:24:20 Uhr): kein Inhalt, auch die Trendlisten heute nicht auslesbar – **keine Aussage zu X** · **Instagram**, **Facebook** (6:24:21 Uhr): nur Anmeldeseite · **Reddit**, **Bluesky** (6:24:21 Uhr): Zugriff verweigert · **Website der Bewegung** (6:30 Uhr): Vorschaltseite · **Junge Freiheit** (6:31 Uhr): Zugriff verweigert, Inhalt nur über die Wiedergabe bei NIUS

„GEN Z REGELT" · ZÄHLER MIT VERÄNDERUNG ZUM VORTAG (MESSUNG 6:23 BIS 6:30 UHR)

QUELLE	ZAHLEN	BEFUND	STATUS
Telegram, Hauptkanal	9.014 Abonnenten (Vortag 9.016; −2)	Vierter Tag ohne neuen Beitrag; der letzte (Montag, 22:15 Uhr) hat 4.170 Aufrufe (plus 330). **Kein Aufruf für Samstag**, kein Wort zu Berlin oder Stuttgart.	BELEGT
Telegram, fünf Stadtgruppen	Berlin 6.612 (−3) · Frankfurt 4.023 (+6) · Köln 3.973 (+5) · München 2.713 (−3) · Hamburg 2.656 (−5) · zusammen 19.977 (±0)	Stillstand in Summe. Private Gruppen, Inhalte nicht einsehbar. Zum Vergleich: Zwölf von vierzehn beobachteten Kanälen verlieren erneut (AUF1 271.645, minus 56); NIUS wächst den vierten Tag (35.449, plus 16).	BELEGT
TikTok, Bundeskanal	9.998 Follower (+28) · 185.400 Likes (+400) · 29 Videos (±0)	Kein neues Video am 12.11.; Profiltext weiter „20.11.2026 – BUNDESWEIT". Die „15.344 Zusagen" bleiben Eigenangabe.	BELEGT (Zähler) / UNBESTÄTIGT (Zusagen)
Berliner Versammlungsliste	Samstag 30 Einträge (29) · 20.11.: 21 Einträge (20)	Samstag unverändert 17:15 bis 23 Uhr. **Neu:** Mittwoch, 18.11., 11 bis 14 Uhr, „GenZ Regelt! Studis Berlin". Für den 20.11. weiter kein Eintrag der Bewegung; Grund: nicht gefunden.	BELEGT
Apollo News	Bericht vom 13.11., 6:03 Uhr	Apollo zitiert aus „internen Plänen und Strategiepapieren" einer Studierendengruppe: Der Betrieb der Universitäten solle „systematisch" und „komplett" lahmgelegt werden. Die Papiere liegen mir nicht vor; Wertungen wie „radikal sozialistischer Kurswechsel" stammen von Apollo.	MEDIENBERICHT

MEDIENSTAATSVERTRAG · WER SICH ÄUSSERT, MIT WELCHER REICHWEITE

WER	WANN	REICHWEITE	KERNAUSSAGE	STATUS
Christian Rieck, YouTube	„vor 12 Tagen"	**454.579 Aufrufe**	„Verschwinden die freien YouTuber bald aus Ihrer Timeline? Neues Gesetz". Größte Einzelreichweite; Inhalt nicht gesichtet.	BELEGT (Titel, Zähler)
heise online	12.11., 17:28 Uhr	–	„Bis zu diesem Freitag haben Verbände, Unternehmen und Experten Zeit" – die Kommission selbst sagt „alle Interessierten".	BELEGT
Deutscher Journalisten-Verband	12.11., 14:36 Uhr	–	Fordert, das „Haftungsprivileg der Online-Plattformen abschaffen"; Vereinbarkeit mit dem europäischen Medienfreiheitsgesetz „zweifelhaft".	BELEGT
Gesellschaft für freie Publizistik über Freie Sachsen	12.11., 22:03 Uhr	5.690 Aufrufe	„Zwang, im Umfang von 20 Prozent bestimmte Inhalte … bevorzugt einzublenden" sei „machtpolitische Inhaltslenkung" – Wertung der Gesellschaft.	BELEGT (Wortlaut)
NIUS (nach Junge Freiheit); AUF1	12.11., 15:36 und 18:00 Uhr	AUF1: 26.700 Aufrufe	NIUS: „Sachsen-Anhalts Medienausschuss lehnt Digitalen Medien-Staatsvertrag ab" (Ausschusspapier von mir nicht abgerufen). AUF1: „Jetzt müssen ARD und ZDF zittern!" – siehe Faktencheck.	MEDIENBERICHT
Was fehlt	Suche über 14 Tage	–	Die Frist fand ich **nicht** bei Spiegel, Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche, tagesschau, ZDF, Bild, Zeit. In 16 Telegram-Kanälen nur zwei Treffer, kein Aufruf zur Stellungnahme.	NICHT GEFUNDEN

FAKTENCHECK · KURSIERENDE BEHAUPTUNGEN UND FÄLSCHUNGEN

BEHAUPTUNG	WER, WANN, REICHWEITE	ABGLEICH	STATUS
„ARD und ZDF vor dem Aus", weil ein Ausschuss in Sachsen-Anhalt ablehne	AUF1, 12.11., 18:00 Uhr, 26.700	Laut NIUS betrifft das Votum den „Neunten Staatsvertrag" – den ersten Vertrag, nicht den Entwurf der heutigen Anhörung. Ein Ausschussvotum beendet weder Sender noch Vertrag. Zuordnung: meine Lesart, Papier nicht geprüft.	IRREFÜHREND
„20-Prozent-Quote für öffentlich-rechtliche Inhalte"	Gesellschaft für freie Publizistik, kath.net, digital fernsehen	§ 84c: „Mindestquote (jede fünfte Empfehlung)" – in eckigen Klammern, zwei Varianten. Im Pool: öffentlich-rechtliche Angebote kraft Gesetzes, private auf Antrag; Nutzereinstellungen haben Vorrang.	KERN BELEGT · VERKÜRZT
„Anlasslose Massenüberwachung von Medien"	NIUS (YouTube, 5.019); exxpress, 28.9.	§ 109a im ersten Vertrag: automatisierter Abgleich ohne Verdachtserfordernis – belegt. Meist weggelassen: Prüfung jedes Treffers durch einen Menschen, Löschfristen. „Massenüberwachung" ist Wertung.	KERN BELEGT · WERTUNG
„Zensur für YouTuber wird geplant"	mehrere kleine Kanäle (39 Aufrufe und mehr)	Im Entwurf: keine Lizenz, keine Registrierung. Geregelt werden Sichtbarkeit in Empfehlungen, Sorgfaltspflichten, künstliche Reichweite.	DEUTUNG
Die CDU diskutiere „ernsthaft" ein digitales Register für Klima-Widersprecher	@neuesausrussland, 12.11., 9:03 Uhr, 16.300, ohne Quelle	Eine Nachrichtensuche über fünf Tage ergab null Treffer; der Beitrag nennt keine Quelle.	OHNE BELEG
Macron sage, es gebe „keine Unterstützung mehr durch die USA" für die Ukraine	Eva Herman, 12.11., 17:31 Uhr, 27.200	Der Originalwortlaut ist nicht geprüft; eine Bestätigung habe ich nicht gefunden.	UNBESTÄTIGT
Gasspeicher in Bayern „so niedrig wie nie", 48 Prozent	Eva Herman, 12.11., 20:29 Uhr, 16.300 (Zitat Merkur)	Korrekt zitiert, samt Einordnung der Netzbetreiber: Versorgungssicherheit „hoch, solange keine extremen Kältewellen auftreten".	MEDIENBERICHT
Altes Video einer Palästina-Demonstration als „Gen Z regelt"; Bild „Merz und Georgine Kellermann"; Bäckerei-Preisschild mit Gendersprache	Faktenchecks der Deutschen Presse-Agentur, 12.11., 3:00 und 12:57 Uhr; 13.11., 3:00 Uhr	Das Video stammt nicht von den Gen-Z-Protesten. Bild und Preisschild sind mit künstlicher Intelligenz verändert oder erzeugt; das Original des Bildes zeigt den türkischen Präsidenten Erdoğan.	FÄLSCHUNG BELEGT

EINSCHÄTZUNG Am Tag des Fristendes ist der Medienstaatsvertrag im Netz fast unsichtbar: ein Video mit 454.579 Aufrufen, ein Fachbericht, sonst wenig – und dort kein Aufruf, die Anhörung zu nutzen. Die lautesten Beiträge vermischen die beiden Verträge. „Gen Z regelt" steht auf Telegram still; was am 14., 18. und 20. November geschieht, steht in Versammlungslisten. Mehr: Seiten 4 bis 6 und 19.

PROGNOSE · 13. BIS 16. NOVEMBER 2026

Vier Verläufe für 72 Stunden

Deutschland, Österreich und die Schweiz von Freitag, 13. November, 8 Uhr, bis Montag, 16. November, 8 Uhr. Jeder Eintrag hat eine eigene Nummer und wird in der nächsten Ausgabe öffentlich abgeglichen.

20 %

BEST CASE

Samstag in Stuttgart, Berlin, Bremen und Köln ohne Angriffe auf Einsatzkräfte. Datum und Ort der nächsten Runde stehen, Europa sagt, wer am Tisch sitzt. Der Austausch bekommt eine Zahl. Samstagsstrom unter 200 Euro. Kein Sabotage-, Drohnen- oder Drohfall.

56 %

WAHRSCHEINLICHSTER FALL

Versammlungen in vier Städten mit einzelnen Festnahmen, keine Gewaltlage; Stuttgart unangemeldet mit wenigen hundert Teilnehmern, Köln mit Verkehrsstörungen. Der Bundestag beschließt die Reform. Die Anhörung endet ohne Verlängerung. Nächste Runde ohne Datum, Austausch ohne Zahl. Samstagsstrom über Freitag, aber unter 250 Euro.

20 %

ERNSTER FALL

Angriffe auf Einsatzkräfte mit Verletzten in Stuttgart oder Berlin, oder die Kölner Züge treffen aufeinander. Ein weiterer bestätigter Sabotage- oder Drohnenvorfall; Drohwelle mit Flughafensperrung. Samstagsstrom über 300 Euro oder Erdgas über 100 Euro nach Eskalation am Golf. Moskau zieht die Zusage zur Runde mit Europäern zurück.

4 %

WORST CASE

Anschlag in Deutschland, Österreich oder der Schweiz. Sabotage mit Versorgungsfolgen über eine Region hinaus. Tote bei einer Versammlung. Krieg am Golf mit Angriffen auf Stützpunkte in Europa. Abbruch der Gespräche vor der nächsten Runde.

32 EREIGNISSE BIS MONTAG, 16.11., 8 UHR · ZWEI EINTRÄGE MIT EIGENER FRIST (NUMMER 6 UND 8)

1 · Bundestag beschließt heute, Freitag, in namentlicher Schlussabstimmung die Reform des Nachrichtendienstrechts (Quelle: bundestag.de)	**92 %**
2 · München, Samstag: Requiem (10:30 Uhr) und Trauerstaatsakt (12 Uhr) ohne polizeilich gemeldete Störung	**90 %**
3 · Berlin, Samstag, 17:15 Uhr, Savignyplatz: Der angemeldete Aufzug „Phase 2“ findet statt (Polizei Berlin oder Medium mit Polizeiangabe)	**80 %**
4 · Köln, Samstag: Beide Aufzüge (Deutzer Werft, Ottoplatz) finden statt, und die Polizei Köln meldet bis Montag, 8 Uhr, keine verletzten Einsatzkräfte	**80 %**
5 · Stuttgart, Samstag, 17 Uhr, Schlossplatz: Die nicht angemeldete Versammlung findet statt (Polizei Stuttgart oder Medium mit Polizeiangabe)	**75 %**
6 · Rat der Europäischen Union beschließt am Montag, 16.11., neue Listungen gegen Russland (eigene Frist: Montag, 24 Uhr; Rat oder Agentur)	**70 %**
7 · Strom-Tagesmittel Deutschland für Samstag liegt über dem Freitagswert von 161,73 Euro (energy-charts, heute gegen 13 Uhr)	**65 %**
8 · Gasspeicher Deutschland am Gastag 14.11. unter 57,0 Prozent (eigene Frist: Grafik der Bundesnetzagentur am Montag nach 9 Uhr)	**65 %**
9 · Trump äußert sich öffentlich zu Moskau, zur nächsten Runde oder zum Treffen mit Putin (Wortlaut über Agentur oder Truth Social)	**55 %**
10 · Strom-Tagesmittel Deutschland für Montag, 16.11., unter 200 Euro (energy-charts, Sonntag gegen 13 Uhr)	**55 %**
11 · Eine der zehn großen deutschsprachigen Redaktionen (Liste unten) zitiert Uschakows Satz zur Grundakte	**50 %**
12 · Washington, Moskau oder Kiew nennen Datum und Ort der nächsten Runde mit Europäern	**45 %**
13 · Bremen, Samstag, 16:30 bis 20 Uhr: Polizei oder Innenbehörde nennen mindestens 1.500 Teilnehmer (auch über Medien)	**45 %**
14 · Stuttgart, Samstag: Polizei nennt mehr als 500 Teilnehmer	**45 %**
15 · Massenangriff auf die Ukraine mit mindestens 300 Flugkörpern in einer Nacht (Luftwaffe der Ukraine)	**45 %**
16 · „Gen Z regelt“-Hauptkanal veröffentlicht einen neuen Beitrag (t.me/s/genzregelt; letzter Beitrag 9.11., 22:15 Uhr)	**45 %**
17 · Hessisches Landeskriminalamt teilt das Untersuchungsergebnis zum Pulver aus Gießen mit	**40 %**
18 · Bundespolizeidirektion Sankt Augustin veröffentlicht eine Bilanz des Kölner Wochenendeinsatzes mit Zahlen	**35 %**
19 · Kiew oder Moskau nennen eine Austauschzahl je Seite oder melden den Beginn des Gefangenenaustauschs	**35 %**
20 · Weiterer Sabotage- oder Drohnenvorfall an Bahn, Flughafen oder Energieanlage in Deutschland, Österreich, Schweiz (Polizei oder Betreiber)	**35 %**
21 · Spiegel, Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche, tagesschau, ZDF, Bild oder Zeit berichten über Fristende oder neue Kanalpflichten (§ 18, § 20)	**35 %**
22 · Berlin, Samstag: Polizei meldet eine zweistellige Zahl von Festnahmen oder Freiheitsbeschränkungen bei „Phase 2“	**30 %**
23 · Berliner Versammlungsliste: „Internationaler Streiktag“ am 20.11. steht wieder darin, oder Behörde oder Medium erklären den Wegfall	**30 %**
24 · Lettland oder Litauen: weiterer Luftraumalarm mit Aufruf zum Schutzsuchen	**30 %**
25 · Stuttgart, Samstag: Polizei meldet Angriffe auf Einsatzkräfte	**25 %**
26 · Europa benennt für die nächste Runde einen Namen oder ein förmlich beschlossenes Format (Costa, Merz, Macron, Bundesregierung)	**25 %**
27 · Stadt Stuttgart gibt bis Samstag, 17 Uhr, ein Verbot, Auflagen oder eine Allgemeinverfügung bekannt	**20 %**
28 · Neue Drohwelle gegen Flüge in Europa (fünf oder mehr an einem Tag)	**20 %**
29 · Mitglied der Bundesregierung oder Regierungssprecher äußert sich zu Uschakows Satz oder nennt die Brigade in Litauen	**15 %**
30 · Köln, Samstag: Polizei meldet Zusammenstöße zwischen den beiden Aufzügen	**15 %**
31 · Polizei Köln oder Bundespolizei melden einen Ermittlungsfortschritt zum Stellwerk Köln Messe/Deutz	**10 %**
32 · Rundfunkkommission verlängert öffentlich die Anhörungsfrist zum Medienstaatsvertrag, Teil 2	**6 %**

Einschätzungen des Autors. Grundlage: Anmeldungen (Polizei Köln, 12.11., 16:51 Uhr; Berliner Versammlungsliste, 13.11., 6:21 Uhr; Bremen über t-online, 12.11., 13:38 Uhr; Stuttgart über EchtStuttgart, 12.11., 23:20 Uhr: „bisher keine Anmeldung“), Wetterdienst (13.11., 5:00 Uhr: abends „rasch abnehmender Wind“, Frost bis minus 5 Grad), Speichertrend, Trefferbild (Seite 7). Nummer 11: tagesschau, ZDF, Deutschlandfunk, Spiegel, Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche, Zeit, Neue Zürcher Zeitung, ORF, SRF. Regel: Justiz- und Verwaltungsschritte deutscher Behörden höchstens 45 Prozent (Nummern 17, 18, 27, 31, 32); Nummer 1 ist ein Parlamentsbeschluss mit Koalitionsmehrheit.

KIPPPUNKTE · WENN – DANN, MIT UHRZEIT UND ORT

WANN, WO	WENN …	… DANN
Fr 13.11., ab 9 Uhr, Bundestag	die Reform des Nachrichtendienstrechts in der Schlussabstimmung eine Mehrheit findet (drei namentliche Abstimmungen)	Nummer 1 erfüllt. Verfehlt sie die Mehrheit, war „über 90“ für Parlamentsbeschlüsse zu hoch
Fr 13.11., Fristende ohne Uhrzeit, Formular der Rundfunkkommission	die Anhörung ohne Verlängerung endet	Für Teil 2 bleiben die Abgeordneten; für Teil 1 die 16 Landtage bis 31.7.2027 (Seite 6)
Fr 13.11., gegen 13 Uhr, Strompreis-Veröffentlichung	das Tagesmittel für Samstag über 250 Euro liegt	Der Markt preist die Dunkelflaute ein; „Strom über 351,48“ zurück auf 55. Unter 161,73: Nummer 7 verfehlt
Fr 13.11., 15 Uhr, Köln Hauptbahnhof und Strecke Messe/Deutz – Porz-Wahn	die Bundespolizei mit Beginn des Mitführverbots (bis Sonntag, 3 Uhr) Funde oder Festnahmen mit Zahl meldet	Nummer 18 erfüllt; die Kontrollen werden Thema für den 20.11.
Sa 14.11., 11 Uhr, Köln, Deutzer Werft (Gegenversammlung 10 Uhr, Ottoplatz)	die beiden Züge trotz „zeitlichem Abstand“ auf derselben Strecke aufeinandertreffen	Nummer 30 erfüllt, Nummer 4 verfehlt; Sperrungen an Deutzer Brücke und Severinsbrücke dauern an
Sa 14.11., 17 Uhr, Stuttgart, Schlossplatz	mehr als 1.000 Teilnehmer ohne Anmeldung kommen oder Einsatzkräfte angegriffen werden	Die Stadt prüft ein Verbot für den 20.11.; der ernste Fall für den Streiktag (Seite 17) steigt
Sa 14.11., 17:15 Uhr, Berlin, Savignyplatz (Route bis Halensee, bis 23 Uhr)	weniger als 300 Menschen kommen – oder Einsatzkräfte angegriffen werden	Weniger als 300: „Krawallnacht 19./20.11.“ auf 15. Angriffe: auf 25
Mo 16.11., Brüssel, Sanktionsbeschluss (Uhrzeit nicht bekannt)	die Listungen (laut Frankreich 150 Personen, 50 Banken) beschlossen werden	Nummer 6 erfüllt. Wird vertagt: „Europa-Format bis 27.11.“ auf 45

WAS JETZT ZU TUN IST

Diese Woche nach R-O-M-I, der Auftrag nach ATOM

Für Behörden und Kommunen, Unternehmen und Handel, Familien – und neu für Redaktionen und Kanäle. Die Straße ist ruhig. Die Frist von heute ist es auch: Sie läuft still ab.

R

RAISE AWARENESS · LAGE BEWUSST MACHEN

Den Text lesen, nicht die Schlagzeile. Es sind zwei Verträge; was in eckigen Klammern steht, ist offen; die Sorgfaltspflicht für Kanäle gilt seit 2020. Eine Zensurabsicht ist nicht belegt – belegt sind Werkzeuge. Übrige Lage: keine Gewaltlage, ein Pulverbrief ohne bekannten Absender. Keine Täter weitergeben, die keine Behörde genannt hat.

O

ORGANIZE WARNINGS · WARNUNGEN ORGANISIEREN

Lagepunkte: heute Fristende der Anhörung (Uhrzeit nicht genannt), 9 Uhr Bundestag, gegen 13 Uhr Strompreis für Samstag, 15 Uhr Köln; Samstag 11 Uhr Köln, 16:30 Uhr Bremen, 17 Uhr Stuttgart, 17:15 Uhr Berlin; Montag Sanktionslistungen. Langer Kalender: Januar 2027 Unterzeichnung von Teil 1, 31. Juli 2027 letzte Urkunde. Wer verfolgt, wann der eigene Landtag berät?

M

MANAGE WARNINGS · WARNUNGEN MANAGEN

Auslöser aus den Kipppunkten (Seite 16) übernehmen. Heute: Stellungnahme absenden, solange das Formular offen ist (Seite 6). Strom: heute günstig, die Schwelle für Samstag um 13 Uhr festlegen. Köln: ab 15 Uhr Kontrollen am Hauptbahnhof und bis Porz-Wahn, Samstag Deutzer Brücke und Severinsbrücke gesperrt. Betriebe: große Rechnungen unbar zahlen, Preisschreiben des Versorgers prüfen.

I

INVESTIGATE · AUFKLÄREN UND LERNEN

Nach heute: Wie hat der Bundestag abgestimmt, namentlich? Hat eine große Redaktion über das Fristende berichtet? Nach Samstag: Wie viele waren in Stuttgart ohne Anmeldung? Nach Montag: Was steht auf der Sanktionsliste? Bis Januar: Nennt die Rundfunkkommission die Zahl der Stellungnahmen? Eigene Fehler notieren: Ich schrieb „Vormittag" für Moskau, es war 13:05 Uhr (Seite 7).

WER WAS TUT · VIER GRUPPEN, VIER SCHRITTE

FÜR WEN	R · BEWUSST MACHEN	O · ORGANISIEREN	M · HANDELN	I · NACHHALTEN
Behörden und Kommunen	Stuttgart zeigt: Bis Donnerstagabend gab es weder Anmeldung noch Auflagen noch Verbot. Achim zeigt: Ein Angriff auf die Rechner trifft die Verwaltung, auch wenn Strom, Gas und Wärme laufen.	Versammlungsliste täglich lesen; Meldeweg zwischen Stadt, Polizei und Bundespolizei für Samstag; Notbetrieb für Kundenportal und Abrechnung.	Samstag: Ansprechperson für Handel und Verkehrsbetriebe benennen. Poststellen und Gemeinden: Umgang mit verdächtigen Sendungen klären.	Nach Samstag: Zahlen von Polizei und Stadt abgleichen. Gießen: Ergebnis des Landeskriminalamts abwarten, nichts zuschreiben.
Unternehmen und Handel	Zwei Beschlüsse vom Donnerstagabend kosten Geld: Steuerzinsen 0,3 Prozent je Monat ab 2027, weniger Bundeszuschuss zu den Netzkosten.	Wer liest den Strompreis für morgen, wer das ELSTER-Postfach, wer die Polizeimeldung der eigenen Stadt?	Barzahlungen über 10.000 Euro vermeiden; offene Steuererklärungen bis Jahresende; Samstag in Stuttgart und Köln Personal und Lieferzeiten planen.	Januar: Preisschreiben des Versorgers und erste Bescheide prüfen. Bundesrat zum Jahressteuergesetz: Termin nicht gefunden.
Familien	Heute billiger Strom heißt nicht „Winter vorbei". Eine Frist, die kaum jemand meldet, läuft trotzdem ab.	Samstag: Wer geht wohin, wann zurück? Sonnenuntergang 16:16 Uhr in Berlin, 16:46 Uhr in Stuttgart. Nummern auf Papier.	Wer sich äußern will: heute, als Privatperson (Seite 6). Frostnacht zum Samstag: Heizung läuft wie immer. In Köln sind ab 15 Uhr Taschenkontrollen möglich.	Mit Jugendlichen besprechen: Wer sagt das, woher weiß er das, steht es im Text? Seite 19 zeigt, wie man prüft.
Redaktionen und Kanäle NEU	Seit 7.11.2020 gilt die Sorgfaltspflicht für geschäftsmäßige Angebote mit Nachrichten oder Politik. Teil 2 erweitert den Kreis nicht, hängt aber Pflichten daran.	Fristen in den Kalender: heute, Januar 2027, 31.7.2027. Wer ist im eigenen Haus für Impressum, Korrekturen und Werbekennzeichnung zuständig?	Stellungnahme mit Paragrafenbezug (§§ 18, 19, 20, 22, 84c). Impressum und Kennzeichnung nach geltendem Recht prüfen. Gegen Bescheide steht das Verwaltungsgericht offen.	Bleibt „jede fünfte" im späteren Text? Welcher Landtag berät wann? Wie enden die offenen Klagen (Berlin, Köln)?

DER AUFTRAG NACH ATOM · FÜR REDAKTIONEN, PODCASTS UND KANÄLE

BUCHSTABE	FRAGE	ANTWORT DIESE WOCHE
A · Auftrag	Was genau ist zu schützen?	Die eigene Glaubwürdigkeit und die eigene Sichtbarkeit – in dieser Reihenfolge. Festlegen, was das Angebot ist: privat, geschäftsmäßig, regelmäßig mit Nachrichten oder Politik? Daran hängen schon heute § 18 (Impressum), § 19 (Sorgfalt) und § 22 (Werbung); nach dem Entwurf kämen Verantwortlicher, Gegendarstellung und Korrekturverfahren hinzu.
T · Technik	Was wird mindestens benötigt?	Ein vollständiges Impressum; eine Ablage für Quellen je Beitrag; ein sichtbarer Weg für Korrekturen mit Datum; Kennzeichnung bezahlter Inhalte – nach dem Entwurf müsste, wer sagt, etwas sei keine Werbung, das nachweisen (§ 22 Absatz 1).
O · Organisation	Wie muss man organisiert sein?	Eine verantwortliche Person, eine Vertretung. Ein Hinweisschreiben ist nach Angabe der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen ohne unmittelbare Rechtsfolgen; trotzdem Frist notieren. Wer dem Pressekodex und der Beschwerdeordnung des Presserats unterliegt, fällt bei der Sorgfalt nicht unter die Medienanstalt (§ 109 Absatz 1 Satz 4) – der Presserat nahm laut Multipolar aber eine Selbstverpflichtung nicht an.
M · Mensch	Welche Rollen braucht es?	Wer prüft vor der Veröffentlichung, wer korrigiert danach, wer spricht mit der Aufsicht? Auch der Einzelne mit Mikrofon kann die drei Fragen beantworten – auf einer Seite Papier. Und: Wer schreibt heute die Stellungnahme?

BEWERTUNG FÜR DEN 20. NOVEMBER · FORTGESCHRIEBEN

SZENARIO	HEUTE	12.11.
Friedlich · kleinere Beteiligung, Nacht unauffällig	**30 %**	**31 %**
Unruhige Ränder · Abendlagen mit Pyrotechnik und Festnahmen in zwei bis vier Städten	**48 %**	**47 %**
Ernster Fall · Krawallnacht in einer Stadt	**18 %**	**18 %**
Worst Case · gleichzeitig in drei oder mehr Städten	**4 %**	**4 %**

EINSCHÄTZUNG Um einen Punkt zur Mitte verschoben. Dafür: Bremen hat den 20. November angemeldet (13 bis 17 Uhr, rund 1.300 erwartet), eine Studierendengruppe kündigt Streiks „an bis zu 35 Universitäten in 33 Städten" an (taz, 8.11., Eigenangabe), in Berlin steht neu „GenZ Regelt! Studis Berlin" am 18.11. Dagegen: Der Berliner Eintrag zum 20.11. fehlt weiter, der Hauptkanal schweigt den vierten Tag. Der Samstag in vier Städten ist der Testlauf: Stuttgart ohne Anmeldung, Berlin mit Route.

IN EINFACHEN WORTEN

Was heute wichtig ist – erklärt für alle

Für Großeltern, Eltern, Nachbarn und Sechzehnjährige. Vier Themen, je drei Fragen: Was ist passiert? Was heißt das morgen für Dich? Was kannst Du heute tun?

VERMÖGEN · DEIN GELD

Was ist passiert: Der Bundestag hat am Donnerstagabend zwei Dinge beschlossen, über die kaum jemand spricht. Erstens: Wer dem Finanzamt Geld schuldet oder Geld zurückbekommt, zahlt oder erhält ab dem 1. Januar 2027 Zinsen von 0,3 Prozent im Monat – bisher 0,15. Das ist doppelt so viel. Zweitens: Der Bund gibt den Betreibern der großen Stromleitungen ab 2027 weniger Geld dazu, 5,525 statt 6,5 Milliarden Euro im Jahr. Der Strom selbst ist heute an der Börse günstig: 161,73 Euro je Megawattstunde, so wenig wie seit dem 27. Oktober nicht.

Was heißt das morgen für Dich: Eine Steuernachzahlung, die lange liegt, wird teurer. Und der Teil Deiner Stromrechnung, der die Leitungen bezahlt, fällt 2027 höher aus als mit dem alten Zuschuss. Wie viel das für einen Haushalt ausmacht, habe ich nicht gefunden. Von heute Abend bis Samstag weht wenig Wind, und nachts gibt es Frost – dann kann Strom an der Börse wieder teurer werden.

Was Du heute tun kannst: Wenn noch eine Steuererklärung offen ist, gib sie bis Jahresende ab. Wenn Dein Stromanbieter zum Jahreswechsel den Preis erhöht, lies den Brief genau – dann darfst Du in der Regel kündigen und wechseln.

SICHERHEIT · DEINE STADT UND DIE GROSSE LAGE

Was ist passiert: In Moskau haben zwei amerikanische Unterhändler am Donnerstag über zwei Stunden mit Präsident Putin gesprochen. Danach hat der Kreml gesagt, was Russland von der NATO verlangt: Sie soll ihre Truppen wieder so aufstellen wie 1997, als ein Grundvertrag zwischen der NATO und Russland unterschrieben wurde. Einen Frieden gibt es nicht. Die nächste Gesprächsrunde soll nächste Woche stattfinden, diesmal mit Europäern. In Gießen kam ein Brief mit Pulver und einer judenfeindlichen Drohung bei einer Synagoge an; die Polizei hat Entwarnung gegeben, wer ihn geschickt hat, ist nicht bekannt.

Was heißt das morgen für Dich: Am Samstag gibt es Demonstrationen in Stuttgart (17 Uhr, nicht angemeldet), Berlin (17:15 Uhr), Bremen (16:30 Uhr) und Köln (11 Uhr, mit Traktoren). In Köln kontrolliert die Bundespolizei ab heute, 15 Uhr, bis Sonntagfrüh an Bahnhöfen Taschen.

Was Du heute tun kannst: Demonstrieren ist ein Recht. Sprich vorher ab, wer wohin geht und wann alle zurück sind – in Berlin wird es am Samstag um 16:16 Uhr dunkel. Schreib eine Telefonnummer auf Papier. Gib keine Namen von angeblichen Tätern weiter, die keine Behörde genannt hat.

FREIHEIT · WAS DU SAGEN UND SENDEN DARFST

Was ist passiert: Die 16 Bundesländer schreiben neue Regeln für Medien im Internet. Es sind zwei Verträge. Der erste erlaubt den Aufsichtsbehörden, Texte, Bilder und Videos im Netz automatisch nach möglichen Verstößen zu durchsuchen – auch ohne Verdacht; jeden Treffer muss ein Mensch prüfen. Die höchste Geldbuße steigt von 500.000 auf 1,5 Millionen Euro. Der zweite ist erst ein Entwurf zum Diskutieren. Die Länder sagen, sie wollen, dass sorgfältig gemachte Medien im Netz sichtbar bleiben. Kritiker sagen, so entstehe „sanfte Zensur“. Ich sage: Eine Absicht zu zensieren ist nicht belegt. Belegt ist, welche Werkzeuge im Text stehen. Und heute um 9 Uhr stimmt der Bundestag darüber ab, ob die Nachrichtendienste mehr dürfen.

Was heißt das morgen für Dich: Wenn Du regelmäßig und geschäftsmäßig über Politik oder Nachrichten sendest oder schreibst, musst Du schon seit 2020 sorgfältig arbeiten. Nach dem Entwurf müsstest Du außerdem einen Verantwortlichen mit Namen und Anschrift nennen und Gegendarstellungen veröffentlichen. Eine Lizenz brauchst Du nicht – das steht nirgends.

Was Du heute tun kannst: Zum zweiten Vertrag darf jeder seine Meinung sagen, auch als Privatperson – aber nur noch heute. Das Formular steht auf der Seite der Rundfunkkommission (Seite 6). Der erste Vertrag gilt nur, wenn alle 16 Landtage zustimmen. Dein Landtag ist einer davon.

WAHRHEIT · WAS STIMMT, WAS NICHT

Was ist passiert: Über die neuen Regeln kursieren Sätze, die so nicht im Text stehen. „Schon beschlossen“ – nein: Der erste Vertrag ist ein beschlossener Entwurf, nicht unterschrieben; der zweite wird noch diskutiert. „20 Prozent Pflichtinhalte“ – im Entwurf steht „jeder fünfte“ empfohlene Beitrag, in eckigen Klammern, also offen; Deine eigenen Einstellungen sollen Vorrang haben. Das Wort „Desinformation“ kommt im Entwurf gar nicht vor.

Was heißt das morgen für Dich: Wenn die Regel so käme, würde in Deinen Empfehlungen mindestens jeder fünfte Beitrag aus einer Liste bestimmter Anbieter stammen. Öffentlich-rechtliche Sender stehen automatisch darauf, andere können einen Antrag stellen.

Was Du heute tun kannst: Frag bei jeder Schlagzeile: Wer sagt das? Woher weiß er das? Steht es im Text? Der Entwurf ist öffentlich – jeder kann nachlesen.

VIER DINGE, DIE JEDER HEUTE TUN KANN

1

Freiheit: Wenn Du eine Meinung zum neuen Medienstaatsvertrag hast, schreib sie heute in das Formular der Rundfunkkommission. Tagsüber – eine Uhrzeit für das Fristende ist nicht genannt.

2

Wahrheit: Erst prüfen, dann teilen. „Schon beschlossen“, „Lügenverbot“, „20 Prozent stehen fest“ – alles drei klingt nach Nachricht und steht so nicht im Text. Wer sagt das? Woher weiß er das?

3

Vermögen: Offene Steuererklärung in den Kalender schreiben, Stromvertrag anschauen: fester Preis oder nicht, bis wann? Heute ist Strom billig, ab heute Abend weht wenig Wind.

4

Sicherheit: Wer am Samstag nach Stuttgart, Berlin, Bremen oder Köln fährt: Zeit einplanen, Treffpunkt ausmachen, Nummer auf Papier. Kontrollen sind möglich – das ist Vorsorge, kein Alarm.

DREI DATEN ZUM MERKEN

heute	Die Anhörung zum zweiten Vertrag endet. Jeder darf sich äußern.
Januar 2027	Bis dahin wollen die 16 Regierungschefs den ersten Vertrag unterschreiben.
31. Juli 2027	Bis dahin müssen alle 16 Landtage zugestimmt haben. Fehlt einer, gilt der erste Vertrag nicht.

Quellen: Rundfunkkommission der Länder (Abruf 13.11.2026), Vertragstext Teil 1 (25.6.2026), Bundestag (12.11.2026), energy-charts (13.11., 6:23 Uhr), TASS (12.11.), Polizei Mittelhessen (12.11.), Polizei Köln, Bundespolizei. Nachweise auf den Seiten 4, 8, 11, 13 und 20.

„KEINE PANIK. ABER VORSPRUNG.“

Mehr dazu, wie man Gefahren erkennt, bevor sie groß werden: „Die ROMI-Methode“ und „Die Ermittler-Formel“. Wer es lieber spannend mag: „Stuttgart – Wenn das Licht ausgeht“ und „Unter Wind I: Vertrauen“ von Paco Bay erzählen als Thriller, wie sich solche Lagen anfühlen.

WAHRHEIT · FAKTENCHECK

Sechsundzwanzig Aussagen, geprüft

Zwölf Zeilen zum Medienstaatsvertrag, vierzehn zur übrigen Lage. „Ohne Beleg“ ist ein Befund am Wortlaut, kein Urteil über Absichten.

AUSSAGE ODER KURSIERENDE BEHAUPTUNG	STATUS	QUELLE MIT DATUM UND UHRZEIT · VORBEHALT
MEDIENSTAATSVERTRAG · TEIL 1 UND TEIL 2		
Die Anhörung zu Teil 2 endet heute, 13. November 2026. Das Formular steht ausdrücklich auch „als Privatperson“ offen.	BELEGT	Rundfunkkommission, Beteiligungsseite und Kontaktformular (Abruf 13.11., 6:28 Uhr): „bis zum 13. November 2026“. Uhrzeit des Fristendes: nicht genannt.
Es sind zwei Verträge. Teil 1: Entwurf am 25.6.2026 beschlossen, Unterzeichnung „bis spätestens Januar 2027“, Inkrafttreten 1.8.2027. Teil 2: Diskussionsentwurf vom 16.9.2026.	BELEGT	Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 25.6.2026 mit Vertragstext; Deckblatt des Diskussionsentwurfs (Datei vom 28.9.2026): „NICHT um abschließend geeinte Texte“. Abruf 13.11., 6:00 bis 6:35 Uhr.
„Ein Landtag kann den Vertrag stoppen.“ Fehlt am 31.7.2027 eine der 16 Urkunden, wird Teil 1 „gegenstandslos“.	BELEGT	Vertragstext Teil 1, Artikel 4 Absatz 2. Dass ein Landtag den Text nicht ändern kann, ist Praxis bei Staatsverträgen; ausdrücklich steht es in den Primärquellen nicht.
§ 109a erlaubt einen automatisierten Abgleich von Text, Bild, Ton und Video ohne Verdachtserfordernis, auch hinter Zugangsbeschränkungen – mit Schutzvorkehrungen.	BELEGT	Vertragstext Teil 1, § 109a: Prüfung jedes Treffers „unverzüglich durch eine natürliche Person“, Löschung nach spätestens 30 Tagen, kein Abgleich „anhand spezifischer personenbezogener Daten“. „Massenüberwachung“ (exxpress, NIUS, 28.9.2026) ist Wertung, nicht Wortlaut.
Der Bußgeldrahmen steigt von 500.000 auf 1.500.000 Euro, die Verjährung von 6 auf 24 Monate.	BELEGT	Vertragstext Teil 1, § 115 Absatz 2; geltender Medienstaatsvertrag (gesetze-bayern.de). Bußgelder in Teil 2: offen. Ob ein Verstoß gegen § 19 selbst mit Bußgeld bedroht ist: nicht geprüft.
„20 Prozent Quote, jeder fünfte Beitrag, steht fest.“ (Tichys Einblick, 23.10.2026, und andere)	OHNE BELEG	„Steht fest“ ist ohne Beleg. Diskussionsentwurf, § 84c Absatz 1: „mindestens bei jedem [fünften]“ – Zahl in eckigen Klammern, zwei Alternativen, Nutzereinstellungen haben Vorrang. Eine Prozentquote wurde laut Erläuterung „verworfen“; „20 Prozent“ ist Umrechnung.
„Podcaster und Kanäle brauchen künftig Lizenz oder Registrierung, ab einer Zahl von Abonnenten.“	OHNE BELEG	Erläuterung zu § 2 Absatz 4: „kein Zulassungs- oder Registrierungsregime“. Keine Schwelle nach Abonnenten. Auch ein Medienbericht mit dieser Behauptung: nicht gefunden.
Es komme ein „Lügenverbot“, ein Verbot von Desinformation (sinngemäß exxpress, 28.9.2026)	OHNE BELEG	Das Wort „Desinformation“ kommt im Entwurf nicht vor: null Treffer in PDF- und Word-Fassung. Grundlage bleibt § 19 des geltenden Vertrags.
„Der Vertrag ist bereits beschlossen, Teil 1 seit Juni Gesetz.“ (exxpress, 28.9.2026; Apollo News, 27.10.2026)	OHNE BELEG	Teil 1: Entwurf beschlossen, nicht unterzeichnet, nicht ratifiziert. Teil 2: nur „zur Kenntnis“ genommen (Beschlüsse vom 25.6. und 16.9.2026).
Neu für Kanäle wären in Teil 2: Vermutung gegen private Zwecke bei Reichweitenabsicht, Verantwortlicher im Inland, Gegendarstellung, Korrekturverfahren, Nachweis bei Werbung. Die Sorgfaltspflicht selbst ist nicht neu.	BELEGT	Diskussionsentwurf, § 18 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, §§ 19, 20, 22 Absatz 1. Sorgfaltspflicht seit 7.11.2020 (§ 19 Absatz 1 Satz 2 des geltenden Vertrags); als Neuerung dargestellt bei turi2 (15.9.2026).
94 Hinweisschreiben aller Landesmedienanstalten seit November 2020.	MEDIENBERICHT	Multipolar (19.12.2025: bis November 2025), Telepolis (11.2.2026: bis November 2024) – Widerspruch nicht aufgelöst. Belegt: Nordrhein-Westfalen 32 bis März 2025 (Landtagsdrucksache 18/20426).
Es gibt ein Rechtsgutachten zur Vereinbarkeit des Entwurfs mit Artikel 5 Grundgesetz – oder ein Urteil zu einer Maßnahme nach § 19 gegen ein Online-Medium.	NICHT GEFUNDEN	Suchläufe vom 13.11., 6:00 bis 6:35 Uhr. Das Gutachten Busch/Oster (April 2026) behandelt Europarecht, nicht den Entwurf. Verwandt, aber Jugendschutz: Verwaltungsgericht Berlin, 23.2.2026.
GROSSE LAGE · ENERGIE · BUNDESTAG · LAGE NACH ORTEN · EIGENE KORREKTUREN		
Putin empfing Witkoff und Kushner am 12.11. ab etwa 13:05 Uhr. Trump und Putin treffen sich in Shenzhen (18./19.11.).	BELEGT · UNBESTÄTIGT	TASS (12.11., 15:51 und 17:42 Uhr); tagesschau (17:29 Uhr). Shenzhen unbestätigt: nur Angabe Uschakows (TASS, 18:35 und 18:40 Uhr); Washington und Peking haben nicht bestätigt.
Uschakow nennt die Rückkehr zur Kräfteaufstellung der NATO zum Zeitpunkt der NATO-Russland-Grundakte als Kernforderung.	BELEGT	TASS, englische Zusammenfassung (12.11., 21:07 Uhr). Russischer Originalwortlaut nicht eingesehen. In meinen Suchläufen zitiert kein deutschsprachiges Medium den Satz.
Dublin: Charta von 39 Staaten; kein Chefverhandler; Merz setzt auf das „bewährte Format“ der drei Staaten.	MEDIENBERICHT	ORF (12.11., 17:23 Uhr); tagesschau (13.11., 3:19 Uhr). Merz belegt: bundesregierung.de (12.11.). Volltext der Charta und Liste der Unterzeichner: nicht gefunden.
Strom heute: 161,73 Euro je Megawattstunde, niedrigster Tageswert seit dem 27.10.; Donnerstag 199,04, Mittwoch 316,65; Österreich 218,37, Schweiz 226,35.	BELEGT (DATEN)	Bundesnetzagentur/SMARD über energy-charts.info, Viertelstundenwerte, Abruf 13.11., 6:23 Uhr; Tagesmittel selbst gerechnet.
Gasspeicher Deutschland: 58,05 Prozent am Gastag 10.11. – und 57,68 Prozent bei 931,7 Gigawattstunden Abfluss am Gastag 11.11.	BELEGT · UNBESTÄTIGT	Gastag 10.11. belegt: Bundesnetzagentur (Abruf 13.11., 6:30 Uhr). Gastag 11.11. unbestätigt: Speicherplattform AGSI+, ein einziger Abruf, Stempel 12.11., 23:00 Uhr – vorläufig. Um 6:23 Uhr verlangte die Schnittstelle einen Schlüssel; die Bundesnetzagentur zeigte noch den 10.11.
Erdgas am Handelspunkt TTF: 93,07 Euro je Megawattstunde, plus 7,68 Prozent.	UNBESTÄTIGT	Eine Kursliste: finanzen.net (12.11., 19:21 Uhr; Vortag 86,43). Abweichung ungeklärt: tradingeconomics 94,70 (13.11.); ein weiterer Abruf von finanzen.net zeigte 86,43. Börsenquelle nicht eingesehen.
Bundestag, Donnerstagabend: Steuerzinsen ab 1.1.2027 0,3 statt 0,15 Prozent je Monat; Barzahlungen über 10.000 Euro nicht mehr abziehbar; Zuschuss zu den Netzkosten 5,525 statt 6,5 Milliarden Euro; Cybersicherheitsgesetz.	BELEGT	bundestag.de, Textarchiv (12.11.): Jahressteuergesetz 2026 (Drucksache 21/9139), Übertragungsnetzkosten (21/8236). Uhrzeiten (19:55 bis 20:20, 22:25 bis 22:50 Uhr) laut Ablaufplan, nicht Protokoll. Stimmverhältnis beim Cybersicherheitsgesetz nur über Reuters und dts (Medienbericht). Bundesrat steht aus.
Stuttgart, Samstag, 17 Uhr, Schlossplatz: keine Anmeldung, kein Verbot, keine Auflagen bekannt.	MEDIENBERICHT	EchtStuttgart (12.11., 23:20 Uhr), Zitat des Rathaussprechers: „bisher keine Anmeldung“. Auf stuttgart.de und bei der Polizei am 13.11., 6:25 Uhr, nichts dazu.
Berlin, Samstag: „Gen Z regelt – Phase 2“ angemeldet, 17:15 bis 23 Uhr. Bremen, Samstag: 16:30 bis 20 Uhr angemeldet, rund 2.000 erwartet.	BELEGT · MEDIENBERICHT	Berlin belegt: Versammlungsliste der Polizei (Abruf 13.11., 6:21 Uhr). Bremen Medienbericht: t-online nach Angaben der Innenbehörde (12.11., 13:38 Uhr); die Zahl ist eine Erwartung der Veranstalter.
Köln, Samstag: Aufzug mit Traktoren (rund 1.000), Gegenprotest (rund 600); Mitführverbot Freitag, 15 Uhr, bis Sonntag, 3 Uhr.	BELEGT	Polizei Köln (12.11., 16:51 Uhr); Bundespolizeidirektion Sankt Augustin (12.11., 12:07 Uhr). Stellwerk Köln Messe/Deutz: kein neuer Stand.
Gießen: Brief mit Pulver und antisemitischer Drohung an eine Synagoge; 26 Personen hinausgeleitet, niemand verletzt; Entwarnung.	BELEGT	Polizeipräsidium Mittelhessen (12.11., 16:40 Uhr); Hessisches Landeskriminalamt (18:38 Uhr); Entwarnung nur über hessenschau (18:58 Uhr, Medienbericht). Untersuchungsergebnis und Absender: nicht gefunden; keine Zuschreibung.
Berliner Versammlungsliste: Der Eintrag der Bewegung zum 20.11. fehlt weiter; neu am 18.11., 11 bis 14 Uhr: „GenZ Regelt! Studis Berlin“.	BELEGT	Polizei Berlin (Abrufe 13.11., 6:21 und 6:25 Uhr, 1.016 Zeilen). Grund des Wegfalls nicht gefunden: keine Mitteilung der Behörde, kein Beitrag der Bewegung, kein Medienbericht. Ich behaupte keinen Grund.
„Putin empfängt die Unterhändler am Vormittag“; „Sonntag, 16.11.“; „Dreißig Ereignisse“; Bundespolizei-Verfügung „ohne Köln-Bezug“ (Vorausgabe vom 12.11.)	KORRIGIERT	Beginn etwa 13:05 Uhr (TASS); der Sonntag ist der 15.11.; veröffentlicht waren 33 Wahrscheinlichkeiten; die Verfügung vom 30.10. nennt Köln Hauptbahnhof, Messe/Deutz und Wahn. Mehr auf Seite 7.
Grundakte bei 10 Prozent; Kölner Zahlenbilanz „von der Polizei bis 14 Uhr“; Erdgas „82 bis 86 Euro“ (Vorausgabe vom 12.11.)	KORRIGIERT	Die Grundakte wurde am ersten Tag genannt – zu tief angesetzt. Die Bilanz kam von der Stadt Köln (12.11., 15:10 Uhr). Erdgas: 93,07 Euro, siehe oben.

EINSCHÄTZUNG Belegt heißt: Primärtext, Behörde, Parlament oder Gericht als Quelle, direkt oder wörtlich über eine Agentur, oder eine eigene Messung an der Datenquelle. Medienbericht heißt: Eine Redaktion berichtet, die Primärquelle lag mir nicht vor. Unbestätigt heißt: nur eine Seite oder ein einziger Abruf. Ohne Beleg heißt: Im geprüften Text steht es nicht oder anders. Korrigiert heißt: Die Vorausgabe lag falsch. „Nicht gefunden“ ist ein Suchbefund, kein Beweis. Eine Zensurabsicht ist nicht belegt und wird nicht behauptet.

WAHRHEIT · QUELLEN UND RECHERCHEGRENZEN

Woher die Angaben kommen – und was ich nicht prüfen konnte

MEDIENSTAATSVERTRAG · PRIMÄRDOKUMENTE MIT KURZADRESSE

Alle am 13.11.2026 zwischen 6:00 und 6:35 Uhr abgerufen und im Volltext gelesen. **Beteiligungsseite:** rundfunkkommission.rlp.de/digitale-medien-staatsvertrag-2 · **Formular:** rundfunkkommission.rlp.de/rundfunkkommission-der-laender/kontaktformular · **Fragen und Antworten:** rundfunkkommission.rlp.de/digitale-medien-staatsvertrag/faq-dmstv-1 · **Diskussionsentwurf Teil 2** (186 Seiten, PDF- und Word-Fassung, Datei vom 28.9.2026) und **Beschluss vom 16.9.2026** mit Protokollerklärung Schleswig-Holsteins: rundfunkkommission.rlp.de, Bereich „Dokumente“ · **Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 25.6.2026** mit **Vertragstext Teil 1** als Anlage und **Eckpunkte vom 22.10.2025**: rundfunkkommission.rlp.de, Bereich „Beschlüsse“ · **Begründung zu Teil 1** (Stand April 2026): landtag.ltsh.de, Unterrichtung 20/360 · **Unterrichtung Berlin:** pardok.parlament-berlin.de, Drucksache 19/3446 · **Geltender Medienstaatsvertrag:** gesetze-bayern.de/Content/Document/MStV · **Landtag Nordrhein-Westfalen:** opal.landtag.nrw.de, Drucksache 18/20426 · **Verwaltungsgericht Berlin:** berlin.de/gerichte/verwaltungsgericht, Pressemitteilung 15/2026 · **Gutachten Busch/Oster** (Zusammenfassung, April 2026): die-medienanstalten.de · **Niedersächsische Landesmedienanstalt:** nlm.de, Pressemitteilung vom 11.3.2026.

Berichte und Stimmen dazu: heise online (12.11., 17:28 Uhr) · Deutscher Journalisten-Verband, djv.de/medienpolitik/digitaler-medienstaatsvertrag (undatiert; im Feed 12.11., 14:36 Uhr) · Legal Tribune Online (6.7.2026) · Deutsche Presse-Agentur über Horizont (9.10., 13:35 Uhr; 28.10., 15:40 Uhr), über PC Games Hardware (3.11.) und über Sachsen Fernsehen (31.10.) · epd (16.9.) · turi2 (15.9., 25.9., 28.10., 10.11.) · Apollo News (27.10., 18:29 Uhr; 9.11., 6:00 Uhr, geändert 15:26 Uhr) · Dr. Web (31.10.) · Multipolar (19.12.2025) · Telepolis (11.2.2026) · Übermedien (9.9.2024) · exxpress (28.9., 17:45 Uhr) · Tichys Einblick (23.10.) · Berliner Zeitung (8.6.) · NIUS (12.11., 15:36 Uhr) · Petitionsseite WeAct (Abruf 13.11., 6:31 Uhr).

BEHÖRDEN, PARLAMENTE, POLIZEI

Deutscher Bundestag: Textarchiv (12.11.), Ablaufplan (Stand 12.11., 7:37 Uhr), Tagesordnung für Freitag (Stand 12.11., 17:45 Uhr), Drucksachen 21/8236, 21/8283, 21/9139, 21/9161 (neu), Kurzmeldungen · Bundesrat: Übersicht zur 1070. Sitzung am 20.11. (Stand 10.11.) · Bundesregierung: Pressestatement des Bundeskanzlers in Dublin (12.11.) · Bundesnetzagentur: Lage der Gasversorgung (Lagebewertung 11.11.; Abruf 13.11., 6:30 Uhr) · Bundesgesundheitsministerium (30.10.) · Deutscher Wetterdienst: Warnlageberichte und Vorhersage (13.11., 4:30 bis 6:17 Uhr) · Polizei Berlin: Versammlungsliste (13.11., 6:21 und 6:25 Uhr), Meldungen 1505, 1507, 1509 · Polizei Köln (12.11., 16:51 Uhr) · Bundespolizeidirektion Sankt Augustin (12.11., 12:07 Uhr; Verfügung vom 30.10.) · Stadt Köln (12.11., 15:10 Uhr) · Polizeipräsidium Mittelhessen (12.11., 16:40 Uhr) · Hessisches Landeskriminalamt (12.11., 18:38 Uhr) · Polizei Wolfsburg (11.11.) · Polizeipräsidium Rostock (13.11., 4:52 Uhr) · Staatsanwaltschaft und Polizeipräsidium Mannheim (12.11., 14:15 Uhr) · Presseportal der Polizei, 34 Stichwortsuchen (13.11., 6:23 bis 6:32 Uhr) · Presselisten von Generalbundesanwalt, Verfassungsschutz und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: keine neue Mitteilung im Zeitfenster · Luftwaffe der Ukraine (12.11., 7:00 und 17:58 Uhr) · Kreml: Putin, Uschakow, Peskow über TASS.

DATEN UND SCHNITTSTELLEN

Strom: Bundesnetzagentur/SMARD über die Schnittstelle von energy-charts.info (Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme), Viertelstundenwerte für Deutschland/Luxemburg, Österreich und die Schweiz sowie Erzeugung; Abruf 13.11., 6:23 Uhr; Tagesmittel selbst gerechnet. **Gasspeicher:** Bundesnetzagentur, Grafikdaten bis Gastag 10.11. (Abruf 13.11., 6:30 Uhr); Speicherplattform AGSI+ von Gas Infrastructure Europe, Abrufe vom 12.11., 5:55 Uhr, und ein Abruf mit Stempel 12.11., 23:00 Uhr. **Märkte:** finanzen.net (12.11., 19:21 Uhr), finanzen.at (12.11., 23:39 Uhr), tradingeconomics (13.11.), Marktbericht der tagesschau (12.11., 18:41 Uhr).

UNABHÄNGIGER FAKTENCHECK

Ein eigener, unabhängiger Prüflauf hat die fertigen Seiten am 13. November zwischen 7:05 und 7:20 Uhr gegen die Originale gelesen: 107 Aussagen geprüft, 89 bestätigt, 12 Abweichungen, 6 nicht prüfbar. Alle 19 Pflichtkorrekturen sind eingearbeitet. Die wichtigsten: Die heutige Frist stand auch in Fach- und Branchenmedien, nicht nur bei heise online – bei den großen Redaktionen fand auch der Prüflauf nichts. Dass ein einziges Nein genügt, schrieb Apollo News schon am 27.10.; meine Zusammenschau ist deshalb nicht als Erstfund gekennzeichnet. Die Berliner Liste hat für den 20.11. 21 Einträge, nicht 23. Zwei Zitate waren der falschen Stelle zugeordnet. Die Paragrafen und wörtlichen Zitate aus beiden Vertragstexten stimmen; „ohne Verdachtserfordernis“ ist meine Auslegung von § 109a, das Wort steht nicht im Text. Offen blieben der Gastag 11.11. und die Abstimmung im Bundestag ab 9 Uhr.

AGENTUREN UND MEDIEN

TASS, englische Fassung (12.11., 13:43 bis 23:32 Uhr; 13.11., 2:12 und 3:20 Uhr) · Reuters (über onvista, 12.11.) · dts (über regionalHeute, 12.11., 17:26 Uhr) · AFP · tagesschau (12.11., 14:40 und 17:29 Uhr; 13.11., 2:22 und 3:19 Uhr) · Deutschlandfunk, Nachrichten und Presseschau (12. und 13.11.) · ORF (12.11., 15:40, 17:23, 21:07, 21:49 Uhr; 13.11., 6:14 Uhr) · SRF (12.11., 16:00, 20:53, 21:31 Uhr) · Kyiv Independent · LRT (13.11., etwa 6:15 Uhr) · Spiegel (12.11.) · taz (8.11., 20:00 Uhr) · EchtStuttgart (12.11., 23:20 Uhr) · t-online Bremen (12.11., 13:38 Uhr) und Düsseldorf (10.11., 7:51 Uhr) · hessenschau (12.11., 18:58 Uhr) · buten un binnen (12.11., 16:43 Uhr) · regionalHeute (11.11., 11:16 Uhr) · kreisbote.de (12.11., 8:15 Uhr) · netzpolitik.org (10. und 12.11.) · Apollo News (13.11., 6:03 Uhr) · Faktenchecks der Deutschen Presse-Agentur (12.11., 3:00 und 12:57 Uhr; 13.11., 3:00 Uhr). Zitate alternativer Medien sind als Aussagen wiedergegeben, nicht als Belege.

SOZIALE NETZWERKE · MIT ZUGANGSWEG

Telegram (öffentliche Vorschauseiten, 13.11., 6:23 bis 6:24 Uhr): 16 Kanäle, fünf Stadtgruppen nur mit Mitgliederzähler, 294 Beiträge gelesen, 126 im Zeitfenster. **Mastodon** (Schlagwortsuche, 6:24 und 6:29 Uhr). **YouTube** (Suche nach Datum, 6:29 Uhr; Zähler und Titel, Videos nicht gesichtet). **TikTok** (Profilseite mit Zählern, 6:24 Uhr; Videoliste nur über ein Drittwerkzeug). **Google News** (rund 45 Abfragen, oft nur Schlagzeilen). **Nicht direkt auslesbar:** X, Instagram, Facebook, Reddit, Bluesky – dazu gibt es in dieser Ausgabe keine eigene Aussage; Zitate von dort stammen aus Medienberichten. Sperren habe ich nicht umgangen. Bilder Dritter werden beschrieben, nicht abgebildet.

RECHERCHEGRENZEN

Nicht abrufbar: Die Schnittstelle der Gasspeicher-Plattform AGSI+ verlangt seit heute einen Schlüssel (13.11., 6:23 Uhr: „access denied“); der Gastag 11.11. beruht deshalb auf einem einzigen früheren Abruf und ist vorläufig, Österreich und die Europäische Union sind nicht aktualisiert. Presseseiten von bmi.bund.de und bka.de (Fehlermeldung oder leere Antwort) · Junge Freiheit, Tagesspiegel Background, Mimikama (Zugriff verweigert) · Website der Bewegung „Gen Z regelt“ (Vorschaltseite) · news.admin.ch, frankfurt.de, apnews.com, ukmto.org, eng.lsm.lv, airliners.de, pravda.com.ua · Prognosetext von MeteoSchweiz · zwei Kursschnittstellen.

Nicht gefunden – Medienstaatsvertrag: Uhrzeit des Fristendes · Rechtsgutachten zur Vereinbarkeit des Entwurfs mit Artikel 5 Grundgesetz · veröffentlichtes Urteil zu einer Maßnahme nach § 19 gegen ein Online-Medium · Termine der nächsten Sitzungen von Rundfunkkommission und Ministerpräsidentenkonferenz · Unterzeichnung und Inkrafttreten von Teil 2 · Stellungnahmen der Verbände im Wortlaut (die Rundfunkkommission veröffentlicht sie erst nach der Auswertung) · namentliches Zitat der Koordination der Rundfunkkommission · laufende Petition gegen den Vertrag · Anhörungstermine in Landtagen.

Nicht gefunden – übrige Lage: Gastag 11.11. bei der Bundesnetzagentur · Volltext und Unterzeichnerliste der Charta von Dublin · russischer Originalwortlaut Uschakows · Äußerung Trumps zu Moskau · Anmeldung, Verbot, Auflagen und Einsatzkonzept in Stuttgart · Kräftezahl in Berlin und Grund für den fehlenden Eintrag zum 20.11. · Untersuchungsergebnis aus Gießen · Nachtbilanz der Polizei Köln, Fortschritt zum Stellwerk Deutz · Termin des Bundesrats zum Jahressteuergesetz · Wirkung der Zuschusskürzung je Haushalt.

Nicht geprüft: ob ein Verstoß gegen § 19 mit Bußgeld bedroht ist · ob es eine anerkannte Selbstkontrolle gibt · Papier des Medienausschusses in Sachsen-Anhalt · Inhalt des Videos von Christian Rieck · amtliches Protokoll zum Cybersicherheitsgesetz. **Abweichungen:** Erdgas 93,07 gegenüber 86,43 und 94,70 Euro · Zeitraum der 94 Hinweisschreiben (bis November 2024 oder 2025) · Gastag 11.11.: Ein Rechercheteam erhielt 57,68 Prozent, ein zweites um 6:23 Uhr nur die Fehlermeldung.

METHODIK

Zeitfenster: 12. November 2026, 7:00 Uhr, bis 13. November 2026, 7:00 Uhr; die Abrufe der fünf Dossiers lagen am 13.11. zwischen etwa 6:00 und 6:40 Uhr. Gezählt sind 97 Suchläufe und rund 275 Direktabrufe; für zwei Dossiers ist die Zahl der Direktabrufe nicht ausgewiesen. Uhrzeiten sind Veröffentlichungszeiten der Quelle in mitteleuropäischer Zeit, Moskau minus zwei, Kiew minus eine Stunde. **Trennung:** belegt (Primärquelle selbst gelesen), Medienbericht, unbestätigt; jede Zahl mit Quelle, Datum und Uhrzeit. Keine Täterzuschreibung ohne Behörde. **Prognose-Disziplin:** Justiz- und Verwaltungsschritte deutscher Behörden im 72-Stunden-Fenster höchstens 45 Prozent; jede Zahl wird öffentlich abgeglichen, eigene Fehler stehen als „korrigiert“ auf den Seiten 7 und 19.

HINWEIS Nur öffentliche Quellen. Zu Parteien und Fraktionen gebe ich Aussagen und Abstimmungen wieder, keine Wertung. Zum Brief in Gießen und zum Stellwerk Köln-Deutz nenne ich keine Verdächtigen, weil keine Behörde welche nennt. Für Beschuldigte gilt die Unschuldsvermutung.

FÜR IHRE ORGANISATION

Vorsprung ist planbar.

Dieses Journal zeigt, wie ich arbeite: Belegtes vom Lauten trennen, Wahrscheinlichkeiten offenlegen, Prognosen öffentlich überprüfen, eigene Fehler korrigieren – heute auf Seite 7 –, Entscheidungen möglich machen. Das gibt es auch für Ihre Lage: ob Ihr Bahnhof heute um 15 Uhr, Ihre Innenstadt am Samstag und am 20. November, Ihr Betrieb in einem Winter, in dem der Preis an der Küste fällt und der Speicher im Binnenland zahlt, oder die Frage, wer Ihre Namen hat.

01 · LAGEBILD AUF ANFRAGE

Für Ihren Standort, Ihre Veranstaltung, Ihre Lieferkette: Lage aus offenen Quellen, Ampel, Wahrscheinlichkeiten und eine klare Handlungsempfehlung, kurzfristig und in Ihrer Sprache.

02 · SEMINAR „LEADERSHIP UNTER DRUCK“

Führen, wenn die Lage unklar ist: Entscheiden mit unvollständigen Informationen, Meldeketten, die erste Stunde nach ATOM – mit Übungen aus echten Einsatzlagen.

03 · HANDLUNGSVORSPRUNG 90

Lage klären. Chancen erkennen. Entscheiden. Das 90-Tage-Programm für Unternehmen und Kommunen – der Plan B, bevor Sie ihn brauchen.

04 · VORTRÄGE UND IMPULSE

Methoden, die in Spezialeinheiten weltweit funktionieren, übersetzt für Unternehmer, Führungskräfte und Teams: Vom Jäger zum Gejagten – und was daraus für Ihre Organisation folgt.

„Verhinderte Katastrophen haben keine Zeugen. Aber sie haben Vorbereitung.“

ÜBER DEN AUTOR

Maximilian Mitera. Über dreißig Jahre im Einsatz in Spezialeinheiten von Polizei und Nachrichtendienst – bei internationalen Ermittlungen und Einsätzen gegen organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus, nicht am Schreibtisch. Aus dieser Praxis hat er die ROMI-Methode® entwickelt: proaktive, antizipierende Anpassung statt bloßer Mustererkennung. Daneben arbeitet er als Speaker, Seminarleiter und Projektleiter für Unternehmen, Kammern und Organisationen. Autor der Amazon-Bestseller „Die ROMI-Methode“ und „Die Ermittler-Formel“. Als Paco Bay schreibt er gemeinsam mit Dr. Britta M. Scholz Thriller, zuletzt „Unter Wind I: Vertrauen“. Kontakt: mitera@romi-methode.de · romi-methode.de · +49 152 0580 6124

IHR LAGEBILD FÜR DEN NÄCHSTEN KRITISCHEN TERMIN

Schreiben Sie mir, was Sie absichern müssen: Standort, Termin, Fragestellung. Sie bekommen kurzfristig ein Angebot – vom einmaligen Lagebild bis zur Begleitung über 90 Tage.
mitera@romi-methode.de · +49 152 0580 6124

BÜCHER ZUM WEITERLESEN

SACHBUCH · AMAZON-BESTSELLER

Die ROMI-Methode

Das Werkzeug hinter diesem Journal: Gefahren erkennen, bevor sie eskalieren.

SACHBUCH · AMAZON-BESTSELLER

Die Ermittler-Formel

Wie Ermittler denken – und wie Sie damit verhandeln, führen und verkaufen.

THRILLER · ALS PACO BAY

Stuttgart – Wenn das Licht ausgeht

Wie Deutschland einen Krieg erleben könnte – davor, währenddessen und danach.

THRILLER · ALS PACO BAY

Unter Wind I: Vertrauen

Dienste, Politik, Loyalitäten – und Vertrauen als gefährlichste Währung.

HINWEIS Persönliche fachliche Einschätzung auf Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen, nicht in dienstlicher Eigenschaft. Behördenaussagen sind mit Datum wiedergegeben, unbestätigte Angaben gekennzeichnet; zu Personen, Parteien und politischen Forderungen gebe ich Aussagen und Daten wieder, keine Wertung. Für Festgenommene und Beschuldigte gilt die Unschuldsvermutung. Wahrscheinlichkeiten sind Einschätzungen, keine Gewissheiten. Stand der Recherche: 13. November 2026, 7:00 Uhr. Die Lage kann sich kurzfristig ändern. Vor Ort gelten die aktuellen Meldungen von Polizei, Bahn und Stadt.

PACO BAY · THRILLER

Unter Wind I: Vertrauen

Dienste, Politik, Loyalitäten – und Vertrauen als gefährlichste Währung. Der Auftakt der Reihe um Paul Pompernell. Von Paco Bay, gemeinsam mit Dr. Britta M. Scholz.

Wer wissen will, wie sich die Lagen aus diesem Journal von innen anfühlen – im Lagezentrum, am Bahnhof, im Verhandlungsraum –, findet sie dort als Geschichte. Erhältlich überall, wo es Bücher gibt, bei Amazon und auf paco-bay.de.

Ebenfalls als Paco Bay: „Stuttgart – Wenn das Licht ausgeht".
Sachbücher unter eigenem Namen: „Die ROMI-Methode" und „Die Ermittler-Formel" (Amazon-Bestseller).

Das nächste ROMI-Intelligence Journal erscheint am Samstag, 14. November 2026, mit dem Endabgleich der Prognose vom 11. November und dem Zwischenstand zu dieser Ausgabe – kostenlos auf romi-methode.de/journal.

Maximilian Mitera · ROMI-Methode®
romi-methode.de/journal · paco-bay.de